

**Interview:**

**Österreich ist ein Einwanderungsland**

AK-Experte Josef Wallner über Migration und Integration

8

**Schwerpunkt:**

**Parallelgesellschaft und Leitkultur**

Über die Rolle der Gewerkschaften im Kampf der Kulturen

16

**Aus AK & Gewerkschaften:**

**Keine Kennzahlen für Soziales**

Über die Sozialberichterstattung heimischer Kapitalgesellschaften

42

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 9 | 2010 | 64. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



**Wer ist hier fremd?**

ab Seite 8



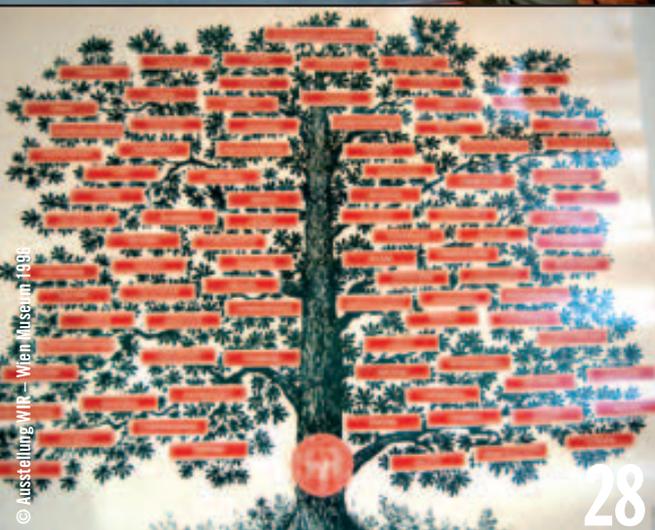
8

© Markus Zahradnik



16

© SOS-Mitmenschen/Paul Sturm



28

© Ausstellung WIR – Wien Museum, in 1998



30

© Amela Muratovic

## Schwerpunkt:

### Migration und Arbeitsmarkt 12

Die Migrationspolitik hat sich in den letzten 30 Jahren zum gefährlichsten Minenfeld der politischen Diskussion entwickelt.

### Integration – wozu? 14

Andreas Gjecaj erinnert sich an den Weg vom Flüchtlingskind zum ÖGB-Sekretär mit Migrationshintergrund.

### Neue Feindbilder alten Musters 16

Dem viel zitierten »Kampf der Kulturen« können und sollten die Gewerkschaften einiges entgegensetzen.

### Wir können das besser 18

Jeder redet über Integration und fast jeder hat eine eigene Vorstellung, was damit gemeint ist. Doch wie könnte sie funktionieren?

### Nie mehr Schule 20

Faire Bildungschancen stärken den Zusammenhalt einer zunehmend heterogenen Gesellschaft und ihrer künftigen Entwicklung.

### Analphabet oder Arzt 22

Kriteriengeleitete Zuwanderungssysteme betonen den Bildungsstand und die Frage nach der Anerkennung von Qualifikationen.

### Nicht anerkannt 24

Auch sehr gut ausgebildete Migrantinnen haben es schwer, bei der Anrechnung ihrer Qualifikationen und Kompetenzen.

### Gekommen, um zu bleiben 26

Am Stammtisch und in Parteizentralen wird der Begriff »Parallelgesellschaft« gerne bemüht. Wofür steht er wirklich?

### Ein echter Wiener 28

Wiener Blut erwärmt das Herz, wenn's als Walzer rauscht. Als Wahlkampf-Parole taugt es nicht.

### Srebrenica – Gedenken und lernen 30

1992: Viele der bosnischen Flüchtlinge strandeten in Österreich. 2010: Wie sie heute leben, arbeiten und denken.

### Den Toten ein Gesicht geben 32

Unzählige MigrantInnen aus Afrika sterben beim Versuch, Europa zu erreichen. In Frankfurt wurde nun der Opfer gedacht.

### Fundraising und Flüchtlingsball 34

Wie eine NGO zu Geld kommen und ihre Botschaft gleichzeitig verbreiten kann, demonstriert das Integrationshaus in Wien.

**Die Invasion der Brötchen 36**

Sie kommen nicht mehr nur als Touristen, sondern auch als Arbeitskräfte: unsere deutschen Nachbarn.

**Interview:****Kulturmix als Basis für Kreativität 8**

AK-Experte Josef Wallner ist davon überzeugt, dass Österreichs Wohlstandszuwachs ohne Migration nicht möglich gewesen wäre.

**Standards:****Standpunkt: ... ist wohl die Heimat mein ... 4****Veranstaltung: Demagogen entzaubern 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Der ÖGB und Afrika 11****Zahlen, Daten Fakten 38****Verbraucherpreise 39****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Wirtschaft&Arbeitsmarkt:****Leiharbeit boomt 40****Aus AK und Gewerkschaften:****Was gemessen wird ... 42****Internationales:****Lösung oder Problem? 44**

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetag.com/downloadreader/](http://www.beetag.com/downloadreader/)

**Wir sind alle AusländerInnen, fast überall.**

Redaktion intern

»Es ist klar, dass der große Wohlstandszuwachs seit den 1960er-Jahren ohne Zuwanderung nicht gekommen wäre«, argumentiert Josef Wallner, der AK-Experte für Arbeitsmarkt und Integration in der »A&W« 9/2010 zum Schwerpunktthema »Wer ist hier fremd?«

Bei diesem Thema geht es uns nicht um die unendlichen Weiten des Weltalls, wie das Titelbild vermuten lassen könnte, sondern um Migration und Integration in Österreich und Europa – aber auch da kommt einem manchmal manches außerirdisch vor.

Zum Beispiel die alten Feindbilder, die in schöner Regelmäßigkeit wieder hervorgeholt werden, wie der Historiker Mag. John Evers in seinem Artikel ab Seite 16 nachweist, oder die Diskussionen um Parallelgesellschaft (S. 26) und »Wiener Blut« (S. 28).

ÖGB-Sekretär Andreas Gjecaj hat selbst Migrationshintergrund und erzählt von seiner Kindheit als Flüchtlingskind (S. 14), und unsere Kollegin Amela Muratović war 15 Jahre nach dem schrecklichen Massaker in Srebrenica (S. 30). Besonders wichtig für Migrantinnen wäre die Anerkennung

ihrer Qualifikationen (S. 22 und S. 24). Weitere Themen dieses Heftes sind Zeitarbeit (S. 40), die Sozialberichterstattung österreichischer Kapitalgesellschaften (S. 42) und »Europa 2020« (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee

# Standpunkt

## ... ist wohl die Heimat mein ...

**A**ls ich klein war, gab es noch keine MigrantInnen bei uns in Tirol, nur »Ausländer« und »Fremde«. Letztere brachten das Geld im Fremdenverkehr. Manche nannten sie Touristen oder noch besser Gäste. Im Sprachgebrauch blieben sie Fremde: Holländer, Briten, Italiener und unsere Lieblingsnachbarn, denen Felix Mitterer einst in der Piefke-Saga ein Denkmal gesetzt hat. Die Fremden kamen – und wehe wenn nicht –, ließen Geld da und reisten wieder ab. Da waren viele Einheimische doch geneigt, sich auch mit dem Fremden auseinanderzusetzen, ja zu arrangieren. Gerne wurde das Schulenglisch eingesetzt, Schilehrer lernten Holländisch und auf den Speisekarten tauchten Eisbein und Sahne auf.

### Bisch a Tiroler ...

AusländerInnen kannte ich wenige, als ich ein kleines Mädchen war. Lange Jahre haben kaum »Gastarbeiter« in der Röhrenwerksiedlung nebenan gewohnt. Die, die es gab, kamen aus Jugoslawien und der Türkei. Und dann gab es noch Flüchtlinge; damals sagte man noch nicht Asylanten, sondern auch im Wort war enthalten, dass diese Menschen auf der Flucht vor irgendetwas waren. Und irgendetwas bedeutete Verfolgung, Krieg oder Not, wie bei der netten Sikh-Familie oder den per-

sischen Studenten auf der Flucht vor Khomeini.

An Fremdenfeindlichkeit kann ich mich nicht erinnern, wenn man davon absieht, dass mir schon damals viele Landsleute feindlich allem Fremden gegenüber eingestellt erschienen. »Bisch a Tiroler, bisch a Mensch« heißt es noch immer gerne mit stolz geschwellter Brust, und wofür man die NichttirolerInnen so hält, wissen die meistens selbst. In Tirol muss keiner aus dem Ausland kommen, um Integrationsprobleme zu haben, da reicht es oft schon, aus Vorarlberg, Salzburg oder gar Wien zu stammen.

»Mensch sein« allein reichte mir nicht, und so machte ich mich auf nach Wien, wo alle fremd zu sein schienen. Es dauerte Jahre bis ich auch »echte Wiener« kennenlernte. Zuvor hatte sich mein Freundes- und Bekanntenkreis um BewohnerInnen aller Bundesländer, Deutsche und sogar Türken erweitert. Damals war der Brunnenmarkt voll schillernder Exotik – für eine Tirolerin zumindest. Wien war Multikulti und das begeisterte mich.

Multikulti ist mehr geworden in den letzten 20 Jahren. In Wien und in Tirol. In der Röhrenwerksiedlung wohnen fast nur noch Menschen mit Migrationshintergrund. Auf den Almhütten bedienen deutsche GastarbeiterInnen russische Gäste. In Telfs steht seit Jahren eine Moschee.

Irgendwie kann ich auch verstehen, dass das Fremde manchen Menschen Angst macht. Es ist irritierend, wenn man im Straßenbahnwaggon kein Wort versteht. Auch ich frage mich, ob alle Mädchen diese Kopftücher gerne tragen. Immer wieder prallen die Kulturen aufeinander. Das ist heute schwieriger als damals. Was ich nicht verstehen kann, ist die Fremdenfeindlichkeit, die mir im Wiener Wahlkampf wieder einmal von den Plakaten entgegenschreit. Und nicht nur dann.

### Melange der Kulturen

Immer noch begeistern mich der Brunnenmarkt und die »Melange der Kulturen«. Ich erfreue mich an internationalen Lokalen, am bunten Straßenbild und an den KollegInnen aus aller Welt, die mir seit ein paar Jahren häufiger in der ArbeitnehmerInnenvertretung begegnen. Da ist die türkischstämmige Rechtsberaterin, deren Vorname Liebling heißt, der in Ägypten geborene Betriebsrat, der seine KollegInnen in Europa vertritt, oder die Redakteurin, deren Eltern aus Bosnien fliehen mussten. Und da ist der hilfsbereite Nachbar in Tirol, der als Fünfjähriger aus Anatolien hergezogen ist oder das äthiopische Waisenkind, das mein Cousin adoptiert hat. Ohne alle diese »Fremden« kann und will ich mir meine Heimat Österreich nicht mehr vorstellen.

# Demagogen entzaubern

Am 8. September 2010 präsentierte das Autorenduo Willi Mernyi und Michael Niedermair ihr neuestes Werk in der ÖGB-Zentrale.

»Dieses Buch verspricht dir kein schöneres Leben, aber mit Sicherheit ein spannenderes« – trotz oder gerade wegen dieser Warnung waren viele Interessierte zur Präsentation des neuesten Buch von Willi Mernyi und Michael Niedermair »Demagogen entzaubern« gekommen. Wer die Autoren kennt, wusste wohl auch schon, dass ihn oder sie keine ganz normale Buchpräsentation erwartet, sondern eine gelungene Mischung aus Seminar und Show. Und das begeisterte die vielen KollegInnen, die Anfang September den Weg in die ÖGB-Zentrale auf sich genommen hatten.

Wir kennen sie alle: Die Demagogen, die im Betrieb, am Stammtisch oder bei öffentlichen Veranstaltungen das Wort an sich reißen und die Stimmung wenden. Dieses Buch wendet sich an Menschen, für die Zivilcourage mehr ist als ein Schlagwort. Es hilft, die Tricks der Demagogen zu durchschauen und enthält Infos und Tipps, um in schwierigen Gesprächssituationen Vorurteile zu entkräften und Menschen für sich zu gewinnen. Die erfahrenen Trainer Mernyi und Niedermair bieten auch Workshops zum Thema an.

Mehr Info:

[www.demagogenentzaubern.at](http://www.demagogenentzaubern.at)

## BUCHTIPP

Willi Mernyi,  
Michael Niedermair  
**Demagogen entzaubern**  
Hetzer stoppen. Propaganda  
entlarven. Vorurteile entkräften.



ÖGB-Verlag 2010, 208 Seiten, € 19,80  
ISBN: 978-3-7035-1453-1

### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



Michael Niedermair, Betriebsrat in der voestalpine Personalberatung, ist als Trainer, Berater und Coach mit Demagogen konfrontiert.



Willi Mernyi leitet seit 1999 das ÖGB-Referat für Kampagnen, Projekte, Zielgruppen: »Betriebsräte sind an uns herangetreten«.



Mag. Dagmar Thurnhofer, Projektmanagerin im ÖGB-Verlag, begrüßte das neugierige Publikum.



Gut angekommen – nach Ende der lebendigen Präsentation standen die KollegInnen Schlange für ein Autogramm der Autoren.

**IMPRESSUM**

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.  
 Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.  
 Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
 E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee**

Arthur Ficzek (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
 Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
 Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,  
 Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),  
 Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,  
 Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,  
 Alexander Schneider, Erik Türk

**Redaktionsmitglieder**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
 Sonja Adler (Sekretariat),  
 Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Sebastian Baryli,  
 Kai Biehl, Günther Chaloupek, John Evers, Astrid Fadler,  
 Sophia-T. Fielhauer-Resei, Andreas Gjecaj, Karl Goldberg,  
 Dagmar Gordon, Astrid Holzinger, Bernhard Horak, Angela Huemer,  
 Franz Mangelberger, Ana Luz Morales de la Rosa,  
 Amela Muratović, Brigitte Pellar, Reinhold Russinger, Ulrich  
 Schönbauer, Robert Stöger, Thomas Varkonyi, Christina Wieser

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
 Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
 Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
 Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
 E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,  
 Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
 Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
 Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
 Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,  
 E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
 Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
 von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
 die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
 Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
 aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
 Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
 geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
 sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
 Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
 Redaktion und mit Quellenangabe.

**ÖGB-Frauen:**

**Wie viel verdienst DU?**

**94 Tage arbeiten Frauen im Schnitt »gratis«. Wie schauts bei DIR aus?**

Am 29. September endet heuer statistisch gesehen die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. In Österreich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit noch immer um durchschnittlich 25,6 Prozent weniger als Männer – und zwar bei ganzjähriger Vollzeitarbeit. Rechnet man das in Arbeitstage um, bleiben Frauen für 94 Tage »unbezahlt«.

Auf diese Situation machen die ÖGB-Frauen mit dem Equal Pay Day, dem Tag für gleiche Bezahlung, aufmerksam. Heuer wollen sie mit Hilfe der Mitglieder die Einkommensschere sichtbar machen. Dafür bitten sie engagierte BetriebsrätInnen um Mithilfe. Auf einer Einkommenspyramide im Internet können Män-

ner und Frauen mit einem Klick ihr Bruttoeinkommen offenlegen. Es besteht auch die Möglichkeit, ein Einkommenspyramiden-Plakat auszudrucken oder bei den ÖGB-Frauen zu bestellen und im Betrieb aufzuhängen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nicht nur fair, sondern auch ökonomisch wichtig. Wenn gleichwertige Arbeiten auch gleich bezahlt werden, profitieren davon alle – Frauen, Familien, Wirtschaft und das Finanzamt.

Alle Infos dazu:

[www.oegb.at/servlet/NcMain?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ\\_Index&n=OEGBZ\\_11.5#](http://www.oegb.at/servlet/NcMain?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_11.5#)

**Initiative:**

**Machen wir uns stark.**

**ÖGB und Gewerkschaften unterstützen Ziele der Kundgebung.**

»Machen wir uns stark« ist eine Initiative, die sich für einen radikalen Kurswechsel in der Fremdenpolitik, eine mutige Bildungspolitik und ein gutes Zusammenleben stark macht. Mit einer Kundgebung wurde am 18. September 2010 (nach Redaktionsschluss) am Wiener Heldenplatz den Anliegen im Vorfeld der Budgetverhandlungen Nachdruck verliehen.

Auch der ÖGB und seine Gewerkschaften unterstützen die wichtigen Forderungen der Initiative. ÖGB-Präsident Erich Foglar erklärt warum: »Wir machen uns gemeinsam stark, weil das jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns stärker macht, und weil wir gemeinsam besser gehört werden, wenn wir uns gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung stark machen.«

»Zauderer, Zyniker und Zünder werden jetzt lange genug am Wort«, hieß es im Appell zur Kundgebung. »Wir brauchen hier niemanden, der Menschen gegeneinander aufwiegelt. Wir verzichten

auf alle, die Flüchtlinge und Arbeitslose zu Sündenböcken machen. Wir lassen uns auch nicht einreden, dass die Opfer der Finanzkrise an ihrem Schicksal selbst schuld sind. Diese Hetze vergiftet uns nur. Und sie lenkt von den Fragen ab, die für unsere Zukunft wirklich wichtig sind.«

Die Forderungen:

- Radikaler Kurswechsel in Asyl- und Fremdenpolitik,
- mutige Bildungspolitik, die die Vielfalt der Menschen anerkennt,
- gerechtere Verteilung des Wohlstands und Jobs, von denen wir leben können,
- entschlossenes Eintreten für eine demokratische Öffentlichkeit,
- Beseitigung aller rechtlichen und informellen Barrieren beim Zugang zu Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur.

Alle Infos:

[www.machen-wir-uns-stark.at](http://www.machen-wir-uns-stark.at)

## Sektion 8:

# Steuermythen

## VolkswirtInnen präsentieren Fakten zum Thema Steuern.

**Kennen sie das?** Sie diskutieren mit Bekannten oder ArbeitskollegInnen und plötzlich sagt jemand etwas wie: »Wenige Spitzenverdiener müssen 60 Prozent der gesamten Steuerlast zahlen.« Man fühlt, dass das falsch ist und hat vielleicht schon einmal irgendwo gehört, was an dieser Aussage nicht stimmt, kann sich aber nicht mehr erinnern wieso und weiß auch nicht mehr genau, wo man nachsehen soll. Dafür gibt es jetzt zumindest beim Thema Steuern Abhilfe. Eine Gruppe von

VolkswirtInnen hat die Webseite [www.steuermmythen.at](http://www.steuermmythen.at) eingerichtet. Auf dieser Seite werden gängige Steuermythen kompakt hinterfragt und mit der wirklichen Faktenlage verglichen. Auch unser voriges Beispiel ist schnell entzaubert. Es stimmt, dass die zehn Prozent der SpitzenverdienerInnen 58 Prozent des Einkommensteueraufkommens tragen. Aber Vorsicht, die Einkommensteuer machte im Jahr 2009 keine 20 Prozent am gesamten Steuereinkommen aus. SV-Beiträge und Umsatz-

steuer sind z. B. größere Brocken. Und weil die Umsatzsteuer auf ein Küchengerät nicht progressiv gestaffelt ist wie die Einkommensteuer, beträgt der Steuerbeitrag für alle Menschen Hausnummer 15 Euro. Dies können sich aber große Einkommen viel leichter leisten als schmale Geldtaschen, womit der Vorteil aus der progressiven Einkommensteuer volkswirtschaftlich wieder aufgehoben ist.

Mehr Beispiele auf [www.steuermmythen.at](http://www.steuermmythen.at).

## ÖGB und AK Wien:

# bbK10 – Betriebsratskommunikation X.0

## Die Auszeichnung für die beste betriebsrätliche Kommunikation.

**Wir suchen die** besten digitalen Kommunikationsideen und -lösungen in kleinen, mittleren und großen Betrieben bzw. Organisationen in Wien. Von Österreichs BetriebsrätInnen gibt es bereits zahlreiche informative Webseiten, themenorientierte Blogs, Foren, Wikis, aktuelle Newsletter- und SMS-Services und vieles mehr. MACH MIT! Viele betriebsrätliche Kommunikationsleistungen verdienen

Anerkennung und eine geeignete öffentliche Plattform. Es geht um euren Einsatz!

Unter »Betriebsratskommunikation X.0« verstehen wir insbesondere folgende Kommunikationsmittel: Webseite, Intranet, Blogs, Foren und Wikis, Social Communities (Twitter, Facebook, YouTube u. v. m.), E-Mail-Newsletter, SMS- oder MMS-Service.

Einsendeschluss ist der 17. Oktober 2010. Die Preisverleihung findet am 22. November 2010 statt, bei der wir miteinander »Kommunikation« zum Thema machen.

Mehr Infos und Anmeldung:

[www.bestkom.at](http://www.bestkom.at)  
Facebook & Twitter

Wir freuen uns auf eure Einreichungen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Sie zu unserem neuen Wiener Stadtgespräch einzuladen:

**Peter Huemer im Gespräch mit Michael Haneke**

»Gewalt und Gefühlskälte sind dominante Eigenschaften unserer neoliberalen Haifischgesellschaft«

»Natürlich versuche ich, das Misstrauen des Zuschauers in den Wirklichkeitswert medialer Bilder zu schüren. Wir beziehen den überwältigenden Großteil unserer Information aus den Medien und wiegen uns dadurch in der Illusion, etwas von der Welt zu wissen. In Wahrheit wissen wir so gut wie nichts, erklärt der österreichische Filmregisseur und Drehbuchautor Michael Haneke. Für Filme wie »Die Klavierspielerin« oder »Caché« erhielt der Regisseur zahlreiche internationale Preise. Sein jüngster Film »Das weiße Band« wurde mit der Goldenen Palme in Cannes ausgezeichnet und gewann außerdem den Europäischen Filmpreis in den Kategorien Film, Regie und Drehbuch, den Golden Globe Award in der Kategorie Bester Fremdsprachiger Film sowie den Deutschen Filmpreis in zehn Kategorien.

Donnerstag, 23. September 2010, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter.

Eintritt frei

Um Anmeldung bis 20. September wird gebeten

Telefon (01) 501 65 DW 2146

w i e n e r -  
s t a  
d  
t g e s p r ä  
c h

[stadtgesprach@akwien.at](mailto:stadtgesprach@akwien.at)

Mehr Infos: [www.wienerstadtgesprach.at](http://www.wienerstadtgesprach.at)

# Kulturmix als Basis für Kreativität

*Arbeiterkammer-Experte Josef Wallner ist davon überzeugt, dass Österreichs Wohlstandszuwachs ohne Migration nicht möglich gewesen wäre.*

## ZUR PERSON



### Josef Wallner

Geboren 1956 in Villach/Kärnten, Volksschule und Humanistisches Gymnasium in Kärnten

Zwei Jahre Politikwissenschaftsstudium und Volkswirtschaft, Universität Wien; danach Ausbildung zum Diplomverbandsmanager des Verbandsmanagement Instituts der Universität Freiburg/CH

1980–1982: Arbeitsmarktservice Niederösterreich

1982 laufend: Arbeiterkammer Wien (AK Wien)

Mitglied im Gründungsvorstand des Beratungszentrums für MigrantInnen

Seit 1993: Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt der AK Wien

1994–2002: Vertreter der AK Wien im Landesdirektorium des AMS Wien

1998: Gründung und bis 2002 Leitung des Insolvenzschutzverbandes für ArbeitnehmerInnen im Auftrag der AK Wien und des ÖGB

Seit 2002: Vertreter der Bundesarbeitskammer im Verwaltungsrat des AMS-Österreich

1990 bis 2002 u. a. auch verantwortlich für Organisation der Rechtsberatung für MigrantInnen in ihrer Muttersprache in der AK Wien

Seit 2002 laufend: Zielgruppenverantwortung für AK-Mitglieder mit Migrationshintergrund

Seit November 2008: verantwortlich für die organisatorische Weiterentwicklung der »Abteilung Arbeitsmarkt« zur Abteilung »Arbeitsmarkt und Integration« in der AK Wien

**Arbeit&Wirtschaft:** *Josef Wallner, du bist Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien. Migrationspolitik ist da ein wichtiges Thema. Betrachtet man aktuell die Plakate zwischen »Wiener Blut« und »Reden wir über Bildung. Am besten auf deutsch«, fragt man sich schon, was ist da los?*

**Josef Wallner:** Migration ist eines der Megathemen der nächsten Jahre. In den letzten vier Jahrzehnten hat Zuwanderung in relevantem Maße stattgefunden, weil unsere Gesellschaften ökonomisch und sozial nur noch unter der Voraussetzung von Zuwanderung funktionieren. Andererseits gibt es noch keinen tragfähigen

Konsens darüber, wie die Regeln dafür sein sollen. Die Bewusstseinsbildung für diesen Prozess startet im Grunde genommen erst jetzt ernsthaft, weil wir eben jetzt eine »kritische Masse« von dauerhafter Zuwanderung erreicht haben und uns das bewusst geworden ist. Traditionelle Einwanderungsländer wie USA und Australien unterscheiden sich hier stark. Diese Staaten sind ja von Einwanderern gegründet worden. Sie haben daher auch andere Einwanderergruppen angezogen: Nämlich die, die z. B. nach Amerika gehen, um Amerikaner zu werden. Und eben nicht die, die dort hingehen, um temporär Geld zu verdienen und dann heimzukehren. Genau das ist aber

das Konzept, das in den 1960er-Jahren in Europa entstanden ist.

### **Der sogenannte Gastarbeiter ...**

Genau – und im Bewusstsein vor allem der deutschsprachigen Länder ist erst jetzt die Erkenntnis angekommen, dass dieses »Rotationskonzept« nicht mehr funktioniert. Ein Alternativkonzept muss aber erst gesellschaftlich ausverhandelt werden mit allen Schwierigkeiten auch auf der emotionalen Ebene, die es dabei gibt. Daher kommt es zu Konflikten.

**Hat das Gastarbeiter-Konzept denn je funktioniert und wenn ja, wie lange?**

Wenn wir wollen, dass der wirtschaftliche Nutzen weiterhin überwiegt und der soziale Zusammenhalt erhalten bleibt, dann brauchen wir eine integrationsorientierte Politik, die alle gesellschaftlichen Gruppen ernst nimmt und die ohne Oberlehrergehabe auskommt. Basis dafür sind Verteilungsgerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze.

Es hat bestenfalls kurzfristig funktioniert bis Anfang der 1970er-Jahre. Es ist allerdings immer leicht, mit dem Wissen von heute zu sagen der damalige Zugang war falsch. In den 1960er-Jahren gab es einen illusionären Konsens zwischen den Aufnahmeländern, die einen Arbeitskräftemangel temporär abdecken wollten, und den Zuwanderern, die ihrerseits nur vorübergehend nach Europa wollten, um mit dem hier verdienten Geld später daheim eine Existenz aufzubauen.

### ***Ist Österreich ein Einwanderungsland?***

Geht es um Zahlen, Daten, Fakten ist Österreich ganz klar ein Einwanderungsland – mit einem Bevölkerungsanteil an Menschen mit Migrationshintergrund von rund 17 Prozent. Auf der Bewusstseinssebene muss der Abschied vom Gastarbeitersystem erst verarbeitet werden. Das ist der Unterschied zu den klassischen Einwanderungsländern, wo ein Großteil der Bevölkerung weiß, dass die eigenen Vorfahren eingewandert sind. Die »Gastarbeiter-Länder« Deutschland, Schweiz, Österreich haben das Rotationsystem auf die Spitze getrieben. Die Schweiz hat aber vor Jahren die Bremse gezogen, indem sie ihr berüchtigtes Saisoniermodell praktisch abgeschafft haben. Vielleicht am konsequentesten von allen drei Ländern wurde die Lage in Deutschland neu überdacht und die Weichen in Richtung Einwanderungsland gestellt. Österreich steht im Grunde genommen am Beginn dieser Diskussion.

***Österreich hat ja eine Geschichte als Vielvölkerstaat. Wenn ich an die »Wie-***

### ***ner Blut«-Debatte denke, habe ich den Eindruck, dass manche das verdrängen?***

So ist das wahrscheinlich, allerdings wurden auch im Vielvölkerstaat Konflikte auf die ethnische Ebene verlagert. Eine der Ursachen, warum die Debatte heute so konfliktreich verläuft, ist ihre Instrumentalisierung. Einerseits gibt es die bekannten Demagogen, deren Politik von unsachlicher Zuspitzung lebt. Andererseits wird oft ignoriert, dass z. B. die Perspektive des reichen Vorstandsmitglieds in seiner Döblinger Villa eine andere ist als die der 80-jährigen Rentnerin, die seit 40 Jahren in Ottakring lebt und jetzt damit zu Rande kommen soll, dass sich ihre direkte Umgebung sozial komplett verändert hat. Es ist auch der Bobo nicht in derselben Lage, der bewusst auf den lebendigen Yppenplatz zieht. Er könnte nämlich auch in den 13. Bezirk ziehen ...

### ***... und später, wenn die Kinder in die Schule kommen, wird er das auch tun ...***

Ja, dann schicken viele ihre Kinder in Privatschulen und nicht in solche, wo es 80 Prozent Migrantanteil gibt. Der hohe Migrantanteil an manchen Schulen rührt ja auch daher, dass die situierte Mittelschicht ihre Kinder dort herausnimmt, aber gleichzeitig mit erhobenem Zeigefinger anderen Fremdenfeindlichkeit vorwirft. Diese fühlen sich dann nicht verstanden, was wieder die Sache der Demagogen sehr erleichtert. Ich glaube, dass zu wenig bedacht wird, dass die neue gesellschaftliche Situation für Zuwanderer und für unsere 80-jährige Rentnerin in Ottakring in mancher Hinsicht ähnlich

ist. Zuwanderer kommen, fühlen sich in der fremden Umgebung oft nicht wirklich wohl und versuchen, sich ihre Nestwärme in ihren Communities zu holen. Der in ihrem Viertel seit Jahrzehnten verwurzelten alten Rentnerin geht es genauso: Ihr ist Ottakring fremd geworden, sie fühlt sich nicht mehr wirklich wohl. Auch sie muss Anpassungsarbeit leisten und das ist nie leicht, egal für wen. Undifferenziert gleich den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit parat zu halten, ist unsensibel und ebenso falsch wie das ständige Beschwören einer drohenden »Parallelgesellschaft«.

### ***Wie könnte Integration funktionieren?***

Es ist klar, dass der große Wohlstandszuwachs seit den 1960er-Jahren ohne Zuwanderung nicht gekommen wäre. Aber das erleben nicht alle gleich. Unternehmen profitieren ganz unmittelbar und kräftig von Zuwanderung und forcieren sie aktiv, weil sie billige und gut qualifizierte Arbeitskräfte erhalten. Auf der anderen Seite stehen Gruppen, die nicht unmittelbar einen Vorteil in der Zuwanderung sehen können; ihr Umfeld hat sich verändert, ohne dass sie darauf Einfluss hatten, und auf dem Arbeitsmarkt erleben sie oft verschärften Konkurrenzdruck.

Wenn wir wollen, dass der wirtschaftliche Nutzen weiterhin überwiegt und der soziale Zusammenhalt erhalten bleibt, dann brauchen wir eine integrationsorientierte Politik, die alle gesellschaftlichen Gruppen ernst nimmt und die ohne Oberlehrergehabe auskommt. Basis dafür sind Verteilungsgerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze. Von der EU-Erweiterung haben vor allem Industrie und Banken

## WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.dukannstwas.at](http://www.dukannstwas.at)

profitiert, nicht ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose oder PensionistInnen. Es muss daher wieder ein höherer Anteil der Gesamtwertschöpfung bei den Lohnabhängigen landen. Hauptansatz für die eigentliche Integrationsarbeit ist die Bildungsebene: Gerade unter den Bedingungen der Zuwanderung sind zu frühe Bildungswegentscheidungen schlecht. Die Potenziale der Zuwandererkinder werden nicht ausgeschöpft. Ein weiteres Problem: Informelle und mitgebrachte Kompetenzen werden in der Arbeitswelt nicht anerkannt. Das erschwert die Arbeitsmarktintegration, nicht nur bei MigrantInnen. Das schöne Modell »Du kannst was!« der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt, wie es gehen könnte. Die haben gemeinsam mit dem AMS, dem ÖGB und der Wirtschaftskammer ein Pilotmodell gestartet, in dem Menschen ohne formale Facharbeiterausbildung aber mit fundierter Berufserfahrung in einem Berufszweig die Chance bekommen, den Lehrabschluss nachzuholen.

### **Ein wichtiges Thema bei der Integrationspolitik bleibt die Sprache ...**

Ja – häufig leider auch für die zweite und dritte Generation. Einerseits gibt es zunehmend Jugendliche, die höhere Schulen besuchen und einen Universitätsabschluss machen. Es gibt aber auch viele, die weder Deutsch noch die Muttersprache der Eltern wirklich beherrschen. Diese jungen Leute haben es schwer, selbst wenn sie intelligent sind. Auch hier ist schon beim Schulsystem anzusetzen. Wichtig sind aber auch Initiativen bei denen die Eltern an Bord geholt werden – wie »Mama lernt deutsch«.

### **Die Migrations- und die Asylfrage werden gerne miteinander vermischt – wo kann man Unterschiede festmachen?**

Da gibt es unterschiedliche Modelle. Schweden hat z. B. schon in den 1980er-Jahren Arbeitsmarktmigration stark he-

runtergefahren. Zuwanderung aus Drittstaaten erfolgt primär über den Asylweg. Gesteuert wird über Kontingente. Wer kommen darf, erhält echte Integrationsbegleitung: Da gibt es umfangreiche Sprachschulung und sogar subventionierte Einstiegsjobs; der Aufbau eines Systems zur Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen wird vorangetrieben. In Österreich war es zwar phasenweise deutlich leichter Asyl zu erhalten, für die Integration der Asylsuchenden wird aber im Vergleich nichts getan. Daraus resultieren soziale Probleme. Bei uns wären auch klare Strukturen zu schaffen.

### **An dem Problem wird man auch in Zukunft nicht vorbeikommen – so fliehen weiterhin aus Afrika jede Menge Menschen vor Gewalt und Armut.**

Eine Entschärfung der Situation setzt auch die gezielte wirtschaftliche Kooperation mit den Anrainerstaaten voraus und zwar so, dass die Wertschöpfung nicht nur bei den europäischen Konzernen bleibt.

### **Auch eine Aufgabe für die internationale Gewerkschaftsbewegung?**

Ja, weil die ArbeitnehmerInnen die ersten sind, denen die ungelösten Probleme auf den Kopf fallen. Allerdings kommt den Gewerkschaften in der Migrationspolitik eine weit schwierigere Rolle zu als dem Kapital, das mobiler ist als Menschen. So kann es leicht in globalen Strukturen handeln und denken. Für Gewerkschaften ist es viel schwieriger, den Ausgleich zu finden, wenn z. B. eine Fabrik verlegt wird.

### **Ist das auch einer der Gründe weswegen sich ÖGB und AK für die EU-Übergangsfristen stark machen?**

Diese Übergangsfristen wurden mit gutem Grund ausgehandelt, weil die EU-Erweiterung die Fusion zweier ökonomischer Systeme bedeutet, deren Leistungskraft und Standards weit auseinanderklaffen. Das führt zu großen Anpassungsproblemen. Ohne Begleitmaßnahmen, z. B. dem Ausbau einer unterstützenden aktiven Arbeitsmarktpolitik, ist sowas nicht zu bewältigen. Das Aufsetzen von Anpassungsmaßnahmen erfordert aber mehrere Jahre. Österreich hat die Übergangsfristen übri-

gens sehr durchlässig gehandhabt, daher sind trotz der Fristen wesentlich mehr Zuwanderer/-innen zu uns gekommen als in die meisten anderen EU-Länder ohne solche Fristen.

### **Die Migrationsdiskussion artete in den vorigen Jahren immer mehr zu einer Religionsdiskussion aus. Dabei wird der Islam häufig als Bedrohung gesehen.**

Diese populistische Zuspitzung wird vor allem durch die europäischen Rechtsparteien geschürt. Die haben erkannt, dass sie MigrantInnen als WählerInnen brauchen. Als neues Feindbild haben sie daher die Untergruppe der muslimischen Zuwanderer ausgewählt und versuchen zu spalten. Gleichzeitig geben sie vor, damit die »europäischen Werte«, die ihnen sonst kaum geläufig sind, hochzuhalten. Gearbeitet wird dabei wie üblich mit Verunglimpfung, Unterstellung und Vereinfachung. Eine Werte- und Demokratiediskussion müssen wir in einer lebendigen Demokratie natürlich immer führen, aber fair und nicht mit zweierlei Maß.

### **Abgesehen davon, dass Österreich heute wirtschaftlich ohne MigrantInnen nicht existieren könnte, was bringt es uns, ein Einwanderungsland zu sein?**

Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen bildet die Basis für Kreativität. Die extreme »Geniedichte« Wiens um die Wende zum 20. Jahrhundert hat damit zu tun, dass Wien ein melting pot war, und viele der großen Geister, die wir als unser kulturelles Erbe sehen, hatten Migrationshintergrund. Dieses gelungene Zusammenspiel unterschiedlichster Kulturen ist ja das eigentlich Typische für Österreich und daher »österreichische Heimat«.

**Wir danken für das Gespräch.**

**Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft**

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

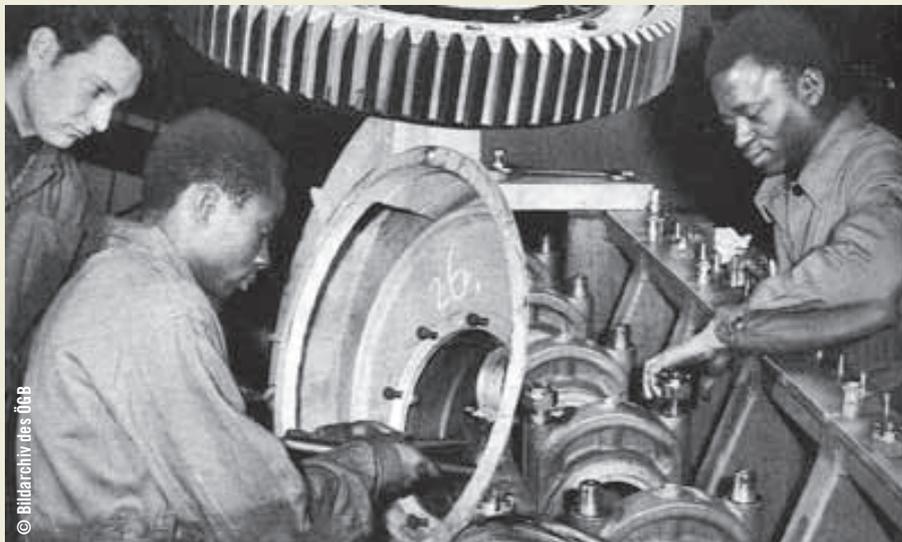
# Der ÖGB und Afrika

*Nach dem Ende der Kolonialherrschaft engagierten sich freie Gewerkschaften wie der ÖGB in der Entwicklungshilfe.*

Anfang 1960 beschloss das ÖGB-Präsidium, einen *Hilfsfonds für Entwicklungsgebiete* einzurichten. Dotiert wurde er aus Mitteln des ÖGB, zu Beginn 500.000 Schilling, aus Eigenmitteln der Gewerkschaften und Spenden von ArbeitnehmerInnen, zu denen der ÖGB aufrief. Der Hilfsfonds sollte vor allem zur Unterstützung freier Gewerkschaftsorganisationen in Afrika und Asien dienen – mit Schwerpunkt Afrika.

Es hatte gute Gründe, warum sich der ÖGB und andere »westliche« Gewerkschaften, die dem **Internationalen Bund Freier Gewerkschaften** angehörten, zu diesem Zeitpunkt für Entwicklungspolitik besonders engagierten: Nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpften die Kolonien der europäischen Mächte in Afrika und Asien ihre Unabhängigkeit und wurden selbstständige Staaten. Gewerkschaftsgründungen waren für Einheimische oft sehr schwierig gewesen oder wurden abgelehnt, wenn sie von einer Organisation aus dem Land der Kolonialmächte ausgingen. Nun sah man aber die Chance, in den neuen Staaten eine eigenständige Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln. Und es bestand – in der Epoche des »Kalten Krieges zwischen den Supermächten« – daran Interesse, dass dabei die »westliche« Gewerkschaftstradition und nicht die kommunistische Vorbild wurde.

Im ÖGB-Tätigkeitsbericht für 1961 hieß es: *Die Tätigkeit des ÖGB, als überparteiliche Interessenorganisation eines militärisch neutralen Landes, wird von den Entwicklungsländern Afrikas und Asiens mit großer Genugtuung verfolgt. Auch in den Gewerkschaftsin-*



Junge Afrikaner bei ihrer Berufsausbildung in Österreich 1962. Der ÖGB ermöglichte sie im Rahmen seines Entwicklungsförderungsprogramms.

*ternationalen wird das Vorgehen des ÖGB gutgeheißen. Um Überschneidungen zu vermeiden, wird durch Gewährung einer materiellen Hilfe jeweils der Kontakt mit den Internationalen hergestellt.*

Was konkret geschah: Als erster Schritt startete, zum Teil schon vor 1960, eine Art Besuchsdiplomatie: *Die Besuche afrikanischer Gewerkschafter in Österreich und österreichischer Gewerkschafter in Afrika haben gezeigt, dass dieser gute Kontakt für beide Seiten von großem Wert ist*, stellte das ÖGB-Referat für Information und internationale Beziehungen schon 1960 fest. Über den Hilfsfonds gab es dann auch handfeste praktische Unterstützung. *Für einige Länder, die im Begriffe sind, freie Gewerkschaften aufzubauen*, stellte der ÖGB ab

1961 *verschiedene Einrichtungen, in einigen Fällen Puch-Haflinger-Autos* zur Verfügung. Ein anderes Beispiel: Mit einer Spendenaktion brachte die Gewerkschaftsjugend das Geld für die Reise von vier jungen Afrikanern nach Österreich auf, aus dem Hilfsfonds wurde ihr Aufenthalt finanziert. 1962 konnten sie *in verstaatlichten Betrieben eine beschleunigte Berufsausbildung* beginnen.

Weil aber Spendenaufträge nur etwas bringen, wenn die SpenderInnen überzeugt sind, eine gute Sache zu unterstützen, stellte sich der ÖGB auch die Aufgabe, *... um Verständnis für die Situation der Völker Afrikas im Lande zu werben.*

Zusammengestellt und kommentiert von  
Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Migration und Arbeitsmarkt

*Die Migrationspolitik hat sich in den letzten 30 Jahren zum gefährlichsten Minenfeld der politischen Diskussion entwickelt.*

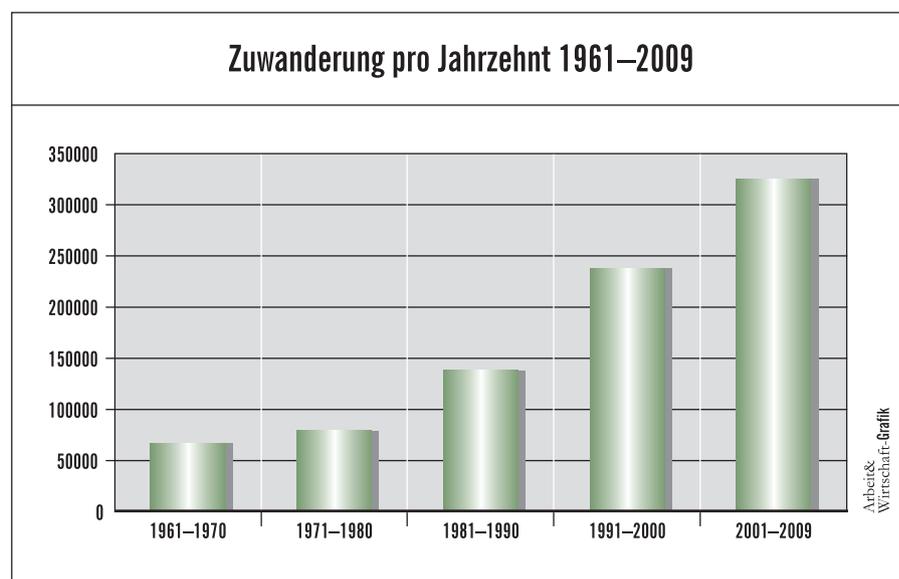
Autor: Dr. Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen  
Abteilung der AK Wien

Seit den 1970er-Jahren hat sich die Bedeutung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte für die Wirtschaftsentwicklung grundlegend geändert. Die erste Welle war von zunehmender Arbeitskräfteknappheit am Ende einer langen Prosperitätsphase induziert worden. Nach dem Ende dieser Phase 1975 gab es in einzelnen Jahren beträchtliche Rückwanderungsbewegungen; die Zahl ausländischer Arbeitskräfte ging von fast 230.000 im Jahr 1973 auf 140.000 im Jahr 1984 zurück, nachdem auf dem Arbeitsmarkt die Knappheit einem steigenden Überangebot Platz gemacht hatte.

## Seit 2000: 315.000/Jahrzehnt

Nach Ende der 1980er-Jahre beschleunigte sich die Zuwanderung dramatisch. Die Zuwanderung pro Jahrzehnt hatte in den 1980er-Jahren 138.000 betragen, in den 1990er-Jahren bereits 238.000 und in den neun Jahren seit der Jahrtausendwende sogar 315.000. Die höchsten Zuwanderungszahlen wurden dabei in Jahren mit guter Konjunktur registriert. Im Unterschied zu den 1980er-Jahren kam es auch in Phasen der Rezession bzw. des schwachen Wirtschaftswachstums zu keiner Rückwanderung. Seit 2000 blieb die Zuwanderung auch bei sehr schwachem Wirtschaftswachstum (2001 bis 2004) hoch. Bemerkenswert dabei ist, dass die



vermehrte Zuwanderung mit einem langfristig unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosenrate einherging.

Die seit 2000 kontinuierlich hohe Zuwanderung ist nicht eine Folge von Arbeitskräfteknappheit auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, sondern eines Zustroms aus dem Ausland, primär aus benachbarten Ländern, durch drei Faktoren bedingt: ein hohes Einkommensgefälle, eine relativ bessere Arbeitsmarktsituation in Österreich und die Erleichterung des Familiennachzuges. Ein hohes Einkommensgefälle besteht nach wie vor gegenüber den östlichen Nachbarländern, die 2004 der EU beigetreten sind. Das war auch der Grund dafür, dass für eine Übergangszeit von sieben Jahren nach dem Beitritt der Arbeitsmarktzugang aus diesen Ländern reglementiert blieb (sog. »Übergangsfristen«). Seit der Osterweiterung der EU (Mai 2004) stieg die Zahl der Beschäf-

tigten aus den Beitrittsländern um 25.000. Nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen im April 2011 (Rumänien und Bulgarien 2013) ist mit verstärktem Zustrom zu rechnen, vor allem durch das dann unbeschränkte Pendeln von Arbeitskräften über die Grenze, das erst durch die Ostöffnung nach der politischen Wende 1989 möglich geworden ist.

## Die meisten aus Deutschland

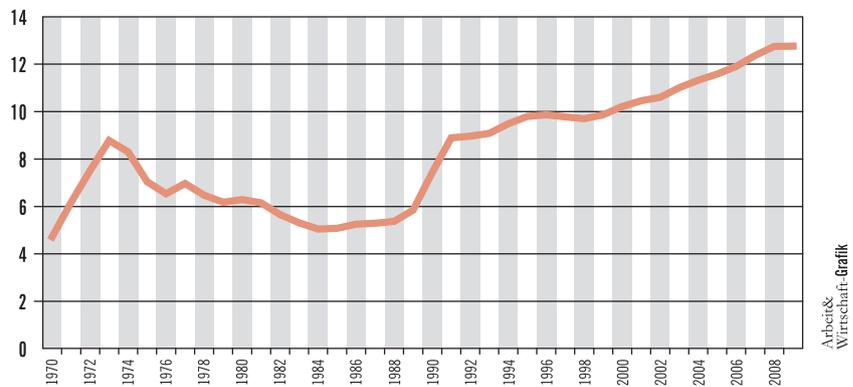
Die größte Zahl an Zuwanderern/-innen kam in den vergangenen Jahren aus einem Land, mit dem beim EU-Beitritt Österreichs 1995 niemand gerechnet hat: aus Deutschland, mit einer Netto-Zuwanderung von 60.000 seit 2002. Das Wohlstands- und Einkommensniveau ist in beiden Ländern annähernd gleich, wohl aber ist die Arbeitsmarktsituation in Österreich trotz der auch bei uns hohen Arbeitslosig-

keit erheblich besser als in Deutschland, insbesondere in Ost- und Norddeutschland.

Seit den 1980er-Jahren haben sich die Verhaltensweisen der ArbeitsmigrantInnen deutlich geändert. Während vorher Zu- und Rückwanderung einander ablösten (sog. »Rotationssystem«), bevorzugten Zuwanderer/-innen aus den Balkanländern und der Türkei in zunehmendem Maße Österreich als ständigen Wohnort und nahmen vielfach auch die österreichische Staatsbürgerschaft an. Die weitere Konsequenz war der Nachzug von Familienmitgliedern. Dies machte eine grundlegende Neuorientierung der Migrationspolitik notwendig. Im Unterschied zum früheren Rotationssystem steht jetzt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Zugewanderten und ihrer Familien im Vordergrund. Zweifellos wurden hier die Probleme lange Zeit unterschätzt bzw. Grenzen der Integrationsmöglichkeit zu spät erkannt.

Im unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahrzehnten zeigt sich ein wachsender Angebotsüberschuss auf dem Arbeitsmarkt, der nicht ohne Auswirkung auf die Lohnentwicklung bleiben konnte. Während früher die Löhne annähernd parallel mit der steigenden gesamtwirtschaftlichen Produktivität gestiegen waren, bleiben sie seit etwa 1990 deutlich hinter der Produktivität zurück. Der Lohnanteil am Volkseinkommen sank von 73 Prozent 1993 auf 69 Prozent 2009. Unter dem Druck steigender bzw. anhaltend hoher Arbeitslosenraten konnten die Gewerkschaften die Kaufkraft der Löhne im Durchschnitt vor der Aushöhlung durch die Inflation schützen, Reallohnerhöhungen konnten jedoch nur noch in geringem Ausmaß erreicht werden. Dieser Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnentwicklung ist der Hauptgrund, warum die Gewerkschaften immer für eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung eingetreten sind und den Anspruch erhoben haben, an der Gestaltung und Verwaltung des dafür notwendigen Regelwerkes aktiv mitzuwirken. Bei den auf absehbare Zeit weiterhin gegebenen starken Anreizen zur Migration nach Österreich kann es weder eine Liberalisierung der Zuwanderung geben, noch kann ein von Unternehmenseite immer erneut eingebrachter »Bedarf« an zusätz-

## Ausländische Arbeitskräfte in % der Gesamtbeschäftigung



lichen Arbeitskräften aus dem Ausland zum Maßstab der Migrationspolitik gemacht werden.

### Blick in die Zukunft

Innerhalb der auf 27 Mitgliedsländer erweiterten EU werden spätestens ab 2014 alle Beschränkungen der freien Arbeitskräftewanderung weggefallen sein. Mittel- und langfristig ist mit einem Nachlassen der Migrationsbewegungen aus den neuen in die alten Mitgliedsländer in dem Maße zu rechnen, in dem das Einkommensgefälle reduziert werden kann. Gegenüber allen Drittstaaten muss der Zugang zum Arbeitsmarkt weiterhin reglementiert bleiben, mit der Beschränkung auf jene Qualifikationen, für die am österreichischen Arbeitsmarkt Knappheit nachgewiesen werden kann. Hinter der Behauptung eines »Facharbeitermangels« von Unternehmenseite verbergen sich nur allzu oft Wünsche nach möglichst billigen Arbeitskräften mit mittlerer und geringer Qualifikation. In Österreich wird es in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, den Nachholbedarf bei der Integration von MigrantInnen zu bewältigen (»Integration vor Neuzuzug«), um der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, und den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit den Zuwanderern/-innen wieder zu verstärken.

Nicht zuletzt aber sollte Migrationspolitik gegenüber Drittländern in einer zusammenwachsenden EU als gesamteuropäische Aufgabe begriffen werden. Vor-

allem muss auf EU-Ebene eine Konzeption entwickelt werden, wie mit dem wachsenden Immigrationsdruck aus den Kontinenten Afrika und Asien langfristig umgegangen werden soll, der in den Mittelmeerlandern unmittelbar wirksam wird, aber als gesamteuropäisches Problem gesehen werden muss. In vielen afrikanischen und einigen asiatischen Ländern sind die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mehr oder weniger desolat, sodass die Tendenz zur Abwanderung in absehbarer Zeit anhaltend stark bleiben wird. Andererseits ist es aufseiten der EU-Länder legitim, sozialen Zusammenhalt und Sozialstandards vor Erosion durch übermäßige Einwanderung zu schützen. Am besten könnte dies durch eine Konsolidierung der Verhältnisse in den Auswanderungsländern erreicht werden.

Generell, d. h. unabhängig vom Herkunftsland, ist für die EU in ihrer Gesamtheit eine einheitliche Regelung der Zulassung und Reglementierung der Beschäftigung von Arbeitskräften aus Drittstaaten dringend notwendig, da die länderspezifisch recht unterschiedlichen Regelungen und Praktiken auch Auswirkungen in den anderen Mitgliedsländern haben.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[guenther.chaloupek@akwien.at](mailto:guenther.chaloupek@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Integration – wozu?

*Vom Kind einer Flüchtlingsfamilie zum ÖGB-Sekretär mit Migrationshintergrund ist es ein weiter Weg. Andreas Gjecaj erinnert sich.*

Autor: Andreas Gjecaj

Generalsekretär der Fraktion  
Christlicher Gewerkschafter im ÖGB

Im Jahr 1973 war ich 16 Jahre alt – und natürlich verliebt. Aber das ist jetzt nicht das Thema. Unser neuer Klassenvorstand im Grazer Kepler-gymnasium hatte – eher unwillig – irgendwelche Fragebögen ausgeteilt und wieder eingesammelt. »Da haben wir wieder so einen Kasperl in der Klasse«, meinte er unwirsch, als er mir den Bogen zurückwarf. Ich hatte Albanisch als Muttersprache eingetragen, er hielt es für einen schlechten Scherz und so musste ich – wieder einmal – meine Geburtsurkunde in die Schule mitbringen. Brummend nahm er diese am nächsten Schultag zur Kenntnis – eine Entschuldigung habe ich nie gehört.

## Heimat: Kosova

Mittlerweile ist in Österreich das **Amsel-feld** »Kosovo polje« – dank Arigona – recht bekannt. Im 14. Jahrhundert gab es dort große Schlachten. Gewonnen haben die Türken, die in der Folge bis vor Wien kamen. **Kosova** blieb über 400 Jahre ein Teil des osmanischen Reichs. Während von den damals katholischen Albanern die überwiegende Mehrheit islamisiert wurde, blieben trotz Unterdrückung und Verfolgung rund zehn Prozent christlich. Sie flüchteten in die Berge Nordalbanien – und behielten dort ihre Religion und Kultur. Dieser

kleinen Minderheit gehört auch meine Familie an. In den Balkankriegen am Beginn des 20. Jahrhunderts zerfiel das **osmanische Reich**, Albanien wurde unabhängig, Kosova ein Teil Serbiens. Es folgten die zwei Weltkriege, Kosova wurde zuerst von italienischen und danach von deutschen Truppen besetzt. 1945 marschierten die Deutschen ab und die **Tito**-Partisanen ein, was in meiner Heimatstadt Prizren dazu führte, dass der Bürgermeister samt Gemeinderat am Hauptplatz aufgehängt wurden. Sie hätten mit dem Feind »kollaboriert« wurde den Kosovo-Albanern mitgeteilt – und ab jetzt seien sie BürgerInnen der »Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien«.

Während erste Verwandte unserer Minderheit verhaftet wurden und in Umerziehungslager kamen – noch heute kann man die Insel »Goli-Otok« rund 20 km südlich von Senj besuchen, wo »politische Gefangene« gefoltert wurden –, wagten andere, um Haft und Folter zu entgehen, eine erste Flucht bei Nacht und Nebel an die Adria-Küste. Zwar blieben Häuser und Geschäfte zurück – aber mit ihrem zähen Überlebenswillen und ihrem Geschäftssinn betrieben viele Kosovo-Albaner bis heute ihre Silberschmiede-Läden an der Adria.

## Push'n Pull

In den 70er-Jahren trug eine Grazer In-Disco diesen Namen. Unser Jugendproblem war meist, die Stunden zwischen vier Uhr früh – wo die Disco zuspernte – und sechs Uhr durchzubringen, wo das Buffet in der Sporgasse aufsperrte.

Manchmal halfen die Parkbänke auf dem Grazer Schlossberg. In der Migrationsforschung meint »Push« und »Pull« jene Faktoren, die abstoßen (von jenem Land, das man verlässt) und anziehen (in jenes Land, wo man hin will). Meine Eltern waren in den 50er-Jahren von der Adria-Küste bis nach Slowenien gelangt, mein Vater betrieb ein Silberschmiedegeschäft in Maribor.

## Dem Unrechtssystem entfliehen

Als 1956 die Sowjet-Panzer in Ungarn den Freiheitswillen der Bevölkerung brutal niederwalzten und danach in demütigenden »Schauprozessen« Todesurteile ausgesprochen wurden, packte mein Vater seinen Rucksack. Er musste diesem Unrechtssystem entfliehen. Nur mit Kompass und Wanderkarte konnte er in einer Nacht über die »grüne Grenze« – zwischen Slowenien und Österreich gab es nie Stacheldraht – flüchten. Meine Mutter blieb schwanger – und mit meinen beiden älteren Geschwistern – in Maribor zurück.

Ich wurde im Februar 1957 geboren, im Sommer durften wir mit einem »Touristenvisum« ausreisen – allerdings musste mein älterer Bruder als »Pfand« dafür, dass meine Mutter nach drei Wochen zurückkehren würde, in Jugoslawien verbleiben. Es dauerte noch drei Jahre, bis wir in zahllosen schriftlichen Anträgen der Parteizentrale in Beograd klar machen konnten, dass ein sechsjähriger Bub nicht die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien retten würde – so durfte er schließlich 1960 ausreisen. Österreich hatte 1955 die Freiheit wiederer-

Heute, 2010, bin ich zwar kein Flüchtlingskind mehr, sondern wie es politisch korrekt heißt: »Sekretär mit Migrationshintergrund«, dennoch beiße ich mir manchmal auf die Lippen, wenn ich aktuelle Zeitungsmeldungen zum Ausländerthema lese.



langt – in Jugoslawien sollte noch 40 Jahre die Diktatur einer Partei herrschen: Push und Pull.

### Reset 1957: Zurück zum Start

Zum zweiten Mal waren nicht nur alles Hab und Gut zurückgeblieben, sondern auch alle Freunde und Verwandten – der Inhalt eines Rucksacks und zweier Koffer musste für den Neustart in einem Land mit fremder Sprache und Kultur reichen. Allerdings war Österreich 1957 anders: Obwohl – oder vielleicht weil? – viele Menschen durch Krieg und Bomben ebenfalls alles verloren hatten, wurde allein in diesem einen Jahr über 180.000 UngarInnen – fast selbstverständlich – Asyl gewährt. Heute, 2010, bin ich zwar kein Flüchtlingskind mehr, sondern wie es politisch korrekt heißt: »Sekretär mit Migrationshintergrund«, dennoch beiße ich mir manchmal auf die Lippen, wenn ich aktuelle Zeitungsmeldungen zum Ausländerthema lese.

Eine Kindheit, wo die Eltern Albanisch sprachen, wir Deutsch antworteten und oft schwierigere Worte übersetzten. Ein Vater, der nach seiner Tagesarbeit als Goldschmied in Graz auch regelmäßig an den Abenden am Werktsch saß, um seine Familie durchzubringen. Und meinte: »Man muss so tanzen, wie die Musik spielt.« Nach zwölf Jahren, 1969, endlich die österreichische Staatsbürgerschaft. Damals erschien die Melodie, die Österreich bewegte, eindeutig: »Die schlechten Zeiten – der Krieg, der Hunger – sind hinter uns. Die guten Zeiten, liegen vor uns.« Rund 20 Jahre sollte dieses Lebensgefühl der ÖsterreicherInnen andauern – ehe es sich in den

1980er-Jahren ins Gegenteil verkehrte, wie Caritas-Präsident Franz Küberl oft ausführt. Heute gilt das allgemeine Lebensgefühl: »Die guten Zeiten liegen hinter uns, vor uns liegen die schlechten Zeiten.« Und die Angst vor dem Krieg, ist durch die Angst vor der Armut ersetzt worden. Nicht mehr dazugehören, sich die »richtige Marke« nicht mehr leisten zu können – in der Familie, im Freundeskreis bei ArbeitskollegInnen nicht mehr bestehen zu können, bilden als ständige Drohung den Gegenpol zu den Glücksversprechen vieler Werbekampagnen: »Komm auf die Cola-Seite des Lebens!«

### Integration – wozu?

Österreich erlebt gerade eine der längsten Friedensperioden seiner Geschichte. Und ist darauf offensichtlich nicht vorbereitet. Wenn alle paar Jahrzehnte sowieso alles durch Kriege zerstört wird, ist höhere Mathematik bedeutungslos. Als StudentIn fünf Jahre Miete zahlen ist kein Problem – aber rechnet noch jemand nach, was bei 70 Jahren Miete zusammenkommt? Wir lernen zwar in den Schulen, dass Zinseszins eine »Exponentialfunktion« ist – schwieriges Wort – aber bedenkt jemand die Auswirkungen?

Wenn die Studie AUTREICH halbwegs stimmt, dann gibt es in einem der reichsten Länder der Welt mittlerweile vier Millionen »Habenichtse« – diese besitzen gerade drei Prozent aller Vermögenswerte – zusammen! Das Auseinanderfallen der Gesellschaft passiert aber nicht nur beim Besitz, sondern durch-

### WEBLINK

AUTREICH-Studie:  
[www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/3/8/CH0107/CMS1218533993618/11\\_reichtum.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/3/8/CH0107/CMS1218533993618/11_reichtum.pdf)

zieht alle Lebensbereiche. Was gilt in Österreich heute als »gute Musik«? Wie soll man seine Kinder erziehen? Und wie sich »richtig« ernähren?

### Eingliederung, Vereinigung

Es sind besonders Menschen mit Migrationshintergrund, die sich orientieren wollen, die solche Fragen stellen. Und damit offensichtlich den Finger auf offene Wunden legen. Gepaart mit Zukunftsangst entsteht der unsägliche Brei, den wir seit Jahren »Ausländerthema« nennen. Das »Österreichische Wörterbuch« beschreibt Integration als »Eingliederung, Vereinigung«. Aber wie gliedert man sich in eine Gesellschaft ein, die immer weiter auseinanderfällt? Fragen, die wohl ernsthaftere Antworten verdienen, als holprige Reime auf Wahlplakaten. Hoffentlich!

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[andreas.gjecaj@oegb.at](mailto:andreas.gjecaj@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Neue Feindbilder alten Musters

*Dem viel zitierten »Kampf der Kulturen« können und sollten die Gewerkschaften einiges entgegenzusetzen.*

Autor: Mag. Dr. John Evers

Historiker und Erwachsenenbildner

**W**irbel um österreichische Türk-Milch« lautete eine sommerliche Schlagzeile. Grund der Aufregung: Seit Wochen liefert die Badener Molkerei Nöm türkisch-deutsch beschriftete Milch an türkische Supermärkte. Im Internet folgte ein Sturm der Entrüstung inklusive Boykott-Aufrufen. Noch heftiger gestalteten sich die Reaktionen auf die »Minarett-Provokation« (Kurier) des Vorsitzenden der islamischen Glaubensgemeinschaft Schakfeh. Die FPÖ forderte sogar eine Volksbefragung zum generellen Verbot von Minaretten und Kopftüchern in der Öffentlichkeit sowie eine verpflichtende Erklärung von allen Muslimen, die österreichische Rechtsordnung zu akzeptieren.

## »Ausländer raus war gestern«

»Ausländer raus war gestern« schreibt »Biber« (türkisch: Paprika; Synonym für scharf), eine Zeitung vorwiegend für junge Menschen mit Migrationshintergrund, und bringt damit den Wandel in der »Ausländerdebatte« auf den Punkt. Während gerade rechte Gruppen bestimmte MigrantInnen (z. B. Serben/-innen) sogar gezielt umwerben, stehen in vielen Ländern Europas speziell Menschen aus Staaten mit muslimischer Mehrheit unter einer Art Generalverdacht. Sie gelten als nicht integrierbar und anfällig für terroristische Gruppen.

»Türk‘ und Jud‘, giftig‘ Blut« wurde im März 2010 auf die Außenmauer des ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen geschmiert. Es sind freilich nicht nur die Hetzparolen der Neonazis, welche einen neuen »Kulturkampf« nach altem Muster erahnen lassen. Dessen Kreise ziehen sich bereits weiter: Obwohl der Islam hierzulande seit 1912 eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft ist, war Österreich – und nicht etwa die Schweiz – der erste Staat, in dem im Zuge der neu entflammten Islam-Debatte 2007/2008 Moscheen- und Minarettverbote mittels bürokratischer Schikanen umgesetzt wurden. Der Politikwissenschaftler Farid Hariz weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass bei den entsprechenden Beschlüssen u. a. die ÖVP-Landesgruppen in Kärnten und Vorarlberg mit im Boot waren.

Dass auch Gruppierungen und Personen diesen »Kampf der Kulturen« führen, die sich selbst gerne als »normal« oder in der »Mitte der Gesellschaft« betrachten, erscheint dabei als besonders bedrohlich. Paradebeispiele dafür sind selbsternannte Bürgerinitiativen gegen den Bau von Gebets- und Kulturzentren, die sich im Laufe der Zeit radikalisieren und als Plattform für Rechtsextreme fungieren können. Traurige Berühmtheit erlangte hier die »Bürgerinitiative Dammstraße gegen die Errichtung von Moscheen/Veranstaltungszentren im dicht verbauten Wohngebiet«. Auf deren Demonstrationen tummeln sich inzwischen regelmäßig aus ganz Österreich angereiste Neonazis. Doch auch auf höherer Ebene wird der Islam zunehmend als das zentrale Problem ausgemacht: Für Furore sorgte be-

reits vor Jahren eine vom Innenministerium lancierte Studie, in welcher behauptet wurde, 45 Prozent aller Muslime wären nicht integrationswillig. Untersuchungen der Universität Wien haben den Behauptungen des BMI allerdings entgegen, dass z. B. 97 Prozent der befragten Jugendlichen der zweiten Generation – die stets als besondere »Problemgruppe« genannt werden – Gewalt im Namen des Islam vehement ablehnen würden.

## Weltbild und »Lösungen«

Nicht nur rechtsextreme Vorkämpfer wie z. B. Andreas Mölzer sind trotzdem der Meinung, dass wir in einer »Art von Kulturkampf zwischen der über 2.000 Jahre christlich geprägter Leitkultur Europas und einem militanten Zuwanderungsislam« leben. Auch der aus der SPD kommende Ex-Senator und Bundesbanker **Thilo Sarrazin** vertritt in seinem neuen Buch ähnliche Thesen. Die Idee, dass geopolitische oder gesellschaftliche Spannungen nicht in erster Linie ökonomisch oder sozial, sondern durch religiöse, ethnische oder kulturelle Faktoren bedingt sind, ist dabei keineswegs neu. In den vergangenen Jahren ist jedoch ihr fulminanter Aufstieg unübersehbar. Dieser hängt mit dem Wegfall alter Feindbilder im Osten und neuen Konflikten im Zuge der kapitalistischen Globalisierung und deren Folgen zusammen. Populär »neu entdeckt« wurde die These »Kampf der Kulturen« zunächst von konservativen US-Ideologen wie **Samuel Huntington**. Bereits in den 1990er-Jahren verkündete dieser einen langen und globalen Krieg zwischen unterschiedlichen Zivilisati-



Obwohl der Islam hierzulande seit 1912 eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft ist, war Österreich – und nicht etwa die Schweiz – der erste Staat, in dem im Zuge der neu entflammten Islam-Debatte 2007/2008 Moscheen- und Minarettverbote mittels bürokratischer Schikanen umgesetzt wurden.

onen. Im innerstaatlichen Bereich folgen solche Befunde im Grunde dem gleichen (rassistischen) Muster. Die Scheinlösungen für die als »Feinde« ausgemachten Bevölkerungsteile – ob nun »katholische« Latinos in den USA oder »muslimische« Türken/-innen und AraberInnen in Europa – liegen dabei auf der Hand. Bestenfalls totale Assimilation, eher aber Abschottung und/oder »Rückführung« lauten die Konzepte. Nicht umsonst bezeichnete Huntington schon in den 1960er-Jahren, das **Apartheits**regime in Südafrika als »zufriedene Gesellschaft«.

### **Parallelgesellschaft und Leitkultur**

Nicht nur aus gewerkschaftlicher Perspektive wäre es fatal, Kampfbegriffe wie »Leitkultur« oder »Parallelgesellschaft« stillschweigend zu akzeptieren. Vielmehr gilt es, die jeweiligen »Communities« mit ihren Interaktionen innerhalb der Gesamtgesellschaft, aber auch ihren (»internen«) Unterschieden und Konflikten wahrzunehmen. Dafür plädiert jedenfalls Ernst Orhan von work@migration. Fortschrittliche türkische und kurdische Menschen, die wie Orhan in Vereinen wie »Alternative Solidarität« organisiert sind, befinden sich real in einer doppelten Auseinandersetzung mit fundamentalistischen und rechten Strömungen. Geführt wird diese nämlich nicht nur mit österreichischen »Kulturkämpfern«, sondern z. B. auch mit der »Dachorganisation der Türkischen Kultur- und Sportgemeinschaft (ADÜFT)« (hinter der die rechtsextremen »Grauen Wölfe« aus der Türkei stecken). KollegInnen wie Orhan weisen aber ebenso auf jene Rahmenbedin-

gungen hin, welche Integration in Österreich behindern. So begünstigen z. B. rechtliche Regelungen, die bei Trennung von EhepartnernInnen zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis führen können, patriarchale Strukturen unter MigrantInnen. Ebenso ist der Umstand, dass rund 80 Prozent der Türken/-innen noch immer maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen, v. a. ein vernichtendes Urteil für das selektive Bildungssystem. Und nicht zuletzt sind es die weite Verbreitung von Niedriglöhnen und damit Armut unter bestimmten MigrantInnengruppen, die zum Gefühl führen können, vielleicht nie »dazu«zugehören.

Bereits im Habsburgerstaat waren die Gewerkschaften bemüht, dem »Kulturkampf« gegen tschechische, polnische und jüdische (...) MigrantInnen die Idee der Solidarität und der gemeinsamen Organisation entgegenzusetzen. Dass Fragen ethnischer, kultureller oder religiöser Diskriminierung auch heute gewerkschaftliche Fragen sind, wird z. B. durch die Publikation »Arbeit ohne Unterschiede. Arbeit ohne Vorurteile« des ÖGB unterstrichen. Es liegt wohl auf der Hand: Eine tiefer werdende Kluft zu Hunderttausenden KollegInnen, die aus Ländern mit muslimischer Mehrheit stammen – aber hier leben und arbeiten – wäre letztlich eine Bedrohung für die gesamte österreichische Gewerkschaftsbewegung. Neben dem Kampf gegen Diskriminierung stellt gerade die effiziente Umsetzung gewerkschaftlicher Interessen eine zentrale Basis für erfolgreiche Integration dar. Denn Erfolge, die gemeinsam errungen wurden, stärken den Zusammenhalt. Das gilt natürlich besonders,

### W E B L I N K S

Der Historiker Wolfgang Benz über Antisemiten und Islamfeinde  
[www.sueddeutsche.de/politik/antisemiten-und-islamfeinde-hetzer-mit-parallelen-1.59486](http://www.sueddeutsche.de/politik/antisemiten-und-islamfeinde-hetzer-mit-parallelen-1.59486)

Infos über die »Alternative Solidarität«  
[www.ada.co.at](http://www.ada.co.at)

Sprache(n) und Integration  
[www.vhs.at/jubiz\\_aktuelles.html](http://www.vhs.at/jubiz_aktuelles.html)

Infos zum TEKEL-Streik in der Türkei  
[labournet.de/internationales/tr/tekel.html](http://labournet.de/internationales/tr/tekel.html)

wenn z. B. Niedriglöhne verschwinden bzw. Verbesserungen in Bereichen errungen werden, in denen z. B. viele türkische KollegInnen beschäftigt sind. Ernst Orhan thematisiert übrigens im Zusammenhang mit solcher – **explizit** gewerkschaftlicher – Integrationsarbeit ein interessantes Beispiel aus der Türkei. Dort hat jüngst ein großer Arbeitskampf beim staatlichen Tabakkonzern TEKEL in ganzen Regionen den ursprünglich massiven Einfluss fundamentalistischer und nationalistischer Kräfte zurückgedrängt.

### K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[john.evers@vhs.at](mailto:john.evers@vhs.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wir können das besser

*Reizwort Integration: Jeder verwendet es und fast jeder hat eine eigene Vorstellung, was damit gemeint ist. Doch was heißt Integration, und wie funktioniert sie?*

Autorin: Dagmar Gordon

Freie Journalistin

**D**er einzige Konsens, den es in Sachen Integration (auch erfolgreicher) gibt, ist die Tatsache, dass es keinen gibt. Das meint zumindest der Integrationsexperte Kenan Güngör: »Integration ist ein **Non-Normativer** Begriff. Er sagt nichts darüber aus WIE das stattfindet. Also ob es sich um totale Assimilation oder um Multi-kulti handelt zum Beispiel.«

## Integration auf mehreren Stufen

Um zu verstehen, was in Sachen Integration gut und was schief läuft, sollte man sich die verschiedenen Stufen der Integration vor Augen halten. Soziologen haben diese Stufen benannt: Bei der strukturellen Integration erhalten MigrantInnen und ihre Kinder Zugang zu gesellschaftlichen Positionen. Dazu müssen sie sprachliche Fähigkeiten erwerben und die kulturellen Regeln des Zuwanderungslandes kennen.

Während der kulturellen Integration werden Normen verinnerlicht, und eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird möglich.

Danach erfolgt die soziale Integration. In diesem Stadium akzeptiert die Aufnahmegesellschaft die Einwanderer auch im privaten Bereich. Die vierte Phase ist die »identifikatorische Integration«. In dieser Phase entwickeln die MigrantInnen und ihre Kinder ein neues persön-

liches Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft.

Was hier so theoretisch klingt, spielt sich im Leben jedes/r Zugezogenen in jedem Land der Welt ab. Der Unterschied liegt in den Rahmenbedingungen, die die Aufnahmegesellschaft bietet und den Möglichkeiten der Zugezogenen. »In Österreich«, so Kenan Güngör, »funktioniert die ›Integrationsmaschine‹ alles andere als schlecht. Wir leiden auf hohem Niveau«. Das Problem mit der Integration in Österreich ist die Tatsache, dass die Anerkennung für die MigrantInnen fehlt, meint Güngör: »Genau die braucht es aber, wenn Integration glücken soll. Wir sollten sagen: Liebe Leute, ihr seid willkommen und ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft. Wir investieren in euch und eure Lebensumstände. Und wir erwarten dafür auch etwas.« Zum Beispiel das Erlernen der Sprache. Und dafür muss es auch gute und ausreichende Angebote geben.

Um nicht nur »auf hohem Niveau« zu jammern, ist es hilfreich, sich andere Modelle anzuschauen und der Frage nachzugehen, was Integration für alle Beteiligten erfolgreich machen kann. Seit einigen Jahren bemüht sich die Stadt Basel um ein geglücktes Miteinander zwischen alteingesessenen BaselerInnen und neu zugezogenen Menschen. Die Baseler Integrationspolitik baut auf drei Leitideen auf: Das vorhandene Potenzial der Eigenschaften und Fähigkeiten aller Beteiligten wird als Chance gesehen und genutzt. Die gesamte Bevölkerung ist in den Prozess der Integration einzubeziehen. Und jeder Mensch wird als Individuum gesehen. Das führt dazu, dass neben einem

Schwerpunkt auf Spracherwerb auch Abschlüsse, die Menschen im Ausland gemacht haben, anerkannt werden. Eine Praxis, die den MigrantInnen ebenso nützt wie den BaselerInnen. Basel dient mittlerweile als Vorbild für die Integrationsmodelle anderer Städte.

## Das Niederländische Modell

Das vielgerühmte »Niederländische Modell« galt jahrelang als Vorbild, muss sich aber zunehmend Kritik gefallen lassen: Die hoch gehaltene Toleranz gegenüber der anderen Lebensweise von ethnischen Minderheiten hatte letztendlich dazu geführt, dass die niederländische Öffentlichkeit die schlechte **sozioökonomische** Situation einer Vielzahl der in den Niederlanden lebenden MigrantInnen nicht wahrgenommen hat. Konflikte wurden toleriert, aber nicht ausgetragen. Heute fordern zunehmend mehr ExpertInnen und PolitikerInnen einen »ehrlicheren Umgang« mit den durch das Zusammenleben von MigrantInnen entstehenden Problemen: Seit 1998 gibt es in den Niederlanden ein obligatorisches Integrationsprogramm für Neuzuwanderer bei denen Aussicht auf dauerhaften Verbleib besteht.

Schweden hat die Sache von Beginn weg ganz anders angepackt: Es hatte einfach im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Zuwanderungsländern nie eine »Gastarbeiterpolitik«. Schweden ist immer davon ausgegangen, dass die Menschen bleiben werden und hat sich entsprechend verhalten. Eine vergleichsweise offene Zuwanderungspolitik und eine auf Eingliederung ausgerichtete In-



Während der kulturellen Integration werden Normen verinnerlicht, und eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird möglich.

tegrationspolitik gilt trotz einiger Defizite und Probleme als international vorbildlich. SpitzenpolitikerInnen mit Migrationshintergrund sind in Schweden keine Seltenheit. In Schwedens Schulen lernen Kinder von MigrantInnen nicht nur Schwedisch, sondern haben auch das Recht, regelmäßig Unterricht in ihrer Muttersprache zu erhalten – eine Grundvoraussetzung dafür, die Fremdsprache Schwedisch schnell und leicht zu lernen.

### Schweden setzt auf Zuzug

Schweden empfängt MigrantInnen unter bestimmten Voraussetzungen mit offenen Armen: Wer in Folge des Familienzuzugs ins Land kommt, darf vom ersten Tag an einer Arbeit nachgehen. Wessen Asylantrag abgelehnt wurde, der kann innerhalb einer bestimmten Frist Arbeit suchen. Findet er eine, kann er Antrag auf Zulassung als Arbeitsmigrant stellen. Die schwedische Regierung geht davon aus, dass Schweden Zuzug braucht, will es keine Probleme mit einer überalterten Gesellschaft bekommen. Heute gibt es Kurse »Schwedisch für Einwanderer/-innen«, die obligatorisch von allen besucht werden müssen, die sich in Schweden niederlassen wollen. Der Kurs wird von der Allgemeinheit bezahlt. Neben der Sprache werden auch Kenntnisse über die schwedische Tradition und Gesellschaftsordnung vermittelt.

Die USA sind, trotz der Diskussion über die unregelmäßige Einwanderung aus dem Süden, immer noch stolz, ein Einwanderungsland zu sein. Es wird zwar zunehmend eine strengere Anwendung der Gesetze gefordert, aber der Großteil

der Bevölkerung befürwortet ungebrochen den Zugang zu legalem Aufenthaltsstatus für all jene, die sich schon in den USA aufhalten. Neben Familienzusammenführung und arbeitsmarktorientierter Einwanderung finden Zuwanderer/-innen auch in der Diversity Lottery eine Möglichkeit, eines der begehrten US-Visa zu bekommen. Diese Lotterie lost jährlich 55.000 Visa an Personen aus, aus deren Heimatländern in den vergangenen fünf Jahren nicht mehr als 50.000 Menschen eingewandert sind. So sorgen die USA für eine starke Durchmischung der Einwanderer/-innen.

Einen großen Unterschied machen die verschiedenen Staatsbürgerschaftsrechte aus: Während in Europa das Erlangen der Staatsbürgerschaft oft ein langwieriger Prozess ist und selbst Kinder aus gemischten Ehen nicht automatisch ÖsterreicherInnen werden, erhalten alle Menschen, die in den USA geboren werden, automatisch die US-Staatsbürgerschaft.

### Wie Integration glücken kann

Welches ist also nun das beste Modell? Unter welchen Umständen kann Integration glücken?

Andrea Eraslan-Weninger, Geschäftsführerin des Integrationshauses in Wien, legt ihr Augenmerk auf die Sprache: »Österreich ist ein monolinguales Land, das Ziel sollte Mehrsprachigkeit sein. Dann kann jeder seinen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft finden.« Und in einem Punkt sind sich Kenan Güngör und Andrea Eraslan-Weninger einig: »Das Problem ist vielmehr ein soziales, als ein ethnisches.« Eraslan-Weninger: »Jede/r

### WEBLINK

Kenan Güngörs Büro [difference:]  
[www.think-difference.org](http://www.think-difference.org)

braucht einen Job, von dem man gut leben kann.« Güngör: »Wir ethnisieren sehr viele Probleme. Das ist aber der falsche Weg.« Auf der anderen Seite darf man Menschen aus der Mehrheitsbevölkerung ihre (manchmal auch schlechten) Erfahrungen nicht »wegnehmen«, indem sie kleingeredet oder negiert werden. Viel wird, so Güngör, durch die Art wie hauptsächlich PolitikerInnen und JournalistInnen über das Thema sprechen, kaputt gemacht.

### Mehr Eigenverantwortung

Wenn die Anerkennung fehlt, kann Integration nicht glücken. »Diese Missliebigkeit wirft uns gut dreißig Jahre zurück.« Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, ein Leben in größtmöglicher Eigenverantwortung zu führen, und ihr Leben souverän zu gestalten. Und: »Wir dürfen die Opfermentalität der MigrantInnen nicht verstärken.«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Nie mehr Schule

*Faire Bildungschancen stärken den Zusammenhalt einer zunehmend heterogenen Gesellschaft und ihrer künftigen Entwicklung.*

Autorin: Mag. Astrid Holzinger

Mitarbeiterin der Abteilung Bildungspolitik  
der AK Wien

Österreich ist ein Einwanderungsland, das ist durch zahlreiche Statistiken belegt und prägt die Lebensrealität aller in diesem Land lebenden Menschen. Wenn etwa in Wien rund ein Drittel der Wohnbevölkerung entweder im Ausland geboren ist oder einen im Ausland geborenen Elternteil hat, dann muss das in allen Politikbereichen zur Kenntnis genommen werden. Verschiedenheit ist zur Realität geworden, parteipolitisch motiviertes Leugnen dieser Tatsache führt nur dazu, dass die Chancen von Vielfalt für die gesellschaftliche Entwicklung nicht genutzt werden, führt zu gesellschaftlicher Spaltung, sozialen Konflikten und volkswirtschaftlichen Nachteilen.

## Begabungen fördern

Ein weiteres Kennzeichen der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich ist die Alterung unserer Gesellschaft – sollen Wohlstandsniveau und Entwicklungsstand erhalten und gesichert werden, darf kein Talent, keine Befähigung von Menschen mehr verloren gehen. Bereits hier wird die zentrale Bedeutung einer auf soziale Inklusion ausgerichteten Bildungspolitik deutlich sichtbar. Denn ein Bildungssystem, das Bildungschancen und soziale Schichtung vererbt, das anstelle von Förderung auf Defizite ori-

## Anteil der SchulabbrecherInnen nach ethnischer Herkunft

	2008			2004		
	Grad./Ausb.	ESL	Summe	Grad./Ausb.	ESL	Summe
Österreich	95,5 %	4,5 %	100 %	94,5 %	5,5 %	100 %
2. Generation	79,2 %	20,8 %	100 %	72,9 %	27,1 %	100 %
MigrantInnen	70,0 %	30,0 %	100 %	72,4 %	27,6 %	100 %

Quelle: Statistik Austria, Berechnungen: IHS-Steiner

entiert ist, das viel zu früh Bildungswegentscheidungen erzwingt und damit über die Entwicklungschancen eines Menschen bereits mit 14 Jahren entscheidet, ist nicht geeignet, Menschen dabei zu unterstützen, ihre Potenziale so weit wie möglich zu entfalten. Potenziale, die gerade auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich wichtiger denn je sind.

Die wachsende soziale und ethnische Heterogenität in den Klassenzimmern ist die Herausforderung für unser künftiges Schulsystem. Die Bildungspolitik hat auf die steigende Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund und die wachsenden sozialen Unterschiede in der Gesellschaft bislang nur unzureichend reagiert. Viele Jugendliche erreichen nur einen Pflichtschulabschluss und nicht ein nach ihren Begabungen mögliches Bildungsniveau und sind daher von der Facharbeit oder Tätigkeiten, die höhere Qualifikationen erfordern, ausgeschlossen. Damit gehen viele Talente verloren, vor allem können Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schwachen Familien und aus Familien mit Migrationsgeschichte ihr Potenzial nicht ausschöpfen. Die Entwicklung Österreichs hin zu einer Wis-

sensgesellschaft zieht steigende Qualifikationsanforderungen an alle Erwerbstätigen mit sich. Mit steigendem Qualifikationsniveau und umfassenderen Produktivitätsanforderungen an die ArbeitnehmerInnen sinken die Beschäftigungschancen von formal gering Qualifizierten und BildungsabbrecherInnen rapide. Das erhöhte Risiko von Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden sozialen **Exklusion** führt zu volkswirtschaftlichen Nachteilen und ist eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt.

In diesem Zusammenhang rückt der Anteil der frühen BildungsabbrecherInnen in den Vordergrund. Der Anteil der sogenannten Early School Leavers liegt in Österreich bei 10,1 Prozent (EUROSTAT 2008). Dabei gibt es eklatante Unterschiede nach ethnischer Herkunft. In der IHS-Studie »Early School Leaving in Österreich 2008« (Steiner, Mario 2008) zeigt sich: »Während ›ÖsterreicherInnen‹ einen Anteil früher BildungsabbrecherInnen von nur 4,5 Prozent aufweisen, steigt dieser Anteil innerhalb der zweiten Generation auf 20,8 Prozent und erreicht bei MigrantInnen einen Höchststand von 30 Prozent. Während bei man-



Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die SchülerInnen der zweiten Generation gleich abschneiden wie ihre gleichaltrigen einheimischen KollegInnen.

chen ›MigrantInnen‹ noch vermutet werden kann, dass Bildungszertifikate vorliegen, die in Österreich nicht anerkannt wurden, es sich also bei einigen nur de jure um Early School Leavers handelt, haben Jugendliche, die der zweiten Generation zugerechnet werden, einen Großteil ihrer Bildungslaufbahn im österreichischen Bildungssystem absolviert und kann ihr vorzeitiger Abbruch dem hiesigen System zugerechnet werden.« Daraus lässt sich die hohe soziale Selektivität des österreichischen Bildungssystems in Abhängigkeit von der ethnischen Herkunft mehr als deutlich ablesen.

### Gute Ausbildung für alle

Für Österreichs Zukunft ist es wichtig, alle jungen Menschen möglichst so gut auszubilden, dass sie später an einem zunehmend auf Wissen basierendem Wirtschaftsleben voll teilhaben können. Damit wird ein erfolgreicher Bildungsweg ein Schlüssel zur Inklusion am Arbeitsmarkt, und dieser wiederum ist der Schlüssel für die volle soziokulturelle Teilhabe. Die Alternativen sind gesellschaftliche Missverhältnisse, prekäre Erwerbs- und Einkommensverläufe und hohe volkswirtschaftliche Kosten.

Ein Bildungssystem, das inklusiv wirkt, setzt auf die Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen. Es berücksichtigt kulturelle und soziale Unterschiede. Ein inklusiver Unterricht akzeptiert bewusst die Vielfalt aller Kinder und schafft ein schulisches Klima der Anerkennung und Förderung. Es schafft Raum, Fähigkeiten und Fertigkeiten junger Menschen zu entwickeln,

setzt sie in die Lage, die Veränderungen sozialer Realitäten der Arbeitswelt erfolgreich bewältigen zu können. Sprachliche und kulturelle Vielfalt wird in so einem Bildungssystem nicht als Problem, sondern als Chance und Mehrwert gesehen.

Dieses Verständnis, Verschiedenheiten sehen, fördern und nutzen zu können, hat zum Beispiel das Toronto District School Board (TDSB) mit beachtenswertem Erfolg umgesetzt. Die Schulbehörde, die für knapp 600 Schulen und mehr als 250.000 SchülerInnen zuständig ist, hat erkannt, dass systemische Veränderungen notwendig sind und verfolgt in ihrer Bildungspolitik einen Ansatz, der Vielfalt als Chance versteht. In manchen Schulen des TDSB erreicht der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund 80 Prozent und mehr, und ein Drittel der SchülerInnen stammt aus den ökonomisch schwächsten Familien. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die SchülerInnen der zweiten Generation gleich abschneiden wie ihre gleichaltrigen einheimischen KollegInnen.

Das Gelingen, dass die SchülerInnen mit Migrationshintergrund so gute Erfolge erzielen, ist zu einem Gutteil auf das vom TDSB entwickelte Leitbild, für ein inklusives Bildungssystem, das »Equity Foundation Statement«, zurückzuführen, das Chancengleichheit und die gerechte Teilhabe aller postuliert. Der eigentliche Maßstab für Gerechtigkeit im Schulsystem sind die schulischen Ergebnisse der Kinder. Torontos inklusive Schulkultur baut Brücken zwischen jenen, die leichter lernen, und denen, die Unterstützung brauchen, und setzt auf kontinuierliche Aus- und Weiterbildung ihres Lehrpersonals.

Ein neues Verständnis unserer Schulpolitik muss die Wichtigkeit der frühzeitigen Förderung der Kinder sowie die Unterstützung der Eltern beachten. Gleichzeitig darf die Lernarbeit nicht in die Familien ausgelagert werden. Um positive Rollenvorbilder und einen besseren Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren spezifischen Themen und Problemen zu finden, sollte die ethnische Vielfalt der Gesellschaft auch im Lehrkörper abgebildet sein. Die Basis für die Neuorientierung unserer Schule soll Förderung, Unterstützung und Kompetenzaufbau anstelle von Selektion und Aussortieren sein.

### Paradigmenwechsel ist notwendig

Ein Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik hin zu einer inklusiven, individuelle Begabungen aller fördernden Schule ist dringend notwendig. Denn eine Fortsetzung der derzeitigen Ausrichtung der Bildungspolitik der Defizitorientierung und des Aussortierens ist die größte Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die erfolgreiche Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen vor denen die österreichische Gesellschaft steht.

#### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[astrid.holzinger@akwien.at](mailto:astrid.holzinger@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Analphabet oder Arzt

*Kriteriengeleitete Zuwanderungssysteme betonen den Bildungsstand und auch die Frage nach der Anerkennung von Qualifikationen.*

Autor: Mag. Bernhard Horak

Mitarbeiter der Abteilung Bildungspolitik  
der AK Wien

Im Ö1-Morgenjournal vom 30. Juli 2010 sagte Bundesministerin Maria Fekter in einem Interview zu Fragen der Zuwanderung unter anderem Folgendes: »Ich bin dafür, dass wir das im Interesse Österreichs ein bisschen besser steuern. Wir haben ja derzeit ein System, wo wir den unqualifizierten Analphabeten aus irgendeinem Bergdorf genauso behandeln, wie den hochqualifizierten Diplomingenieur.« Fekter meinte dann weiter, dass man für Zuwanderer/-innen, die hoch qualifiziert sind und gute Deutschkenntnisse haben, die Bürokratie »etwas lockern« sollte, sprich die gut Qualifizierten leichter einbürgern sollte.

## Bildungsstruktur und Qualifikationen

Egal wie man zu kriteriengeleiteten Ansätzen bei der Zuwanderung steht, ist es interessant, einen Blick auf die Bildungsstruktur und die Qualifikationen der in

Österreich lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu machen. Daran kann man dann die Fragen anschließen, ob Österreich dieses Potenzial im Sinne einer guten Integrationspolitik auch nützt.

## Höchst unterschiedliches Niveau

Im Durchschnitt des Jahres 2009 lebten in Österreich rund 1,5 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, davon etwas mehr als eine Million (1,083) selbst im Ausland geboren.

Das Bildungsniveau all dieser Menschen ist höchst unterschiedlich, und sie sind statistisch sowohl in den höchsten Bildungsabschlüssen (Hochschulabschluss) als auch in niedrigsten (Pflichtschulabschluss) überproportional vertreten.

Betrachtet man im Jahr 2009 die Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, ergibt sich dazu Folgendes: Hatten damals 13,70 Prozent der ÖsterreicherInnen einen Hochschulabschluss, waren es bei den Menschen mit Migrationshintergrund 17,40 Prozent. Am anderen Rand des Bildungsspektrums verfügten im gleichen Jahr 13,30 Prozent der ÖsterreicherInnen über maximal einen Pflichtschulabschluss, bei den Menschen mit Migrationshintergrund war dieser Anteil mit 31,30 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Der über dem österreichischen Durchschnitt liegende Anteil qualifizierter MigrantInnen ist vor allem auf die Zuwanderung aus der EU, und da vor allem auf die aus Deutschland zurückzuführen. Die deutlich geringer

Qualifizierten kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei. Gibt es also unter den Zugewanderten einerseits besonders viele niedrig qualifizierte, und andererseits viele hoch qualifizierte Personen?

Der Eindruck entsteht leicht aufgrund der österreichischen Situation: Wir haben eine breite mittlere Bildungsebene der Lehr- und Fachschulausbildungen, welche die inländische Bevölkerung seit Jahrzehnten überdurchschnittlich in Anspruch nimmt und abschließt. Dieser Mittelbau ist in Österreich durch gesetzliche Bestimmungen hoch formalisiert und findet in anderen Ländern kaum eine Entsprechung.

Eine Ausnahme bildet die Lehre bzw. die **duale Ausbildung**, wie wir sie kennen. Sie gibt es in sehr ähnlicher Form auch in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz, zwischen denen es Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung der Abschlussprüfung gibt. Damit ist die Lehre der am ehesten vergleichbare Ausbildungstyp in Europa. Der Rest der Berufsausbildungen und ihre Abschlüsse sind in Europa und auch anderswo kaum vergleichbar, was die berufliche Anerkennung international so schwierig macht.

## Taxler Arzt – Putzfrau Ingenieurin?

Wer hat ihn noch nicht erlebt, den »ausländischen« Taxifahrer, der in seinem Herkunftsland einen vorzüglichen akademischen Abschluss gemacht hat, hier in Österreich aber keine adäquate Beschäftigung findet? Er hat schon alles versucht, erzählt er, aber Österreichs Büro-

### WEBLINK

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch für Migration & Integration, Zahlen. Daten. Indikatoren 2010  
[www.statistik.at/web\\_de/services/publikationen/2/index.html?id=2&listid=2&detail=579](http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/2/index.html?id=2&listid=2&detail=579)



Wer hat ihn noch nicht erlebt, den »ausländischen« Taxifahrer, der in seinem Herkunftsland einen vorzüglichen akademischen Abschluss gemacht hat, hier in Österreich aber keine adäquate Beschäftigung findet?

kratie verwehrt die entsprechende Anerkennung seiner Abschlüsse, Qualifikationen, beruflichen Erfahrungen, Kompetenzen etc.

Was so am konkreten Beispiel in Erscheinung tritt, nennt die Berufsbildung bzw. der Arbeitsmarkt »Dequalifizierung« und liegt dann vor, wenn die Beschäftigung hinsichtlich Anspruch und Bezahlung nicht dem Niveau der Ausbildung oder Qualifikation entspricht.

Eine Befragung der Erwerbstätigen im Jahr 2008 ergab, dass sich damals zehn Prozent der in Österreich Geborenen für ihre aktuelle Beschäftigung überqualifiziert fühlten. Bei jenen mit Migrationshintergrund waren es hingegen 28 Prozent! Dabei waren die Frauen in beiden Gruppen in höherem Ausmaß betroffen: 12 Prozent bei den ÖsterreicherInnen, 32 Prozent bei den Frauen mit Migrationshintergrund.

Insgesamt sind MigrantInnen verglichen mit in Österreich Geborenen knapp dreimal häufiger für ihre Tätigkeit überqualifiziert. Ohne Zweifel bestimmen persönliche Bildungsabschlüsse und Qualifikationen wesentlich die spätere berufliche Entwicklung. Mangelt es den »importierten« Qualifikationen an Qualität oder Anerkennung durch den Arbeitsmarkt?

### Berufsanerkennung

Für MigrantInnen ist es eine zentrale Frage, was ihnen der mitgebrachte Ausbildungsabschluss auf dem Arbeitsmarkt oder in der Weiterbildung in Österreich nützt. Können sie damit den gewünschten oder ihren Fähigkeiten adäquaten Ar-

beitsplatz leichter bekommen? Welche Chancen haben sie, sich in Österreich weiterzubilden? Entscheidend kann sein, ob ihre ausländischen Bildungsabschlüsse in Österreich eine formale Anerkennung erlangen oder nicht. Ohne Zweifel sind die verschiedenen Anerkennungsverfahren in Österreich, und nicht nur bei uns, formal sehr anspruchsvoll; egal, ob es sich um die **Nostrifikation** von Diplomen (Reifezeugnis oder Hochschuldiplom) handelt oder, im Falle der Ausübung eines reglementierten Berufes, um die Anerkennung der Qualifikation nach der geltenden EU-Anerkennungsrichtlinie (2005/36/EG).

### Nur wenige Anerkennungsverfahren

Gesicherte und zentral zugängliche Gesamtdaten über laufende oder abgeschlossene Anerkennungsverfahren in Österreich sind nicht bekannt. Es ist daher der Statistik Austria zu danken, im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung 2008 unter anderem Folgendes zu Tage gebracht zu haben:

In Österreich leben 745.000 Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die ihre Ausbildung nicht in Österreich abgeschlossen haben. Davon haben sich 131.000 Personen (18 Prozent) um die formale Anerkennung ihrer Ausbildung in Österreich bemüht.

Die übrigen 614.000 (82 Prozent), taten das nicht und begründeten dies folgendermaßen: 512.000 (69 Prozent) gaben an, dass sie für die Ausübung ihres Berufs bzw. ihrer Tätigkeit keine formale Anerkennung brauchten. Die restlichen 102.000 (14 Prozent) nannten andere

## FAZIT

**Sieben von zehn MigrantInnen** haben in der Vergangenheit die formale Anerkennung ihrer Abschlüsse als nicht notwendig erachtet. Sie üben einen Beruf oder eine Tätigkeit aus, die in Österreich nicht reglementiert ist, also ohne besondere Anforderungen an die Qualifikation zugänglich ist. Diejenigen aber, die eine formale Anerkennung brauchen, stehen vor einer existenziellen, weil massiven bürokratischen Hürde. Viele scheuen sie, in dem sie ein Anerkennungsverfahren erst gar nicht anstreben, viele, die es tun, scheitern daran.

Auf der anderen Seite gibt es unter MigrantInnen einen hohen Anteil jener, die sich für ihre aktuelle Tätigkeit als überqualifiziert einstufen. In beiden Fällen wird auf ein fachliches und gesellschaftliches Potenzial verzichtet, das bereits im Land angekommen ist.

Gründe, wie den Mangel an Information, Ausübung eines anderen Berufes als des erlernten, kein Interesse, Sprachprobleme, zusätzliche Prüfungen, Zeitmangel sowie Probleme mit dem Nachweis von Dokumenten.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[bernhard.horak@akwien.at](mailto:bernhard.horak@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Nicht anerkannt

*Auch sehr gut ausgebildete Migrantinnen haben es besonders schwer, wenn es um die Anrechnung ihrer Qualifikationen und Kompetenzen geht.*

Autorin: Ana Luz Morales de la Rosa

Beraterin – VSG woman

**F**rau P., studierte Biochemikerin mit Berufserfahrung in einem Forschungsinstitut in ihrem Heimatland, kam vor fünf Jahren nach Österreich. Das langwierige und komplizierte Verfahren für die Diplomanerkennung konnte sie sich aus finanziellen Gründen nicht leisten. Ihre Qualifikationen und Kompetenzen blieben unberücksichtigt und Frau P. wurde vom AMS als Reinigungskraft vermittelt.

## Arbeiten unter Qualifikationsniveau

In der Gruppe der hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen ist Österreich laut OECD-Statistik das Land »mit dem geringsten Anteil« an akademisch ausgebildeten Einwanderinnen, d. h. Österreich liegt mit 11,3 Prozent nach Polen an letzter Stelle. Im Vergleich zu 29 Prozent der österreichischen HochschulabsolventInnen arbeiten ca. 47 Prozent der ausländischen AkademikerInnen häufiger in Jobs, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegen. Allein in Wien sind ca. 14.000 MigrantInnen aus Nicht-EWR-Ländern mit Hochschulabschluss nicht adäquat beschäftigt oder gar arbeitslos. In den übrigen Bundesländern sind es zusätzlich ca. 10.000 EinwanderInnen, die sich in derselben Situation befinden.<sup>1</sup> Zudem werden qualifizierte Migrantinnen, die als Familienangehörige einreisen und keiner Erwerbstätigkeit nachgehen bzw. aufgrund

der Selbstverständlichkeit der Versorgungsarbeit, von den Statistiken natürlich nicht erfasst.

Bei der Anwerbung von ausländischen Schlüsselkräften wird die Tatsache, dass sich Migrantinnen mit der geeigneten Qualifikation bereits im Land befinden, übersehen, denn etwa die Hälfte der migrantischen Arbeitnehmerinnen besetzen eine Stelle weit unter ihren Qualifikationen oder gehen einer Teilzeitarbeit nach.<sup>2</sup> So geht bereits vorhandenes Humankapital verloren (brain waste). Warum diese Verschwendung?

Eine wesentliche Anerkennungsbarriere stellt die unzureichende Informationslage in Bezug auf die komplexen Anerkennungsmöglichkeiten und -zuständigkeiten dar. Dies betrifft nicht nur Antragstellerinnen, sondern ebenso BeraterInnen, ArbeitsvermittlerInnen und Unternehmen. Die mit einer Anerkennung verbundenen Kosten sind ein weiteres Hindernis. Neben den Kosten für Beglaubigungen und Übersetzungen ist eine Nostrifizierungstaxe in der Höhe von derzeit 150 Euro zu leisten. Hinzu treten weitere Gebühren und Verwaltungsabgaben. Oftmals sind im Zuge der Anerkennung Prüfungen zu absolvieren, die wiederum hohe Kosten verursachen.

Wenn die Unterschiede zum österreichischen Studium zu groß sind, kann um Zulassung zum österreichischen Studium angesucht werden. Nach erfolgter Zulassung kann die Anerkennung von Prüfungen aus dem ausländischen Studium, so weit sie den österreichischen gleichwertig sind, erfolgen. Solche Anpassungsqualifizierungen können sich über Monate und Jahre erstrecken, wobei nur die Lehrpläne verglichen

werden. Die bereits erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen der Migrantinnen werden überhaupt nicht berücksichtigt. Während des Prozesses der Anerkennung müssen die Frauen bzw. ihre Männer alle Kosten tragen, und die Frauen sind gezwungen, einer niedrig qualifizierten Teilzeitarbeit nachzugehen, oder sie müssen die totale ökonomische Abhängigkeit von ihren Männern im Kauf nehmen.

## Unsicherheiten und Ängste

Viele von den Einwanderinnen können es sich finanziell oder zeitlich nicht leisten, die Ausbildung im Aufnahmeland zu wiederholen bzw. eine andere gleichwertige Ausbildung zu absolvieren. Arbeit und Familie zu vereinbaren, stellt ein weiteres Problem dar, da das soziale Netz, auf das viele österreichische Frauen im Notfall zurückgreifen können, fehlt.

Aus diesen Gründen entstehen Unsicherheiten und Ängste bei den Frauen, die an Autonomie und Selbstwertgefühl verlieren. In weiterer Folge erschwert sich dadurch ein Eintritt in den Arbeitsmarkt. Eine entsprechende Beschäftigung wird dadurch erschwert, dass in vielen Betrieben die Einwanderinnen mindestens zwei Qualifikationsstufen mehr vorweisen müssen, um die gleiche Position wie Einheimische einnehmen zu können.<sup>3</sup> Eine Lei-

<sup>1</sup> Der Standard vom 7.11.2009: Hoch qualifizierte Migranten – Österreich an letzter Stelle

<sup>2</sup> Riaño, Yvonne; Baghdadi, Nadia (2006): Hoch qualifizierte Migrantinnen aus Entwicklungsländern in der Schweiz und ihr Wirkpotenzial für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer. In: Interdialogos. La Chaux-de-Fonds

<sup>3</sup> Rommelspacher, Birgit: »Wenn sie so wären wie wir«. Gastvortrag vom 18.12.09. FH St. Pölten

<sup>4</sup> Bruun Pedersen, Allan: »Recognition of foreign qualifications in Denmark«. Vortrag vom 3.12.09. Wien.

**Arbeitssuchende qualifizierte Migrantinnen werden beim Arbeitsmarktservice (AMS) als »Ungelernte« eingestuft, sofern sie keine Anerkennung ihrer Abschlüsse oder ihrer im Herkunftsland gesammelten Berufserfahrungen vorweisen können.**



tungsposition ist unter diesen Umständen kaum vorstellbar.

### Arbeitsmarktpolitische Hindernisse

Arbeitssuchende qualifizierte Migrantinnen werden beim Arbeitsmarktservice (AMS) als »Ungelernte« eingestuft, sofern sie keine Anerkennung ihrer Abschlüsse oder ihrer im Herkunftsland gesammelten Berufserfahrungen vorweisen können. Dementsprechend werden sie auch in inadäquate Jobs vermittelt, obwohl ihr Know-how laut der momentanen Debatte über geregelte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften sehr gefragt wäre.

Die Integrationspolitik zielt auf Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und unterstützt keinesfalls qualifizierte Frauen. So gibt es kaum Deutschkurse für Fortgeschrittene, um die Sprache zu perfektionieren, obwohl das sehr wichtig wäre, vor allem wenn Frauen einen qualifizierten Job anstreben. Die Perfektionierung der deutschen Sprache ist – mehr als soziale Kompetenz und berufliche Erfahrung – eine Voraussetzung dafür.

Förderungen (z. B. in Form von Stipendien), aber auch spezifische Weiterbildungsangebote, fachspezifische Deutschkurse oder Deutschkurse mit unterschiedlichen Schwerpunkten und auf verschiedenen Niveaus sind notwendig, um die Anerkennung der mitgebrachten formalen Qualifikation zu erzielen.

In Dänemark werden die ausländischen Bildungsabschlüsse gänzlich anerkannt, sofern keine wesentlichen Unterschiede zwischen den ausländischen und inländischen Bildungsabschlüssen bestehen.<sup>4</sup> Die Anerkennungsprinzipien basieren auf den

Lernergebnissen und nicht auf formalen Abschlüssen. Dieses flexible System verfügt über eine zentrale Koordinationsstelle und unterstützt den Erwerb von Fachwissen bezüglich Anerkennungsprinzipien und -verfahren. Die internationalen Bildungssysteme sind einheitlich dokumentiert, und BeraterInnen, Ämter und ArbeitgeberInnen können sich bei der dafür zuständigen Koordinationsstelle informieren.

Es handelt sich um eine Bewertung und einen Vergleich der Qualifikationen (»**Letter of Assessment**«) von der Grundschule bis zum Doktoratsstudium. Die Bewertung ist kostenlos und die durchschnittliche Bearbeitungszeit pro Fall beträgt ca. 30 Tage. Da diese Bewertung auch von den ArbeitgeberInnen anerkannt wird, können Einwanderinnen sich schneller am Arbeitsmarkt eingliedern und einen ihren Qualifikationen entsprechenden Job anstreben. Auch Flüchtlinge und Asylwerberinnen können ohne Dokumente eine Bewertung ihrer Qualifikationen beantragen. So können sie ihre Kompetenzen und Berufserfahrungen auch während des Asylverfahrens einsetzen. Migrantinnen haben durch den »Letter of Assessment« leichter Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen.

### Status quo in Österreich

Seit kurzem findet eine Diskussion zwischen Politik und Sozialpartnern über das Thema »Zuwanderung und Qualifikation« statt. Vertreter der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung verlangen gut ausgebildete MigrantInnen, um dem wachsenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. PolitikerInnen aus den ei-

### WEBLINK

VSG-Woman Frauenberatung in Linz:  
[www.vsg.or.at/woman\\_angebot.php](http://www.vsg.or.at/woman_angebot.php)

genen Reihen möchten den Wünschen der Wirtschaft nachkommen, gestalten allerdings die Rahmenbedingungen so, dass Österreich als Einwanderungsziel für Fachkräfte eher abschreckend ist. Die Arbeiterkammer sieht die Lösung des Problems eher in der besseren Ausbildung der in Österreich lebenden MigrantInnen. Diese Diskussion würde eventuell gar nicht stattfinden, wenn sich Österreich ein Beispiel am dänischen Modell nähme, denn innerhalb kürzester Zeit würden Tausende gut ausgebildete Migrantinnen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und ihre Qualifikationen würden sichtbar werden.

Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger Faktor für die soziale Integration (Einkommen, Anerkennung, Kontakte, Selbstbewusstsein). Für die Aufnahmegesellschaft gilt es, die Partizipation dieser Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern und insbesondere gut ausgebildeten Arbeitskräften den Zugang zu Stellen zu ermöglichen, die ihren Qualifikationen entsprechen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[analuzmr@aon.at](mailto:analuzmr@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gekommen, um zu bleiben

*Am Stammtisch und in Parteizentralen wird der Begriff »Parallelgesellschaft« gerne bemüht. Gemeint sind damit aber oft recht unterschiedliche Dinge.*

Autor: Mag. Sebastian Baryli

Freier Journalist

Österreich ist schon längst im Multikulturalismus angekommen. In manchen Straßenzügen Wiens reiht sich der schwarzafrikanische Friseurladen mit Rasta-Perücken lückenlos an den türkischen Kebap-Verkäufer und der muslimische Gebetsraum ist nicht unweit des Fußballfanklubs »Roter Stern Belgrad« untergebracht. Es herrscht eine **Polyphonie** der Kulturen, wobei die Menschen nicht mehr eindeutig einer homogenen Lebenswelt zuzuordnen wären. Das moderne Stadtbild gleicht damit einem Mosaik, das sich aus den unterschiedlichsten kulturellen Versatzstücken zusammensetzt.

## Migration verändert die Gesellschaft

Dass die Gastarbeiter aus den 1960er-Jahren nicht mehr zurückkehren werden, gehört längst zur Binsenweisheit des politischen Sachverstandes – selbst in der politischen Rechten. Dass Migration eine Gesellschaft verändert, und wie mit diesen Veränderungen umzugehen ist bleibt aber weiterhin Thema hitziger Debatten. Dabei hat sich vor allem der Begriff »Parallelgesellschaft« zu einem Schlagwort entwickelt, mit dem man versucht, die Probleme von Migration und Integration begrifflich zu fassen.

Das reizt natürlich zu Fragestellungen: Haben wir es tatsächlich mit Phänomenen von Parallelgesellschaften zu tun?

Wenn ja, welche politischen Konzepte könnten dieses Problem bewältigen? Oder müssen wir uns von den alten Vorstellungen einer kulturell **homogenisier-**ten, gemeinsamen Grundwerten verpflichteten Gemeinschaft verabschieden?

Mit dem rhetorischen Angriff auf die Parallelgesellschaft wird vor allem die multikulturelle Sozialstruktur ins Visier genommen. »Ursprünglich wurde der Begriff von dem deutschen Politikwissenschaftler Bassam Tibi in die Diskussion eingeführt. Damit hatte er sich polemisch gegen die Krisenerscheinungen des Multikulturalismus gewandt«, erklärt Hildegard Weiss, Professorin am Institut für Soziologie der Universität Wien mit Forschungsschwerpunkt Migration. »Mit dem Konzept wollte er die Bildung von ethnischen **Enklaven** in einer Gesellschaft aufzeigen. Der Multikulturalismus sei uns über den Kopf gewachsen und am Kippen.«

Doch der Begriff Multikulturalismus ist mehrdeutig – und damit auch die Kritik daran. Denn wenn etwa die politische Rechte von multikultureller Gesellschaft spricht, dann meint sie eigentlich Einwanderungsgesellschaften schlechthin. Der Begriff »Parallelgesellschaft« dient in diesem Zusammenhang vor allem dazu, das Phänomen Migration als solches zu denunzieren.

Ein Teil der sozial- und politikwissenschaftlichen Debatte meint mit Multikulturalismus jedoch etwas anderes. Hier stellt er eine bestimmte ordnungspolitische Alternative von Einwanderungsgesellschaften dar, die von anderen politischen Modellen zu unterscheiden sind. Konkret wird meist das Modell des Multikulturalismus kanadischer Prägung dem

Modell des Nationalstaates französischer Provenienz entgegengestellt.

## Multikulturelle Gesellschaft

Aber auch in der wissenschaftlichen Diskussion gibt es Stimmen, die den Multikulturalismus als ein konstitutives Merkmal der modernen – manche mögen auch sagen postmodernen – Gesellschaft schlechthin ansehen und nicht als konkretes ordnungspolitisches Modell. Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Baumann hat dies in dem Text »Making and Unmaking of Strangers« dargelegt. Er sieht im Umgang mit dem Fremden einen Paradigmenwechsel: »Alle Gesellschaften bringen Fremde hervor; aber jede Gesellschaft bringt ihre ganz und gar eigene Art von Fremden hervor ... Während die modernen Fremden für die Vernichtung vorgesehen waren und als Markierung für die nach vorn sich verschiebende Grenze der Konstruktion befindlichen Ordnung dienten, sind die postmodernen Fremden – darin besteht freudige oder missgelaunte Übereinstimmung oder Resignation – hier, um hier zu bleiben.«

Während also die politische Rechte die Verallgemeinerung des Multikulturalismus dazu nutzt, Einwanderungsgesellschaften als solches zu kritisieren und den Prozess der Migration als umkehrbar darzustellen, geht es hier darum, den Multikulturalismus als neuartiges Phänomen von modernen Gesellschaften aufzuzeigen, mit dem man einen Umgang finden muss, ob man will oder nicht.

Die im Titel angedeutete Feststellung, dass die GastarbeiterInnen gekommen

Während also die politische Rechte die Verallgemeinerung des Multikulturalismus dazu nutzt, Einwanderungsgesellschaften als solches zu kritisieren und den Prozess der Migration als umkehrbar darzustellen, geht es hier darum, den Multikulturalismus als neuartiges Phänomen von modernen Gesellschaft aufzuzeigen, mit dem man einen Umgang finden muss, ob man will oder nicht.



sind, um zu bleiben, hat somit eine tiefere Bedeutung, die sich auf den ersten Moment noch nicht erschlossen hat. Denn damit haben wir uns nicht nur mit einer sozialen Gruppe auseinanderzusetzen, sondern mit dem gesamten Diskurs darüber, was denn eigentlich das Fremde bedeutet. Der Gastarbeiter der 1960er-Jahre entsprach dem modernen Paradigma des Fremden, der entweder assimiliert oder zurück nach Jugoslawien geschickt wird. Sohn und Tochter des Gastarbeiters hingegen sind mit ganz anderen Problemen und einer ganz neuen Debatte über das Fremde und die multikulturelle Gesellschaft konfrontiert.

**Integration oder Spiel mit Differenzen**

Diesem postmodernen Fremden wird mit Angst begegnet, die im Begriff Parallelgesellschaft mitschwingt: die Kopftuchtragende oder gar Burka-tragende Muslima, die nur in türkischen Läden einkauft und der deutschen Sprache kaum mächtig ist. Gerade das Kopftuch und die Burka – und damit der Islam – stehen seit geraumer Zeit im Brennpunkt der Multikulturalismus-Debatte. Dass gerade in Frankreich ein Burka-Verbot beschlossen wurde ist kein Zufall, sondern eng mit dem Konzept des französischen Nationalstaates verknüpft.

Auch die Migrationsexpertin Hildegard Weiss argumentiert, dass für eine Gesellschaft ein gewisser Katalog an Grundwerten verbindlich sein müsste: »Insbesondere der Säkularismus in Europa gehört zu diesen Werten. Die Religion muss in dem Dualismus Öffentlich-Privat dem Privaten zugeordnet werden.«

Während also Weiss durchaus Berechtigung für den Begriff Parallelgesellschaft sieht, gibt es dazu aber auch provokante Gegenstimmen. So meinen deutsche SozialwissenschaftlerInnen in der Einleitung des Sammelbandes »Was heißt hier Parallelgesellschaft?«: »Die Debatte um die Parallelgesellschaft findet in einer virtuellen, vormodernen Welt der gefühlsmäßigen Orientierung an überkommenen gemeinschaftsgesättigten, gesamtgesellschaftlich angelegten Deutungsmustern statt.«

Die Politik stellt immer wieder neue Konzepte vor, um die angebliche Bedrohung von Parallelgesellschaften abzuwenden. »Die Stadt Wien ist in diesem Bereich wirklich bemüht und kann auf einige erfolgreiche Ideen verweisen«, erklärt Universitätsprofessorin Weiss. Entscheidend für den Erfolg solcher Angebote seien die politischen Grundsätze, denen sie folgen: »Stigmatisierung und Zwang bringen dabei überhaupt nichts, sondern wirken nur kontraproduktiv.«

Auch der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) setzt in diesem Bereich an. »Wir müssen zunächst genauer die Einwanderungsgruppen differenzieren«, erklärt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär im ÖGB. »Während sich etwa bei den Schlüsselarbeitskräften kaum Probleme der Integration ergeben, bildet vor allem die Gruppe des Familiennachzuges eine Herausforderung.«

Menschen, die Arbeit hätten, wären demnach durch die berufliche Situation in die Gesellschaft integriert. Dies wäre aber bei den nachgezogenen Frauen und Kindern nicht der Fall, so Achitz. »Dabei spielt die Schule eine entscheidende

**WEBLINK**  
Institut für Soziologie, Universität Wien:  
[www.soz.univie.ac.at/forschung/migration-ethnizitaet/](http://www.soz.univie.ac.at/forschung/migration-ethnizitaet/)

Rolle. Denn über diese Institution können nicht nur die Kinder, sondern auch die Mütter erreicht werden. Dies wird teilweise auch schon umgesetzt«, so Achitz.

**Wie Sisyphos und sein Felsen**

Auf politischer Ebene wird also die Hoffnung gehegt, mit einem entsprechenden Bündel an Maßnahmen einen Integrationsprozess einleiten zu können, um so Parallelgesellschaften zu verhindern. Dennoch könnten die Akteure damit einem ähnlichen Schicksal unterliegen wie Sisyphos mit seinem Felsen. Denn unter dem Blickwinkel der postmodernen Differenzgesellschaft, geht es vielmehr um die Steuerung des Spiels mit diesen kulturellen Differenzen, als um die Integration zu einer homogenen Lebenswelt mit für alle verbindlichen Leitwerten.

**KONTAKT**  
Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[sebastian.baryli@gmx.at](mailto:sebastian.baryli@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ein echter Wiener

*Wiener Blut erwärmt das Herz, wenn's als Walzer rauscht.  
Als Wahlkampf-Parole taugt es nicht.*

Autorin: *Sophia-T. Fielhauer-Resei*

*Freie Journalistin*

**P**olarisieren im braunen Bunker. »Mehr Mut für unser ›Wiener Blut« fordert H.C. Strache im Zuge der Wiener Gemeinderatswahlen. Nicht die Walzerklänge, doch den besonderen Saft mit »reiner« Wiener DNA will er schützen. Als Antwort auf die Plakate posteten zahlreiche UserInnen: »Strache: Kurzform vom slawischen Personennamen Strachomir oder Ortsnamen Strachwitz/Strachow. Ableitung von slawisch Strach = Furcht«

## Wiener Blut – Vielfalt tut gut

Hikmet Kayahan ist einer der drei Vorstände von »Das Bündnis für Menschenrechte & Zivilcourage – gegen Diskriminierung & Extremismus«. Der studierte Pädagoge und Germanist, geboren in der Türkei und im Alter von fünf Jahren nach Deutschland übersiedelt, ist Koordinator der »Beratungsstelle Courage« in Wien. Um den blauen Wahlplakaten ein Korrektiv zu bieten, hat »Das Bündnis« gemeinsam mit »Comics gegen Rechts« (Initiative der österreichischen Comicszene) Ende August die Plakatkampagne »Wiener Blut – Vielfalt tut gut« gestartet und eine typische Wiener Gegensprechanlage plakativ aufbereitet: Namensschilder mit Darabos, Wrabetz, Dogudan, Prohaska und Plachutta sind darauf vertreten.

Die durch Spenden finanzierten Poster können gegen einen freiwilligen Be-

trag bestellt werden. Mitinitiator Kayahan: »Die Reaktionen sind überwältigend und sehr positiv. Gerade, weil das Plakat ein ruhiges und schlichtes Bild präsentiert ohne ein Feindbild aufzubauen. Die ersten 1.500 Stück sind schon weg.«

Aus welchen Ländern die Urgroßeltern einwanderten, ist meist bekannt. Welche Bedingungen und Nachbarn sie vorfanden, schon nicht mehr. Wiens Ex-Bürgermeister Helmut Zilk war von der Ausstellung »The Peopling of London« (1993/1994, Museum of London) so begeistert, dass er sich Ähnliches für Wien wünschte und bekam.

Dr. Peter Eppel, Historiker im Wien Museum, war **Kurator** von »WIR. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien« (1996). Allein das Plakat zur Schau wusste das Grübeln anzuregen: ein dichter Baum, in dessen Krone die WienerInnen grünen. Zum Stamm hin wachsen nebst Deutschmählern und Albanern, Briten, Lombarden und Hunnen auch die Römer an den Zweigen – jeder Stamm, jede Nation ist im Wien-Baum vertreten.

Auslöser für die Ausstellung waren freilich auch die Geschehnisse von 1993: das FPÖ-»Österreich zuerst«-Volksbegehren und das daraus resultierende Protest-Lichtermeer von SOS Mitmensch. Bei der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 wurde die FPÖ drittstärkste Partei.

»Die Fremdenfeindlichkeit war in den Straßen Wiens präsent, gemeinsam mit Eva Zitterbart von Radio Wien startete ich den Aufruf ›Zukunft braucht Herkunft«, erinnert sich Peter Eppel. Die Wiener Bevölkerung wurde mittels »ORF« und »Kurier« aufgefordert, dem

Museum Unterlagen zu bringen, die etwa über ihre Herkunft aussagten. Viele Dokumente und interessante Stücke durfte das Wien Museum behalten. Darunter eine Ziegelform, die der Nachfahre eines tschechischen Wienerberger-Ziegelarbeiters stiftete. »Um 1900 hatte Wien die zweitgrößte tschechische Bevölkerung nach Prag«, weiß Historiker Eppel.

## Positive Reaktionen

Die Reaktionen auf »WIR« waren überwiegend positiv, eine Schulklasse setzte sich nach dem Museumsbesuch mit der echten Wiener Küche auseinander, die sich nicht zuletzt aus böhmischen Spezialitäten zusammensetzt. Andere SchülerInnen besuchten das Wiener Integrationshaus und sammelten Spenden für die BewohnerInnen. Im Gegenwartsteil der Ausstellung fanden sich viele Aufnahmen des Fotografen Didi Sattmann: Brunnenmarkt, Mexikoplatz, Wohnungen. »Die Bevölkerung und die Geschäfte vom Mexikoplatz verändern sich permanent. Handelsplatz von Zuwanderern und Matrosen ist er geblieben.«

»Der echte Wiener ist jener, dessen Vorfahren aus anderen Gebieten, etwa den ehemaligen Kronländern kommen. Ein Problem, das es bezüglich der nationalen Zugehörigkeit immer wieder gibt, wie etwa im zerfallenen Ex-Jugoslawien, ist der Unterschied zwischen Selbstverständnis und dem, was tatsächlich im Pass steht.« Der Wiener Historiker selbst stammt mütterlicherseits aus Mähren, väterlicherseits aus Niederösterreich ab. Migration, ein Thema, das Wien immer ausgemacht hat und auch zukünftig wird

– egal, wie oft noch gegen Zuwanderung gehetzt wird.

Zur aktuellen FPÖ-»Wiener Blut«-Kampagne hat sich der Privatmensch Eppel eine klare Meinung gebildet: »Ich persönlich finde die Plakate der FPÖ widerlich und unappetitlich. Die diskriminierenden Bemerkungen unserer Innenministerin über Roma und Sinti sowie ihre Asylpolitik halte ich aber für noch schlimmer.« Zufällig hängt im Atrium des Wien Museums das Plakat zu Willi Forsts Operettenverfilmung »Wiener Blut« von 1942, während rund um den Karlsplatz weniger Heiteres affiziert ist.

## 80 Jahre Kal-Marx-Hof

Im zweiten Hof des Karl-Marx-Gemeindebauareals wird gefeiert: 11. September 2010, 80 Jahre »KMH« (initiiert von Bezirksrätin Brigitte Achtig). Vier Langzeitbewohnerinnen sind mit dabei: Erna Mörixbauer (geb. 1929), Doris Nasty (geb. 1928), Margarethe Bruckner (geb. 1920) und Hertha Strosche (geb. 1923). Alle Damen haben eine bewegte Geschichte, keine Interesse an rechter Hetze.

Der Vater von Erna Mörixbauer, 81, stammt aus dem tschechischen Iglau, ihre Mutter aus dem niederösterreichischen Hohenau. »Ich habe mich immer als Wienerin gefühlt«, erzählt Mörixbauer, die in der elterlichen Wohnung im Karl-Marx-Hof geboren wurde. »Ich wähle nicht Strache, das kann ich sagen. Das Wiener Blut ist gut, weil es eine Mischung ist.« Nur für kurze Zeit hat Erna Mörixbauer nicht in Heiligenstadt gewohnt: Nach ihrer Eheschließung 1954 zog sie mit ihrem Mann nach Kaisermühlen und schon 1960 zurück in den Karl-Marx-Hof: »Es ist selbstverständlich, dass Menschen aus Kroatien, Serbien, Tschechien, Slowakei und Ungarn für ein besseres Leben nach Wien gezogen sind. Die Wiener sind für mich eine Mischung und man kann das Wiener Blut nur aus dieser Mischung zusammensetzen.«

Bisweilen ärgert sich Mörixbauer, dass die Hausordnung im Karl-Marx-Hof nicht mehr eingehalten wird und das liegt auch an den nicht »üblichen Gewohnheiten«, wie sie sagt. »Aber das hat es in der 1. Republik auch schon gegeben. Auf der einen Seite, die unter furchtbarsten Bedingungen lebenden tschechischen



© Ausstellung WIR – Wien Museum 1996

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:

[www.das-buendnis.at](http://www.das-buendnis.at)  
[www.comicsgegenrechts.at](http://www.comicsgegenrechts.at)  
[www.machen-wir-uns-stark.at](http://www.machen-wir-uns-stark.at)  
[www.gastarbajteri.at](http://www.gastarbajteri.at)

Ziegelarbeiter im 10. Bezirk. Auf der anderen Seite die **Hautevolee**, die von diesen Arbeitern gelebt hat. Die Spannung war groß, die beiden wollten nie zusammengehören.«

## Geholt zum Arbeiten

Jeden Donnerstag arbeitet Erna Mörixbauer sechs Stunden ehrenamtlich im Archiv des »Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung«. Aktuell betreut sie den Nachlass der Sozialdemokratin **Hildegunde Krones**. »Ich habe den Eindruck, dass die FPÖ mit den niedrigsten Gefühlen spekuliert. Man hat die Migranten viel zu wenig mit unseren Lebensgewohnheiten vertraut gemacht – geholt hat man sie, weil man sie zum Arbeiten brauchte, der Rest war wurscht. Der Karl-Marx-Hof war ein rotes Bollwerk, durch den Zustand der SPÖ ist das anders geworden.«

Bis auf wenige Kilometer genau können WissenschaftlerInnen der »University of Edinburgh« angeblich die Herkunft eines Menschen per DNA-Analyse klären. Kleinste Unterschiede zeigen, von welchem Kontinent die Vorfahren stammen. Der belgische Journalist Jean-Paul Mulders sammelte gar Speichelproben von Hitlers männlichen Verwandten in Österreich und den USA. Über die väterliche Y-DNA glaubt Mulders, eine Verwandtschaft zu Berbern in Marokko bis hin zu Somalia entdeckt zu haben.

Ob solche Forschungen fremdenfeindlichen Menschen nicht noch mehr Auftrieb geben, wird zu beobachten sein.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die Autorin  
[sophia.fielhauer@chello.at](mailto:sophia.fielhauer@chello.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Srebrenica – Gedenken und lernen

*1992: Eine Flüchtlingswelle rollt über Österreich herein. Für viele BürgerInnen Bosniens ist hier die Endstation. 2010: Wie sie leben, arbeiten und denken.*

*Autorin: Amela Muratović*

*Mitarbeiterin ÖGB-Öffentlichkeitsarbeit*

**W**ie lange bleibst du noch in Österreich?«, »Wann fährst du wieder nach Hause?«, »Der Krieg ist ja schon vorbei.« Mit solchen und ähnlichen Fragen wurden viele Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in ihren ersten Jahren in Österreich konfrontiert. Erwachsene hätten damals mit Sicherheit eine mehr oder weniger kluge Antwort parat gehabt, doch die nötigen Sprachkenntnisse fehlten. Jugendliche, die sich aber an das Leben in Wien, Baden oder Graz gewöhnt hatten, antworteten meist bissig: »Glaubst du, wir sind freiwillig hier? Stell dir vor, hier wäre der Krieg ausgebrochen, wärst du glücklich, wenn dich jemand so schnell wie möglich aus dem dir fremden Land haben möchte?« So auch Adelina Zizak. Damals war sie ein zehnjähriges Kind, doch machten auch sie solche Fragen wütend. Dass Adelina aus dem Ort »Srebrenica« stammt, der einige Jahre später europaweit – nein weltweit – wegen Völkermordes bekannt wurde, wussten damals wenige.

## Srebrenica für Anfänger

Srebrenica ist eine Kleinstadt in Ostbosnien, die verborgen in einem tiefen Talkegel unweit des Flusses Drina und der Grenze zu Serbien liegt. Während des Bosnienkriegs war Srebrenica 1993 zur Schutzzone der Vereinten Nationen erklärt worden. Ein Bataillon von 450 Blau-

helm-Soldaten sollte die Sicherheit der zum größten Teil muslimischen Bevölkerung garantieren. Vor dem Bürgerkrieg lebten etwa 6.000 EinwohnerInnen in dem Städtchen, nach der Erklärung zur »Schutzzone« suchten 40.000 ZivilistInnen aus dem Umland hier Zuflucht. Anfang Juli 1995 überrannten serbische Truppen den Ort. Die systematische Aussonderung der ganz jungen bis ganz alten Männer begann – vor den Augen der UN-Soldaten. Sie wurden verschleppt, erschossen und verscharrt. Geschätzt 8.000 Menschen wurden so ermordet. Im Umland von Srebrenica werden heute noch Massengräber gefunden. Dabei handelt es sich meist um Sekundärgräber, die Toten wurden wieder ausgegraben und ein zweites Mal verscharrt, um die Spuren zu verwischen. Jedes Jahr am 11. Juli finden eine Beerdigung der Identifizierten und eine Gedenkveranstaltung für alle Opfer statt. In Srebrenica geschah das einzige Kriegsverbrechen auf europäischem Boden in den letzten 60 Jahren, das mit einem rechtskräftigen Gerichtsurteil als Völkermord tituliert wird.

Ob in Wien, Sarajevo, Srebrenica oder Graz; ob Krankenschwester, Lehrerin, Bürokauffrau oder Anwältin; was aus Adelina und ihrer jüngeren Schwester eines Tages werden sollte, welchen Beruf sie ausüben würden, in welchem Land sie leben werden, darauf hatten die Eltern in den Jahren nach ihrer Flucht auch keine Antwort. Heute, 18 Jahre später, haben die jungen Frauen ihren Lebensmittelpunkt in Wien. Adelina studiert Bildungswissenschaften an der Universität Wien und finanziert sich ihren Lebensunterhalt als Assistentin in Teilzeit. Dabei unter-

stützt sie ein Programm, welches mit SchülerInnen zusammenarbeitet. »Ich kann mir sehr gut vorstellen, nach meinem Studium in diesem Programm weiterzuarbeiten, aber auch etwas im »Beratungsbereich« würde mich interessieren«, erzählt Adelina über ihre Pläne nach Studienabschluss. Wie für Adelina, so ist auch für ihre jüngere Schwester Mersiha die Bundeshauptstadt zur zweiten Heimat geworden. Zurzeit genießt Mersiha ihre freie Zeit mit ihrer kleinen Tochter, nach der Karenz möchte sie wieder als Programm-Assistentin tätig sein. »Für ein friedliches Zusammenleben ist es wichtig, anderen Kulturen offen gegenüberzutreten und Menschen zu akzeptieren. Meine Familie ist dankbar, dass wir damals so gut aufgenommen und beim ganzen Integrationsprozess unterstützt wurden«, sagt die 26-jährige Adelina.

## Integration

Obwohl in Österreich aufgewachsen und der deutschen Sprache mächtiger als der eigentlichen Muttersprache, sind nicht alle Angehörigen der zweiten Generation bei der Integration am Arbeitsmarkt erfolgreich. Laut dem Arbeitsklimaindex 2010 liegen diese noch weit hinter den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund. Zwar haben es diese jungen Menschen leichter als ihre Eltern, trotzdem bleibt die Diskriminierung aufgrund Zuwanderung – Name, Aussehen, mangelnde Sprachkenntnisse – bestehen. Oft ist aber auch der Wunsch, möglichst früh eigenes Geld zu verdienen, der ausschlaggebende Grund, weswegen viele MigrantInnen auf höherwertige Ausbildung ver-



Jedes Jahr am 11. Juli finden eine Beerdigung der Identifizierten und eine Gedenkveranstaltung für alle Opfer statt. In Srebrenica geschah das einzige Kriegsverbrechen auf europäischem Boden in den letzten 60 Jahren, das mit einem rechtskräftigen Gerichtsurteil als Völkermord titulierte wird.

zichten. »Mittlerweile nehmen immer mehr Kinder am Muttersprachenunterricht teil. Das ist genauso wichtig für ihre berufliche Zukunft wie auch zur Kommunikation mit den eigenen Landsleuten«, ist sich Suljo Nalic, Muttersprachenlehrer, sicher. »Das sind Kinder, deren Eltern oder Großeltern ohne Sprachkenntnisse, ohne Dach über dem Kopf und ohne Arbeit nach Wien kamen. Sie mussten sich eine neue Existenz aufbauen.« Der 52-Jährige war einst Geografie-Professor, unterrichtete in Srebrenica und floh kurz vor Kriegsausbruch nach Österreich. »Viele Statistiken zeigen, dass sogenannte Kriegsflüchtlinge, die hier die Pflichtschule besuchten, immer größeren Wert auf eine gute Ausbildung legen und höhere Schulen abschließen. Im Gegensatz zu früheren Wirtschaftsflüchtlingen haben wir es hier mit gut ausgebildeten Personen zu tun, die für ein Land wie Österreich auch viel beitragen können.«

### Die Mühe lohnt sich

Was wäre mit Nalic geschehen, hätte er sich nicht zur Flucht entschieden? Hätte er sich im Juli 1995 für den »Pfad von Leben und Tod« entschieden, der sich zwischen Srebrenica und Tuzla erstreckt und in dem Tausende Menschen die einzige Chance zum Überleben sahen? Hätte er den Juli 1995 überlebt? Aus heutiger Sicht entschied er sich damals für das einzig Richtige: die »rechtzeitige« Flucht. Aber aller Anfang ist schwer. Nalic belegte kurz nach der Ankunft in Wien einen Deutschkurs, lange kämpfte er um die Anerkennung seines Studiums. Zwar unterrichtet er heute nicht mehr Geografie, aber er

vermittelt bosnischen Kindern die eigene Muttersprache an einer Wiener Volksschule. Die Chance, sein Wissen weitergeben zu können, half ihm dabei, seine Deutschkenntnisse zu verbessern. »Die Mühe zahlt sich aus, das Gefühl, wieder als Mensch gesehen zu werden und nicht als Migrant, ist viel wert«, erzählt der Lehrer. MigrantInnen sind auf die Hilfe anderer angewiesen, leben in einer ungewohnten Umgebung, und nicht immer besitzen sie die Kraft sich zu engagieren. Jeder Flüchtling hat seine Geschichte, eine Vergangenheit, mit der er lernen muss umzugehen. So wie Nalic, der am Begräbnis seiner Mutter nicht teilnehmen konnte und dessen Vater eines der Opfer vom 11. Juli 1995 war. Ein respektvoller Umgang und Verständnis von Zuwanderern und Einheimischen fördert die gesellschaftliche Integration. Mittlerweile hat Nalic Bekannte und Freunde in Wien, mit seinen ArbeitskollegInnen versteht er sich gut. Doch seine freie Zeit im Sommer verbringt er in Srebrenica. Ob er sich vorstellen kann eines Tages zurückzukehren? »In der Pension, wahrscheinlich ja – auch wenn in Srebrenica oft eine traurige Atmosphäre in der Luft liegt. Vergessen können wir nicht, aber lernen damit zu leben.«

### 11. Juli 2010

Zum 15. Jahrestag der Massaker wurden in diesem Sommer mehr Opfer bestattet als in den Jahren zuvor. Ein Konvoi mit 775 Särgen, begleitet von TeilnehmerInnen eines Friedensmarsches, brachte die sterblichen Überreste zur Gedenkstätte Potocari, wo sie zeremoniell bestattet wurden. Rund 40.000 BesucherInnen

### WEBLINK

Dokumentarfilm Srebrenica 360°:  
[www.srebrenica.ch](http://www.srebrenica.ch)

wurden gezählt, darunter viele Mütter Srebrenicas. Frauen, die Väter, Ehemänner, Söhne und Brüder verloren haben. Viele brachen beim Anblick der Särgen zusammen; auch viele junge Männer, die um ihre Väter trauerten, die sie nicht kennenlernen durften, ohne die sie erwachsen werden mussten. »Srebrenica darf nicht nur der 11. Juli sein, beim Anblick dieser Menschen ist Srebrenica 365 Tage im Jahr. Unfassbar, und das am Ende des 20. Jahrhunderts«, ist Haris Jatic, Schüler aus Wien, entsetzt. Der Schüler stammt nicht aus Srebrenica, aber nur eine Stunde Autofahrt trennt seinen Heimatort von Srebrenica. Heuer war er zum ersten Mal bei der Gedenkfeier dabei. »Darüber sollte auch in den Schulen erzählt werden, denn das geschah nicht hinter einem Busch am Ende der Welt, sondern mitten in Europa«, sagt Jatic. »Die Toten können wir nicht mehr retten, aber den Überlebenden helfen und dafür kämpfen, dass nie wieder Srebrenica geschieht«, weint eine Mutter am Sarg ihres Sohnes.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[amela.muratovic@oegb.at](mailto:amela.muratovic@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Den Toten ein Gesicht geben

*Jahr für Jahr sterben unzählige MigrantInnen beim Versuch, Europa zu erreichen – unbemerkt von der Öffentlichkeit. In Frankfurt wurde nun der Opfer gedacht.*

Autorin: Angela Huemer

Freie Journalistin und Filmemacherin

**D**er 4. Juli war ein besonderer Tag in der St.-Hedwigs-Kirchengemeinde in einem Frankfurter Stadtteil, der schon ein wenig wie Vorstadt anmutet, weit weg von der imposanten Skyline. In Frankfurt ist die größte eritreische Gemeinde Deutschlands zu Hause.

Es war nicht ganz so heiß wie die Tage zuvor, als sich hier rund 300 EritreerInnen versammelten. Der Anlass: Eine **ökumenische** Trauerfeier für 77 tote Bootsflüchtlinge, die im August 2009 auf einer Irrfahrt von Libyen nach Europa ums Leben kamen. Einige der Angehörigen waren von nah und fern angereist, aus Süddeutschland, dem Rheinland, den Niederlanden und England. Aus der Nähe von Bonn kam Almaz Solomon\*. Einer der toten Bootsflüchtlinge war ihr Halbbruder. Almaz kam in den 1980er-Jahren nach Deutschland und lebt dort mit ihrem Mann und drei Kindern. Sie hatte die Trauerfeier angeregt und organisiert.

## Was war im August 2009 geschehen?

Am 28. Juli 2009 war Almaz' Halbbruder zusammen mit 81 weiteren Flüchtlingen in einem einfachen Schlauchboot aus Libyen losgefahren. Die 82 kamen mehrheitlich aus Eritrea, wo viele vor der res-

triktiven Wehrpflicht flüchten, einige stammten aus Äthiopien und kurz vor der Abfahrt kamen noch fünf junge Frauen aus Nigeria an Bord (die bis heute nicht identifiziert werden konnten). Während der anschließenden dreiwöchigen Überfahrt verhungerten, verdursteten oder ertranken 77 von den 82, nur vier junge Männer und eine Frau überlebten. Wann genau ihr Halbbruder starb, weiß Almaz nicht, vermutlich Mitte August. Die toten Körper wurden nie geborgen.

## Nur fünf Überlebende

Immer wieder waren Schiffe an dem kleinen Schlauchboot vorbeigefahren – ohne Hilfe zu leisten, wie es das internationale Seerecht vorschreibt. Erst am 21. August barg die italienische Küstenwache die fünf Überlebenden. Zwei Tage zuvor waren sie bereits von einem Schiff der Marine von Malta angehalten worden. Anstatt sie zu retten, gaben die maltesischen Matrosen den ausgezehrten Flüchtlingen einige Flaschen Wasser, wiesen sie an »nach Hause« zu fahren und ließen sie dann einfach im Stich. Später veröffentlichte die maltesische Marine ein Foto des Gummibootes – als Nachweis, dass die fünf wohlauf und handlungsfähig gewesen waren.

Almaz hatte in jenem Juli Eritrea besucht. Nach ihrer Rückkehr versuchte sie, ihren Halbbruder in Libyen zu kontaktieren. Er sei nicht da, sagte man ihr. Sie insistierte, rief immer wieder an, bis sie schließlich hörte, dass er in einem Boot losgefahren war. Nach einigen Mühen gelang es ihr, mit dem Schlepper zu spre-

## BUCHTIPP

Elias Bierdel

### Ende einer Rettungsfahrt

Das Flüchtlingsdrama der Cap Anamur  
2006, 229 Seiten,  
2 farbige Abbildungen,  
mit zahlreichen Schwarz-Weiß-Abbildungen, Maße: 17,9 x 23,6 cm, Gebunden, Deutsch LIE & BE  
ISBN: 978-3-9352-2165-8



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

chen. Der versicherte ihr, dass die Flüchtlinge »gerade wohlbehalten in Malta angekommen« seien. Tatsächlich hatte der Schlepper kurz zuvor einen Anruf vom Satellitentelefon erhalten, das man den Flüchtlingen mitgegeben hatte, es war ein Notruf: Der Treibstoff ging zur Neige und der Schlepper riet den Schiffbrüchigen, Malta anzupeilen. Dann brach die Verbindung ab. Almaz kontaktierte den Kölner Flüchtlingsrat, den Suchdienst des Roten Kreuzes, den Malteserorden. Nichts. Weitere Angehörige schlugen unabhängig voneinander Alarm, so auch Esaias\* aus England – er vermisste seinen Bruder. Erst nach der Rettung durch die italienische Küstenwache kam die Gewissheit: Almaz' Halbbruder, Esaias' Bruder und 75 weitere waren tot. Mithilfe der Organisation **Borderline Europe** reiste Almaz nach Sizilien und traf die Überlebenden. Die Staatsanwaltschaft in

\*Alle Namen von der Redaktion geändert.

19AU2889  
18:34:21  
UTC+2.0



Später veröffentlichte die maltesische Marine ein Foto des Gummibootes – als Nachweis, dass die fünf wohlauf und handlungsfähig gewesen waren.

Agrigent erhob Anklage gegen Unbekannt wegen »unterlassener Hilfeleistung« – die kurz nach der Rettung der Fünf routinemäßig erfolgte Anklage wegen des seit einem Jahr in Italien strafrechtlich relevanten Delikts der »illegalen Einreise« wurde nach wenigen Tagen fallen gelassen. Obwohl Oberstaatsanwalt Renato Di Natale sehr vorsichtig meint: »Es kann durchaus sein – ich spreche hier rein theoretisch –, dass italienische oder maltesische Einheiten ein solches Delikt begangen haben«, ist es unklar, ob es zu einem Prozess kommen wird.

### Kein Wort aus Malta und Italien

Nach dem Unglück traten die Angehörigen der Opfer miteinander in Kontakt. Sie leben über die ganze Welt zerstreut, sind in Kanada, den USA, in Australien und Europa. Gemeinsam schrieben sie im November 2009 einen Brief an den EU-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg: »Wir fordern eine Untersuchung hinsichtlich des Versagens der EU-Mitgliedsländer Italien und Malta, um die 77 AfrikanerInnen zu retten, die in den Küstengewässern Europas ertrunken sind.« Darin warfen sie Fragen auf wie: Warum wurde das Flüchtlingsboot trotz moderner Radarsysteme und Satellitenüberwachung nicht entdeckt und gerettet? Und sie stellten fest: »Ihr Leben hätte gerettet werden können, wenn die Flüchtlinge als Menschen und nicht als »illegale afrikanische ImmigrantInnen« betrachtet worden wären.«

Thomas Hammarberg richtete noch Ende August 2009 offizielle Anfragen an Italien und Malta. Von keinem der bei-

den erhielt er eine befriedigende Antwort. Er wiederholte und veröffentlichte seine Anfrage im Dezember – wieder ohne Ergebnis. Seit vorigem Sommer haben sich auf Almaz Initiative hin weltweit Hunderte Angehörige der Opfer vernetzt. Sie versuchen, die Geschichten und Schicksale der Toten und ihrer zu Hause verbliebenen Familien zu dokumentieren und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bei der Trauerfeier in Frankfurt trafen sich viele Angehörige erstmals persönlich. Auch Stefan Schmidt reiste zur Gedenkfeier. Der Mitbegründer von Borderline Europe und ehemalige Kapitän des Frachtschiffs »Cap Anamur« hatte 2004 vor der Insel Lampedusa 37 Flüchtlinge aus Seenot gerettet und war vom italienischen Staat daraufhin wegen Schlepperei angeklagt worden. Erst im Oktober 2009 wurde er freigesprochen. Die fünf Überlebenden selbst konnten nicht an der Feier teilnehmen. Zur Anreise aus Italien fehlten ihnen Geld und die nötigen Papiere.

### Das Sterben geht weiter

Seit Mai 2009 kooperieren Italien und Libyen in der Flüchtlingsabwehr, 1.409 Flüchtlinge wurden seither auf hoher See kollektiv abgewiesen, obwohl dies die Genfer Flüchtlingskonvention verbietet. Diese abgewiesenen Flüchtlinge landen meist in libyschen Lagern. Im Juli 2010 kam es zu einem Eklat: 205 eritreische Flüchtlinge, eingeschlossen im Lager Misratah in Libyen, weigerten sich, sich identifizieren zu lassen – aus Angst abgeschoben zu werden, und aus Sorge um

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.borderline-europe.de](http://www.borderline-europe.de)

die zurückgebliebenen Angehörigen (in Eritrea wird Flucht mit 2.600 Euro oder Gefängnis bestraft). Aus Strafe für die Rebellion wurden sie misshandelt und in drei Lastwagencontainer gepfercht nach Braq, ein Lager in der Wüste transportiert. Mittlerweile wurden sie freigelassen, sie erhielten die Erlaubnis sich in der Wüstenstadt Sebha drei Monate aufzuhalten und wurden ihrem Schicksal überlassen.

### 15.000 Tote seit 1988

Allein im Juni, Juli, August starben 57 Menschen auf dem Weg nach Europa, in Ägypten (israelische Grenze), Algerien, Griechenland, Spanien, Italien.

Die Liste ist lang und ähnelt einem Kriegsbulletin. Seit 1988 sind nachweislich mehr als 15.000 Menschen an Europas Grenzen gestorben, die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. Zur Erinnerung: An der deutsch-deutschen Grenze beklagte man 300 Tote bis 1989.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[angelahuemer@compuserve.com](mailto:angelahuemer@compuserve.com)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Fundraising und Flüchtlingsball

*Wie eine NGO zu Geld kommen und ihre Botschaft gleichzeitig verbreiten kann, demonstriert das Integrationshaus in Wien seit vielen Jahren.*

*Autor: Thomas Varkonyi*

*Freier Journalist*

**D**as Geld, so heißt es, liege auf der Straße, man müsse es sich nur holen. Da wir allerdings alle die Erfahrung gemacht haben, dass dem nicht ganz so ist, stellt sich auch für NGOs die Frage, wie man an die notwendigen Mittel kommt, um den Betrieb, die eigene Tätigkeit, die eigene Agenda aufrechtzuerhalten.

Eine NGO, die seit Jahren eine zielführende Fundraising-Mixtur aus Veranstaltungen verschiedener Art durchführt, ist das Wiener Integrationshaus. Dieser Verein betreut Flüchtlinge, vor allem traumatisierte Flüchtlingsfamilien, und hilft ihnen, sich in ihrer neuen Heimat zurechtzufinden. Die Initiative zur Gründung kam vom Musiker Willi Resetarits, der im damaligen Bürgermeister Zilk und dem Finanzstadtrat Hans Mayr kongeniale Partner für das Projekt fand.

## Doppelnutzen

Die Finanzierung und die Sicherung der professionellen Arbeit des Integrationshauses ist Jahr für Jahr eine schwierige Aufgabe. Ungefähr 20 bis 25 Prozent des Gesamtbudgets müssen durch die Hilfe von privaten SpenderInnen, Unternehmenskooperationen und Veranstaltungserlöse aufgebracht werden. Das Integrationshaus kann auf vielfältigste Weise unterstützt werden: durch Geld- und Sachspenden, mit der Organisation einer

Benefizveranstaltung oder klassischem Sponsoring.

Der PR-Fachmann des Integrationshauses, Nikolaus Heinelt, erklärt, wie Veranstaltungen und Events zum Trademark-Fundraising des Integrationshauses wurden: »Das Veranstaltungskonzept setzte immer auf Doppelnutzen: Also wir bringen unsere Botschaften unter die Leute, und bekommen dabei auch noch Geld für das Integrationshaus. Das hat damals wie heute funktioniert. Da es aber immer mehr an Benefiz-Veranstaltungen gibt, ist es immer schwieriger, neue Veranstaltungen zu etablieren. Daher sind wieder andere Konzepte des Fundraisings gefragt.«

## Flagship-Event Flüchtlingsball

Dies kann in kleinem Rahmen, wie zum Beispiel als Basar zur Weihnachtszeit oder als Sommerfest mit Tombola, stattfinden. Konzerte, Theaterveranstaltungen, Sportturniere oder Bälle verursachen dagegen mehr Aufwand und dadurch auch mehr Kosten. Bevor ein Fundraising-Event geplant wird, muss man entscheiden, ob der Nutzen solcher einer Veranstaltung im vertretbaren Verhältnis zum Aufwand steht. Zwei Ziele werden verfolgt: Geld einzunehmen, doch das noch wichtigere Ziel liegt darin, die jeweilige Organisation und ihre Anliegen in sichtbarer, ja greifbarer Form darzustellen.

»Der Vorteil ist, dass man den Menschen durch die Veranstaltung direkt etwas zurückgeben kann und auch, in kleinerem Maße, gleich auch Botschaften direkt ans Publikum bringt. Nachteil ist

## BUCHTIPP

Cejpek, Lucas/  
Kreidl, Margret (Hg.)

### Der Geschmack der Fremde

Rezepte, Gespräche  
Sonderzahl Verlagsgesellschaft mbh Wien 2004,  
zweite Auflage 2007.  
240 Seiten, € 19,80  
ISBN 978-3-8544-9223-5



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

sicher, dass das mit sehr viel – zeitlichem – Aufwand verbunden ist und manchmal erst nach Jahren Früchte trägt«, meint dazu Nikolaus Heinelt. Ein weit verbreitetes Vorurteil bezüglich des Flüchtlingsballs, der als das »Flagship-Event« des Integrationshauses jedes Jahr im Rathaus veranstaltet wird, ist, dass diese Veranstaltung immer die gleichen Leute erreicht, nämlich die, die oft als »Gutmenschen« abqualifiziert werden. Auch da kann laut Nikolaus Heinelt Entwarnung gegeben werden. »Gerade wenn man sich das Publikum bei den verschiedenen Veranstaltungen des Integrationshauses anschaut – Flüchtlingsball, Kabarettgala ›Lachen hilft‹, Weinversteigerung –, sieht man, dass sehr heterogene Zielgruppen damit angesprochen werden. Also nicht nur die ›üblichen Verdächtigen‹, sondern Menschen, die auch erstmal nur an der Veranstaltung interes-

**Fundraising-Event Wiener Melange:**  
Eine Veranstaltung zugunsten des  
Integrationshauses am 25. September 2010  
ab 21 Uhr in der Ottakringer Brauerei, 1160 Wien.  
[www.wienermelange.at](http://www.wienermelange.at)



siert sind. Und auch beim Response der ›Guten Zeitung‹ sieht man, dass ein sehr breites Publikum angesprochen wird, das vielleicht nur einmal im Jahr darüber liest und dann spendet.« Auch »Die Gute Zeitung« nützt das Integrationshaus, um an Spenden zu kommen. Alljährlich wird die Zeitung in der Vorweihnachtszeit von einem engagierten Team produziert und an alle Haushalte in Wien verteilt. So, wie auch beim Flüchtlingsball, wäre es wahrscheinlich ohne wohlwollende Unterstützung der Stadt Wien schwer, diese erfolgreichen Formen aufrechtzuerhalten. Auf eine Abhängigkeitssituation angesprochen sagt Nikolaus Heinelt nur lächelnd: »Es gibt keine Abhängigkeit von der Stadt Wien, aber eine gute Zusammenarbeit.«

### PartnerInnen ÖGB und AK

Für die Geschäftsführerin des Integrationshauses, Andrea Eraslan-Weninger, sind neben der Stadt Wien sowohl der ÖGB wie auch die AK wichtige strategische PartnerInnen. Insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktintegration und Bildung wird in den verschiedensten Projektnetzwerken intensiv zusammengearbeitet. Für kleinere Projekte gibt es auch immer wieder finanzielle Unterstützung.

»Ich kann halt für meinen Bereich nur sagen, dass ÖGB und AK unsere Veranstaltungen regelmäßig als Sponsoren unterstützen, die AK uns ab und an ein Radl als Hauptpreis für die Tombola spendet und sie uns Räumlichkeiten im AK-Bildungszentrum für Veranstaltungen zur Verfügung stellen«, sagt Heinelt.

Die Bevölkerung steht NGOs oft mit höherer Akzeptanz gegenüber und unterstützt diese in ihrem Handeln mehr, als vergleichbare staatliche Organisationen. Dies liegt nicht zuletzt an der fachlichen Kompetenz, der Nähe zu den BürgerInnen und der Effektivität des Handelns bei den NGOs.

### Kritische Stimmen

Aber es gibt auch kritische Stimmen, die meinen, dass NGOs dem neoliberalen **Anti-Etatismus** sehr förderlich sind, dem die Verlagerung staatlicher Aufgaben im Bereich Soziales, Umwelt und Entwicklung an private Träger ein prinzipielles Anliegen ist.

Bei Organisationen, die auf Spenden angewiesen sind, stellt sich auch die Frage, was mit den Spendengeldern tatsächlich passiert, ob sie für den angegebenen Zweck eingesetzt werden. »Das Integrationshaus schaut bei allen Projekten, dass sie so weit über Förderungen und Sponsoren abgedeckt sind, dass der Reinerlös der Veranstaltungen und der Guten Zeitung direkt für die Flüchtlingshilfe eingesetzt werden kann.«

Dabei ist das Integrationshaus beileibe nicht nur eine Servicestelle, auch politisch setzt man sich ein. »Lobbying für unsere Zielgruppe ist ein großer Teil unserer Tätigkeit. Bei Projekten des Integrationshauses, Veranstaltungen und der Öffentlichkeitsarbeit, aber insbesondere auch bei den internationalen Vernetzungen – mit der Ausarbeitung von Vorschlägen, Stellungnahmen und Resolutionen zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage von Flüchtlingen und

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.integrationshaus.at](http://www.integrationshaus.at)

MigrantInnen«, sagt Nikolaus Heinelt. »Wir verbreiten die Botschaften über die klassischen Medien wie Presseaussendungen, Plakate und Flyer, neuerdings auch über social networks wie facebook. Und bis jetzt gab es keinerlei negative Reaktionen auf unsere diversen Veranstaltungen, jeder pickt sich halt das raus, was im taugt.«

Dass die Botschaft, die man transportieren möchte, in dem medialen Trubel untergeht, wie es manche Kritiker dem Lifeball vorwerfen, sieht er nicht: »Beide Veranstaltungen haben erstmal einen sozialen Grundgedanken. Nur Flüchtlinge sind halt immer noch kein ›sexy‹ Thema für die High Society, wo man gesehen werden möchte, während Aids mittlerweile vernünftig diskutiert werden kann. Der Flüchtlingsball gilt halt immer noch eher als politische Veranstaltung, während der Lifeball zum Societyevent wurde. Aber wie gesagt, den sozialen Grundgedanken spreche ich beiden nicht ab.«

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[dinomail@gmx.at](mailto:dinomail@gmx.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Invasion der Brötchen

*Sie kommen nicht mehr nur als Touristen, sondern auch als Arbeitskräfte. Und glauben, dass wir in Österreich und Deutschland dieselbe Sprache sprechen.*

Autorin: Dagmar Gordon

Freie Journalistin

**D**ie Sache mit der Sprache ist gemein: Auf den ersten Blick könnte man ja wirklich annehmen, dass wir ein und dieselbe sprechen. Tun wir aber nicht. Tun wir gar nicht. Und es ist auch nicht so, dass das österreichische nur ein lustiger Akzent des düsseldorferischen wäre. Es ist eine eigene Sprache. Und das macht der mittlerweile größten MigrantInnengruppe, den Deutschen, manchmal schwer zu schaffen. Doch nicht nur sprachliche Feinheiten machen den ArbeitsmigrantInnen aus dem Norden zu schaffen, auch die österreichische Mentalität abseits der Gemütlichkeit treibt Deutsche manchmal in die Verzweiflung.

## Als Deutscher wundert man sich ...

Roger Baumeister, Architekt aus Konstanz kam zu einem Praktikum nach Wien und wusste bald: Ich gehe wieder! Der passionierte Radfahrer hatte mehr als ein unliebsames Zusammentreffen mit dem Wiener Berufsverkehr und bekam bald mit, dass das Mietrecht in Wien eine ganz besondere Wissenschaft ist: Er wohnte in (unerlaubter – wie sich später herausstellte) Untermiete in einer Gemeindeförderung. »Als Deutscher wundert man sich schon oft über österreichische Besonderheiten, zum Beispiel das komplizierte Mietrecht. Ich glaube auch, dass gesellschaftliche Reformen nicht angegangen werden«, meint Baumeister. Ihn ärgert,

dass er zwar Steuern zahlen darf, aber nicht wählen, und dass der Standard als irgendwie linke Zeitung so »piefkefendlich« ist.

Ingo S. kommt aus Berlin und hat seine Übersiedlung nach Österreich noch keine Sekunde bereut: Er arbeitet bei einem Diskonter und ist mittlerweile Filialleiterstellvertreter. Auf die Frage, ob der denn alles verstehe, was ihm bei der Kasse so zu Ohren kommt: »Ich habe eine Zeit bei einer Freundin im 22. Bezirk gewohnt, und da sind wir auch weggegangen – da hab ich eine harte Schule gehabt, wenn die alten Männer dort so richtig losgelegt haben.« Österreich hat er sich bewusst ausgesucht: »Die Lebensqualität ist in fast allen Belangen besser als in Deutschland und der Sozialstaat funktioniert besser.« Nachsatz: »Noch.« Abgehen tut ihm kaum etwas, von einigen Freunden, die er in Berlin zurückgelassen hat, einmal abgesehen: Berliner Jubiläumspilsen, Zuckerrübensirup und Zitronenteegranulat fehlen ein wenig, ansonsten identifiziert Ingo sich mit seiner neuen Heimat voll: »Klar will ich später die Staatsbürgerschaft.« Anders als andere Deutsche Zuwanderer kennt er den Unterschied zwischen Weckerl und Semmel ganz genau und lächelt nur noch über die sprachlichen Hürden, die am Beginn zu nehmen waren.

Kamen am Anfang klassische »Schlüsselarbeitskräfte« und später die Osis in schlecht bezahlte Jobs im Tourismus, so zieht es heute Deutsche aus allen Teilen des Landes nach Österreich: Auf der Homepage [www.justlanded.com](http://www.justlanded.com) kann man lesen: »Für deutsche Arbeiter und Angestellte stehen die Chancen gar nicht mal so schlecht, einen Arbeitsplatz in Österreich zu finden ...«

## WEBLINK

Einwandern, aber richtig:  
[www.justlanded.com](http://www.justlanded.com)

Doch es ist immer noch nicht ganz leicht für Deutsche hier Fuß zu fassen, Baumeister: »In Berlin kann man an einem Abend beim Ausgehen leicht Kontakt bekommen, hier ist das kaum möglich.« Das mag auch daran liegen, dass Deutsche (hier besonders TouristInnen) nach wie vor der Österreicher liebste Hassobjekte sind: Sie lieben unseren Schmach und die angebliche Gemütlichkeit, und wir verachten sie dafür.

## Mit großem Ego ist man netter

Doch nach und nach ändert sich das: Denn wenn das »Fräulein« oder der »Ober« im Stammlokal mit deutscher Zunge spricht, dann ist des Österreichers Ego plötzlich wieder ganz groß: Und mit großem Ego kann man auch ein bisschen leichter nett sein. Und so schaffen die freundlichen deutschen GastarbeiterInnen im Tourismus, in der Pflege oder im Handel, was Millionen TouristInnen nicht geschafft haben: Schön langsam können wir die Deutschen leiden.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

EU:

## Europäischer Aktionstag: 29. September 2010

Statt Sparmaßnahmen Vorrang für Beschäftigung und Wachstum.

Durch die harten Sparmaßnahmen der Mitgliedsstaaten droht Europa weiter steigende Arbeitslosigkeit und Rezession. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat daher für den 29. September 2010 zu einem europaweiten Aktionstag aufgerufen. An diesem Tag findet ein Treffen der EU-Finanzminister statt, der Hauptadressaten der Forderungen.

23 Mio. Menschen in Europa suchen Arbeit, Millionen europäischer BürgerInnen sind in unsicheren Arbeitsverhältnissen, soziale Spannungen nehmen zu.

Die Sparmaßnahmen der europäischen Regierungen wirken sich bereits jetzt negativ auf den sozialen Zusammenhalt aus. Der Aktionstag steht unter dem Motto »Nein zu Sparmaßnahmen – Priorität für Wachstum und Beschäftigung«. Höhepunkt der Aktivitäten ist eine Demonstration in Brüssel, bis zu 100.000 TeilnehmerInnen werden erwartet, darunter auch GewerkschafterInnen aus Österreich. In den Mitgliedsstaaten selbst wird es ebenfalls Aktionen und Kundgebungen geben, bis hin zu Streiks in Spanien und Frank-

reich oder Demos in Griechenland. Der EGB-Aktionstag fällt mit dem »Equal Pay Day« in Österreich zusammen: Am 29. September endet heuer statistisch gesehen die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Die ÖGB-Frauen sehen ihre Aktivitäten am 29. September als Beitrag zum Europäischen Aktionstag. Der steirische ÖGB plant eine grenzüberschreitende Veranstaltung mit slowenischen KollegInnen, in Wien planen ÖGB und AK Veranstaltungen. Mehr Infos:

[www.etuc.org/a/7407](http://www.etuc.org/a/7407)

IGB:

## Internationaler Gewerkschaftsbund zieht in Wien Bilanz

PERC(Pan European Regional Council)-Konferenz zum sozialen Fortschritt 20 Jahre nach der Wende.

Von 15. bis 17. September 2010 zog der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) in Wien unter dem Motto »20 Jahre Transformation. Wie weiter?« im Rahmen der PERC-Konferenz Bilanz über die Gewerkschaftspolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte.

20 Jahre nach der sogenannten Wende in Ost- und Südosteuropa hat nun der IGB bei einer Konferenz in Wien Bilanz über die Gewerkschaftspolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte in diesen Staaten gezogen, über die Entwicklungen,

die die Gewerkschaften durchgemacht haben, die Arbeitsbeziehungen und den sozialen Dialog. Weitere Themen der Konferenz waren Wandel in den zentral- und osteuropäischen Staaten, Gewerkschaften und Politik, aktuelle Situation und Perspektiven des Bankensektors und Industrie, Finanz- und Wirtschaftskrise. Tenor der Konferenz war, dass es gerade in der Krise starke Gewerkschaften brauche, denn die Folgen der Krise hätten ansonsten wieder die ArbeitnehmerInnen zu tragen.

An der PERC-Konferenz nahmen VertreterInnen aus ÖGB und Politik, der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung von England und Schweden über Russland und Polen teil, darunter ÖGB-Präsident Erich Foglar, die Minister Rudolf Hundstorfer und Reinhold Mitterlehner sowie OeNB-Chef Ewald Nowotny, IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow, DGB-Chef Michael Sommer und EU-Kommissar Laszlo Andor.

Mehr Infos: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

Bangladesch:

## Arbeitskampf in Textilfabriken

In den vergangenen Wochen wurden mindestens 21 TextilarbeiterInnen und ArbeitsrechtsaktivistInnen inhaftiert.

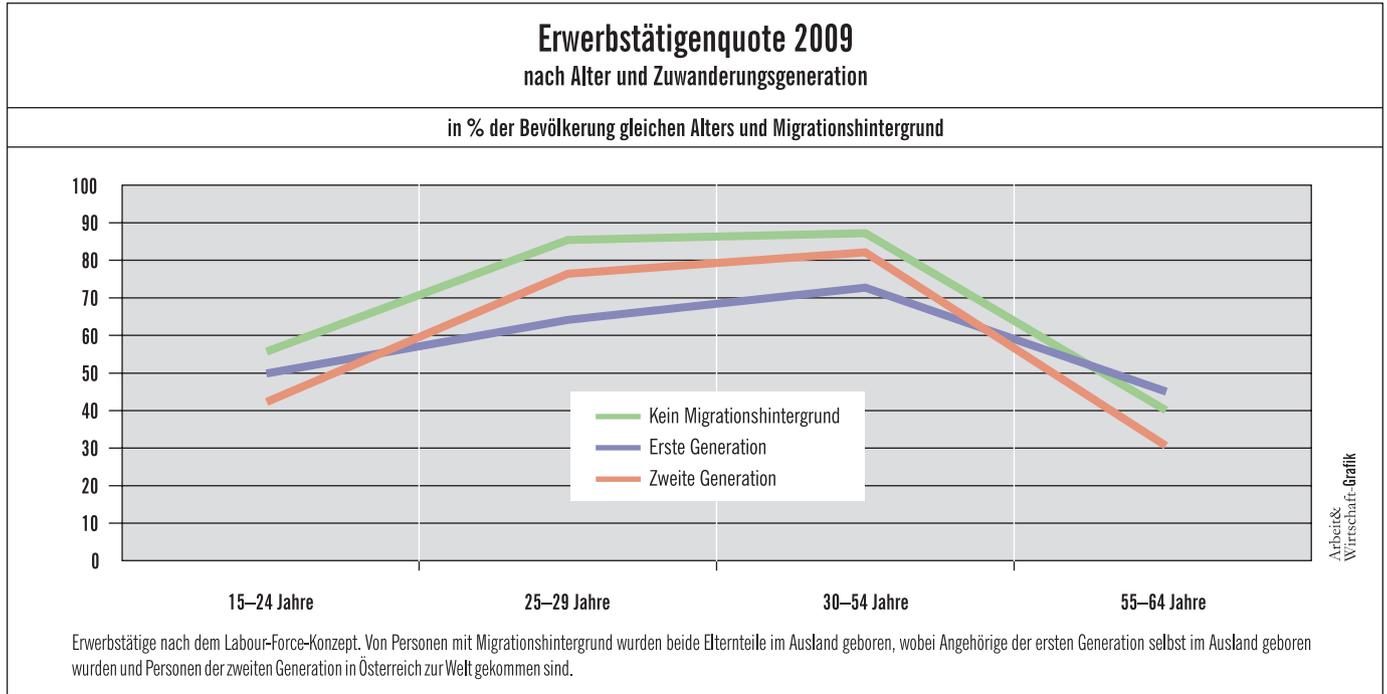
In den vergangenen Monaten gingen ArbeiterInnen der Textilfabriken in den Straßen von Dhaka und den angrenzenden Gebieten für Arbeitsrechte und Lohnerhöhungen auf die Straße. Die Demonstrationen verliefen zum Teil gewalttätig. Laut der Polizei wurden 21 ArbeiterInnen aus der Textilindustrie verhaftet, aber die tatsächliche Zahl der Verhafteten wird viel höher geschätzt. Die Proteste der Tausenden ArbeiterInnen

führten Ende Juni zur zeitweiligen Schließung von etwa 700 Textilfabriken. Die ArbeiterInnen fordern eine Erhöhung des monatlichen Mindestlohns auf 5.000 Taka (ca. 55 Euro), um die Lebenshaltungskosten decken zu können. Ende Juli 2010 kündigte die Regierung an, dass ab November 2010 der monatliche Mindestlohn in der Bekleidungsindustrie von 1.662,50 Taka (ca. 19 Euro) auf 3.000 Taka (ca. 34 Euro) steigen würde. Die

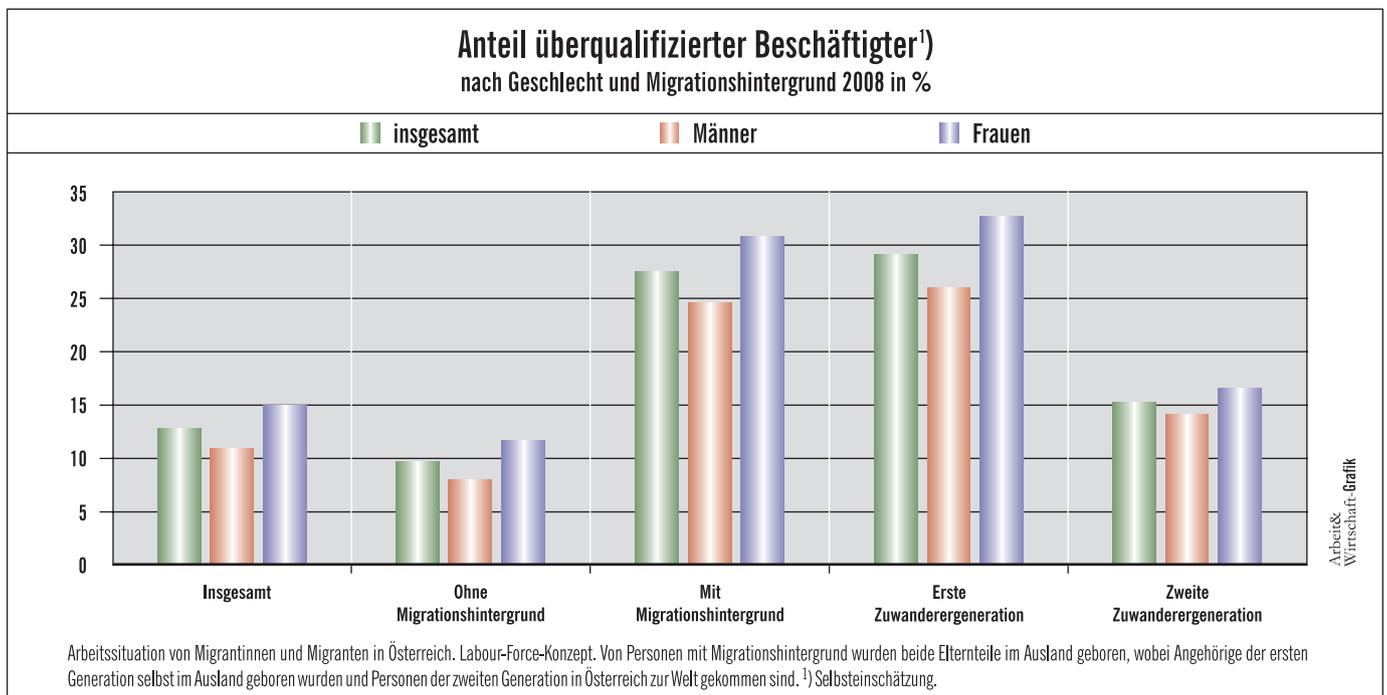
ArbeiterInnen halten diese Erhöhung für zu niedrig und protestierten erneut. Amnesty International billigt die Gewalt nicht, zu der es bei diesen Protesten kam, fordert jedoch die Regierung von Bangladesch auf sicherzustellen, dass niemand im Gewahrsam gefoltert, misshandelt und ohne Anklage in Gewahrsam gehalten wird. Appellieren Sie an die Behörden in Bangladesch. Alle Infos unter:

[gewerkschafterinnen.amnesty.at](http://gewerkschafterinnen.amnesty.at)

# Zahlen, Daten, Fakten



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebung 2009



Quelle: Statistik Austria, Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008

# Statistiken sind Argumente

## Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat

	Harmonisierte VPI	
	Juni 10	Juli 10
Belgien (BE)	2,7	2,4
Deutschland (DE)	0,8	1,2
Irland (IE)	-2,0	-1,2
Griechenland (EL)	5,2	5,5
Spanien (ES)	1,5	1,9
Frankreich (FR)	1,7	1,9
Italien (IT)	1,5	1,8
Zypern (CY)	2,1	2,7
Luxemburg (LU)	2,3	2,9
Malta (MT)	1,8	2,5
Niederlande (NL)	0,2	1,3p
<b>Österreich (AT)</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7p</b>
Portugal (PT)	1,1	1,9
Slowenien (SI)	2,1	2,3
Slowakei (SK)	0,7	1,0
Finnland (FI)	1,3	1,3
<b>Eurozone (VPI-EWU)</b>	<b>1,4</b>	<b>1,7p</b>
Bulgarien (BG)	2,5	3,2
Tschech. Republik (CZ)	1,0	1,6
Dänemark (DK)	1,7	2,1
Estland (EE)	3,4	2,8
Lettland (LV)	-1,6	-0,7
Litauen (LT)	0,9	1,7
Ungarn (HU)	5,0	3,6
Polen (PL)	2,4	1,9
Rumänien (RO)	4,3	7,1
Schweden (SE)	1,6	1,4
Vereinigtes Königreich (UK)	3,2	.
<b>EU (EVPI)</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1p</b>
Island (IS)	7,6	6,2
Norwegen (NO)	1,8	1,8
<b>EWU (VPI-EWR)</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1p</b>
Schweiz (CH)	0,5	0,4

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

**Datenquellen:** EUROSTAT, Ird, Monat.  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.  
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar**

## Der Arbeitsmarkt im Juni 2010

	Stand Juni 10	Veränderung zum Vormonat	Vorjahres- monat
<b>Unselbst. Beschäftigung</b>	<b>3.427.138</b>	<b>38.674</b>	<b>33.059</b>
ohne KUG/Präsenzdiener	3.318.902	37.829	41.322
ArbeiterInnen	1.327.081	31.351	16.381
Angestellte u. Beamte	2.100.057	7.323	16.678
Männer	1.820.859	20.037	16.953
Frauen	1.606.279	18.637	16.106
AusländerInnen	458.115	12.994	15.712
InländerInnen	2.969.023	25.680	17.347
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>212.753</b>	<b>-14.336</b>	<b>-16.850</b>
Männer	114.744	-9.584	-15.109
Frauen	98.009	-4.752	-1.741
AusländerInnen	38.377	-4.406	-3.144
InländerInnen	174.376	-9.930	-13.706
Jugendliche (bis unter 19)	7.630	-57	-656
Jugendliche (19 bis unter 25)	25.553	-2.238	-3.085
Ältere (50 bis unter 55)	23.650	-1.717	-452
Ältere (55 bis unter 60)	17.493	-1.107	-90
Ältere (über 60)	4827	-105	-2
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>5,8</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,5</b>
Offene Stellen	33.982	867	7.042
Lehrstellensuchende	4.185	-91	-84
Offene Lehrstellen	2.912	1	129
<b>Geringfügige Beschäftigung *</b>	<b>298.075</b>	<b>1.486</b>	<b>5.385</b>
Männer	103.433	782	3.386
Frauen	194.642	704	1.999
ArbeiterInnen	168.766	1.510	2.662
Angestellte	129.309	-24	2.723

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

# Leiharbeit boomt

*Allzu oft zahlen die ArbeitnehmerInnen beim Geschäft mit der Zeitarbeit drauf.  
Die AK-Studie »Leiharbeit in der Krise?« zeigt die Fakten auf.*

Autor: Dr. Franz Mangelberger

Freier Journalist

**H**use V. ist vor sieben Jahren aus Bosnien nach Österreich gekommen. Seit er hier ist verdient der gelernte Maurer als Leiharbeiter sein Geld, um daheim seine Frau und zwei Kinder zu versorgen. Abgesehen davon, dass er ständig von einem Arbeitsplatz zum anderen wechselte, hat er auch alle Varianten des Zeitarbeitsgeschäftes kennengelernt. Nicht immer ein Vergnügen, von regelmäßiger Bezahlung konnte er lange nur träumen. So hat er für Firmen geschuftet, die von einem Tag auf den anderen »verschwinden« sind, ohne den restlichen Lohn zu bezahlen.

## Nicht alle sind fair

Nicht alle bieten, was sie eigentlich sollten, nämlich gute, gesetzlich geregelte Bedingungen. »Viele Firmen halten sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen und viele LeiharbeiterInnen haben gerade in der Krise Angst um ihren Arbeitsplatz und nehmen dafür einiges, wie etwa täglichen Arbeitsplatzwechsel oder unrichtige Bezahlung, in Kauf«, weiß Gabi Berger, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Firma APS (Austrian Personalservice GmbH & Co KG). »Nur so etwa 20 haben einen Betriebsrat. Dabei sollte doch grundsätzlich jeder, der bei einer Zeitarbeitsfirma arbeitet, schauen können, ob die Stundenlöhne stimmen.« Leiharbeit ist gerade in Zeiten sanfter wirtschaftlicher Er-

## Beschäftigungsanteil überlassene Arbeitskräfte 2009

	Beschäftigte (ArbeiterInnen und Angestellte) <sup>1</sup>	Überlassene Arbeitskräfte (ArbeiterInnen und Angestellte) <sup>2</sup>	Anteil der überlassenen Arbeitskräfte in Prozent
<b>Aufschlüsselung Branchen</b>			
Eisenerzeugung, Gießereien, NE-Metallindustrie	28.214	3.223	10,3
Maschinen- und Metallwarenindustrie	114.124	2.804	2,4
Fahrzeugindustrie	26.367	739	2,7
Elektro- und Elektronikindustrie	46.252	2.836	5,8
Chemische Industrie	41.323	1.760	4,1
Schlosser, Landmaschinentechniker, Schmiede	42.527	3.616	7,8
Elektro, Audio, Video, Alarmanlagentechniker	36.465	2.592	6,6
<b>Alle Branchen<sup>3</sup></b>			
ArbeiterInnen	1.289.459	44.294	3,4
Angestellte	2.085.839	12.936	0,6
ArbeiterInnen und Angestellte gesamt	3.375.298	57.230	1,7

Quellen:

<sup>1</sup> Sonderauswertung der Statistik Austria für die Wirtschaftskammer Österreich

<sup>2</sup> Stichtagserhebung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (31.7.2009)

<sup>3</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger

holung ein von Unternehmen gerne genutztes Mittel, um kurzfristigen Arbeitskräftebedarf zu decken. In Deutschland wird bald jeder fünfte Arbeitsplatz ein Leiharbeitsplatz sein. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für Österreich zu erwarten. Seit 1997 ist die Branche kontinuierlich angewachsen. 2008 hat die Zahl den Höchststand von 80.000 bis 90.000 Beschäftigten erreicht. Mit der Krise schrumpfte der Bereich der Arbeitskräfteüberlassung signifikant. Gerade in der Sparte Industrie – bis 2008 waren dort die meisten LeiharbeiterInnen beschäf-

tigt – war der Einbruch dramatisch. Mehr als ein Drittel wurde nicht weiterbeschäftigt, besonders betroffen ZeitarbeiterInnen in der Metallindustrie, 2009 war mehr als die Hälfte der rund 7.000 Beschäftigten dieser Branche arbeitslos. Demnach ist nicht verwunderlich, dass 90 Prozent der befragten Zeitarbeitskräfte in der Industrie das Risiko arbeitslos zu werden, als sehr hoch einschätzen. Die AK hat deshalb in einer Studie durchleuchtet, wie es um die derzeit etwa 60.000 LeiharbeiterInnen in Österreich steht. Rund 65 Prozent aller LeiharbeiterInnen möchten gar nicht sein,



»Gerade im letzten Quartal des Jahres, in der kalten Zeit also, steigt die Arbeitslosigkeit rapide an und erreicht Höchstwerte von 20 Prozent und mehr.«

was sie sind, sondern einen festen Arbeitsplatz. Und zur Überbrückung vorerst in einem Leiharbeitsverhältnis zu arbeiten, um später eine feste Anstellung zu bekommen, spielt es nicht oft: Nur jede/r Fünfte hat es zwischen 1997 und 2008 geschafft, am Ende einen festen Arbeitsplatz zu haben. Usus ist vielmehr, dass LeiharbeiterInnen großen saisonalen Einflüssen ausgesetzt sind. Gerade im letzten Quartal des Jahres, in der kalten Zeit also, steigt die Arbeitslosigkeit rapide an und erreicht Höchstwerte von 20 Prozent und mehr. Generell sind ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse in der Leiharbeitsbranche nach einem Monat zu Ende, nur 55 Prozent werden bis zu drei Monaten »gehalten«. Auf zwölf Monate und mehr bringen es nur 22 Prozent der ArbeitnehmerInnen.

### Schlampige Verhältnisse

Fast 40 Prozent der LeiharbeiterInnen werden vom gleichen Arbeitgeber immer wieder eingestellt und auch wieder entlassen, wenn es keine Arbeit gibt. Häufig kommt es dann zwischen der Leiharbeitsfirma und den ArbeitnehmerInnen zu einer »einernehmlichen« Kündigung, nicht selten unter Druck. Ein Facharbeiter verliert dabei gut und gerne bis zu 1.200 Euro pro Kündigung und das oft mehrmals im Jahr. Eine »Unart« – aber bei Überlasser-Betrieben immer beliebter, wie in der Studie festgestellt wird. So kommt es, dass mehr als die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse einernehmlich gelöst werden. Auch wenn man die »druckfreien Einernehmlichen« abzieht, bleibt ein Anteil von 39 Prozent. Die Beliebtheit dieses Instruments liegt schlicht darin, dass damit die Einhaltung

der Kündigungsbestimmungen, die Bezahlung von Stehzeiten oder Krankenständen einfach umgangen werden kann. Um die Unterschrift zu bekommen, tendieren manche Zeitarbeitsfirmen dazu, die ArbeitnehmerInnen unter Druck zu setzen. Im Falle eines Krankenstandes wird jeder/m Zehnten, vor allem jenen mit geringem Qualifikations- bzw. Tätigkeitsniveau, eine einernehmliche Auflösung »angeboten«. Mehr als zwei Drittel stimmten der Auflösung zu.

### Zweitbelegschaft im Betrieb

Jeder/jede Vierte der befragten LeiharbeiterInnen ist mit der Bezahlung unzufrieden. Erst recht, wenn der »Leihlohn« mit dem der Stammebelegschaft verglichen wird, sieht knapp die Hälfte der Befragten eine Ungleichbehandlung. Innerhalb eines Betriebes entstehen so regelrechte Zweitbelegschaften. Dass es auch hier zu einer Benachteiligung von Frauen kommt, ist fast so sicher wie das Amen im Gebet: 2007 verdienten 48 Prozent der Männer mehr als 2.000 Euro aber nur 24 Prozent der Frauen. Dabei schlägt durch, dass Leiharbeit vor allem im Bereich von Hilfsarbeiten und angelernten, mittleren Tätigkeiten angesiedelt ist und somit zum niedrigen Lohnniveau beiträgt. Dem zu entkommen, die Qualifikation durch berufliche Weiterbildung im Rahmen ihrer Beschäftigung zu heben, ist für zwei Drittel der LeiharbeiterInnen nicht möglich. Nur etwas mehr als zehn Prozent haben 2008 an einer beruflichen Weiterbildung teilgenommen. Dabei wäre das Interesse groß: Mehr als 40 Prozent der Nicht-TeilnehmerInnen

### WEBLINK

Mehr Infos unter:  
[www.leiharbeiter.at](http://www.leiharbeiter.at)

zeigen Interesse daran. Die Leiharbeit wird zum strategischen Management-Instrument, um flexibel zu bleiben und zugleich die Kosten möglichst niedrig zu halten. Spätestens wenn die Unternehmen nach der Krise wieder Personal brauchen, werden sie sich an die Vorzüge der Leiharbeit erinnern und noch stärker darauf zurückgreifen. Ursprünglich sollte sie Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, in Boomzeiten und im Fall kurzfristigen Personalausfalls vorübergehend neue Mitarbeiter einzustellen. Inzwischen gehen immer mehr Betriebe dazu über, Leiharbeit als Instrument einer kurzfristigen Absicherung der Kapitalrendite einzusetzen. Absatz- und Kapitalrisiko der Unternehmen wird ausgelagert und den Leiharbeitern »umgehängt«. Benachteiligungen, die nach Regelungen verlangen, weil ihre Beschäftigung so unsicher ist: So wie etwa in Frankreich, wo LeiharbeiterInnen tatsächlich gleichen Lohn und zusätzlich eine »Prekaritätsprämie« in Höhe von zehn Prozent der Bruttolohnsumme erhalten.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[fmang@aon.at](mailto:fmang@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Was gemessen wird . . .

*Die Sozialberichterstattung österreichischer Kapitalgesellschaften lässt zu wünschen übrig.*

*AutorInnen: Karl Goldberg,  
Dr. Ulrich Schönbauer,  
Mag. Christina Wieser*

*MA des Referats Wirtschaft, Gewerkschaft vda  
Sozialforscher der AK Wien  
MA Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien*

**W**hat's not measured isn't done« oder wie es Managementguru Peter Drucker einmal formulierte: »What gets measured gets done« – Nur was gemessen wird, wird tatsächlich in Angriff genommen, und nur dann lassen sich die Auswirkungen bestimmter Maßnahmen evaluieren.

## Exzessives Kennzahlensystem

Erfahrene BetriebsrätInnen können ein Lied davon singen: Nirgendwo sonst wurde ein derartig exzessives Kennzahlensystem aufgebaut wie im Shareholder Value-Kapitalismus. Ob es die einlangenden Telefonanrufe sind, die Dauer für deren Bearbeitung, ob es die Zeilen des Programmierers sind, ob es die Anzahl der Kunden/-innen pro KassiererIn ist – alles kann heute gemessen werden. Mit dem Ziel, den Ertragserwartungen der InvestorInnen gerecht zu werden und die kleinste Unternehmenszelle darauf hinzutrimmen. Dabei gilt mehr denn je: Das Kapital ist ein scheues Reh. Die Rendite muss für InvestorInnen mindestens so hoch sein wie die Rendite, die sie erzielen könnten, wenn sie woanders eine entsprechende Veranlagung vornehmen würden. Und alle tanzen – kennzahlengesteuert – nach diesem Takt.

Sobald es allerdings um die gesellschaftspolitische Verantwortung von Unternehmen geht, verblasst dieses Bedürfnis nach einem Erfolgsnachweis durch **valide** Kennzahlen. Trotz oder vielleicht gerade wegen der grafisch und publizistisch meist recht aufwendig gestalteten Nachhaltigkeitsberichte.

Wer erinnert sich noch an den Vertrag von Lissabon? Die EU sollte zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen«. Weniger bekannt ist, dass nach Meinung der EU die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR) zur Verwirklichung dieses strategischen Zieles erheblich beitragen kann: Zwar bestehe die primäre Aufgabe von Kapitalgesellschaften darin, Gewinne zu erzielen, gleichzeitig sollten Unternehmen jedoch soziale und ökologische Ziele verfolgen, indem sie soziale Verantwortung in Unternehmensstrategie, Managementinstrumente und Unternehmensaktivitäten einbeziehen. Schon im EU-**Grünbuch** 2001 wird die CSR der Unternehmen als eine »im wesentlichen« (?) freiwillige Verpflichtung der Unternehmen definiert.

»What's not measured isn't done« – sollte es sich bei der sozialen Verantwortung von Unternehmen tatsächlich um einen Managementansatz handeln, so wäre dazu konsequenterweise auch ein entsprechendes Kennzahlen- und Reportingssystem zu entwickeln. Tatsächlich geht die EU in ihrer sogenannten »Moderni-

sierungsrichtlinie« einen Schritt in diese Richtung, indem festgelegt wird, dass die Informationen im Lagebericht (Geschäftsbericht) künftig nicht auf finanzielle Aspekte zu beschränken sind, sondern auch jene ökologischen und sozialen Aspekte einzubeziehen sind, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses oder der Lage des Unternehmens erforderlich sind. Nach der Übernahme dieser Richtlinie in das österreichische Recht sind seit 1. Jänner 2005 ca. 850 große Kapitalgesellschaften und offenkundigspflichtige Konzerne verpflichtet, u. a. auch Informationen über Umwelt- und ArbeitnehmerInnenbelange in den Lagebericht aufzunehmen.

## Sozialberichterstattung im Argen

Was liegt also näher, als die praktische Umsetzung dieser Vorgaben zu überprüfen? Eine von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebene Studie sollte deshalb die Nachhaltigkeitsberichterstattung in Österreich evaluieren. Der Einfachheit halber beschränkte sich die Analyse auf »ArbeitnehmerInnenbelange« gemäß der **GRI-Dimension** »Arbeitspraktiken und menschenwürdige Beschäftigung«. <sup>1</sup> Die dort aufgelisteten Kriterien wurden in ein eigenes Bewertungsschema übersetzt, das dann auf eine Stichprobe von 108 der umsatzstärksten Unternehmen Österreichs nach dem Magazin »trend top 500« angewendet wurde.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Sozialberichterstattung österreichischer Kapitalgesellschaften im Argen liegt. Am ehesten wird noch über die Beschäftigungsentwicklung berichtet und – mit



Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Kapitalgesellschaften kommt dem gesetzlichen Auftrag, nichtfinanzielle Leistungsindikatoren in ihren Bericht aufzunehmen – zumindest was ArbeitnehmerInnenbelange betrifft – nicht nach.

einigem Abstand – allgemein über Aus- und Weiterbildung. Detaillierte Einblicke in das **Human Capital Management** bleiben verwehrt. Auch wird kaum über die Einbeziehung der ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen und die Förderung benachteiligter Gruppen am innerbetrieblichen und/oder überbetrieblichen Arbeitsmarkt (Diversität) berichtet.

### Beispiele OMV und ÖBB

Wie eine Berichtslegung zu den zuletzt genannten zwei Aspekten aussehen könnte, zeigen folgende Beispiele: Im Nachhaltigkeitsbericht 2008 der OMV AG wird sowohl die Reichweite der Interessenvertretung durch Gewerkschaften, BetriebsrätInnen bzw. der KV-Vereinbarungen sowie der kollektivvertraglichen oder gesetzlichen Regelungen über den Mindestlohn erwähnt. Ebenso wird jener Prozentsatz der Beschäftigten angeführt, der für Mindestankündigungsfristen bei größeren betrieblichen Änderungen oder Umstrukturierungen gilt. Weiters wird über ein Projekt zur Sensibilisierung der Beschäftigten bezüglich ihrer Rechte berichtet. Der Nachhaltigkeitsbericht erwähnt auch die Betriebsvereinbarung der OMV über die Errichtung eines Europäischen Betriebsrates.

Die ÖBB Holding AG führt bereits im Nachhaltigkeitsbericht 2006 an, dass mit Hilfe von Diversity Management auf

die vielfältigen Bedürfnisse der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen wie etwa Frauen eingegangen werden soll. Der Bericht erwähnt u. a. eine Seminarreihe und Vernetzungstreffen für Frauen als erste Schritte. Weiters wird darüber berichtet, dass schwerpunktmäßig weibliche Lehrlinge gesucht werden, um das Ziel der Hebung des Frauenanteils auf zehn Prozent bis 2010 verwirklichen zu können, dies kann bereits im heurigen Geschäftsbericht evaluiert werden.

Ein Ranking der Top-10-Unternehmen in Bezug auf die Sozialberichterstattung zeigt, dass kein Unternehmen nur annähernd die zu vergebende Höchstpunktzahl erreicht: Angeführt wird die Reihung von der OMV, die immerhin zwei Drittel der Maximalpunkte erzielt, gefolgt von den ÖBB, dem Flughafen Wien und den Österreichischen Lotterien. Lediglich diese vier Unternehmen konnten mehr als die Hälfte der Gesamtpunkte erzielen. Das macht deutlich, dass es großen Aufholbedarf in Bezug auf die Berichterstattung zu den relevanten Indikatoren gibt und es zudem oft an der notwendigen Transparenz für eine Evaluierung fehlt. Das ernüchternde Ergebnis der Studie: Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Kapitalgesellschaften kommt dem gesetzlichen Auftrag, nichtfinanzielle Leistungsindikatoren in ihren Bericht aufzunehmen – zumindest was ArbeitnehmerInnenbelange betrifft – nicht nach. Ganz zu schweigen von einer adäquaten **Parametrisierung** in Form eines Kennzahlensystems.

»What's not measured isn't done« – so gesehen fehlt es also an einer gesellschaftspolitisch verantwortlichen Unterneh-

### WEBLINK

Mehr Infos unter:

[wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=55414&AD=0&REFF=2990](http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=68&IP=55414&AD=0&REFF=2990)

menführung in Österreich. Deshalb sollten folgende Maßnahmen in Angriff genommen werden:

1. Die geltenden Vorschriften im Unternehmensgesetzbuch (UGB) müssen vom Gesetzgeber präzisiert werden: Eine umfassende Berichterstattung sollte außer finanziellen Leistungsindikatoren gleich gewichtete Informationen zu ökologischen und sozialen Leistungsindikatoren beinhalten.
2. In Anlehnung an die seit 1. Jänner 2005 für alle an europäischen Börsen notierenden Unternehmen geltenden IFRS (internationale Rechnungslegungs- und Bilanzierungsstandards), sollte die Erstellung von integrierten Nachhaltigkeitsberichten nach international vergleichbaren Standards verpflichtend werden.
3. Angaben im Bericht sollten durch externe, zertifizierte PrüferInnen testiert werden.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[ulrich.schoenbauer@akwien.at](mailto:ulrich.schoenbauer@akwien.at)  
[christina.wieser@akwien.at](mailto:christina.wieser@akwien.at)  
[karl.goldberg@vida.at](mailto:karl.goldberg@vida.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Die geltenden Vorschriften im Unternehmensgesetzbuch (UGB) sind zu undifferenziert und müssen vom Gesetzgeber präzisiert werden: Im Zuge dessen sollte eine umfassende Berichterstattung nicht nur finanzielle Leistungsindikatoren beinhalten, sondern gleich gewichtete Informationen in Bezug auf ökologische und soziale Leistungsindikatoren.

# Lösung oder Problem?

*2000 beschlossen die EU-Mitgliedsstaaten die Lissabon-Agenda. Nun liegt das Nachfolgemodell »Europa 2020« für die nächste Dekade vor.*

*Autor: Dr. Robert Stöger*

*Koordinator Wirtschaftspolitik  
im Bundeskanzleramt*

**M**it der Agenda Europa 2020 soll die EU gestärkt aus der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen und sich in eine »intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft« verwandeln. Trotz vorangegangener Evaluierung der Lissabon-Agenda und aller Beteuerungen, mit Europa 2020 die richtigen Lehren gezogen zu haben, ist Skepsis angebracht, ob mit dieser »Vision der europäischen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts« wirklich ein Programm vorliegt, das richtige Fragen stellt und sie im Sinne einer breiten Mehrheit der Bevölkerung beantwortet.

## Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit

Sowohl Lissabon-Agenda wie auch Europa 2020 sehen zu geringes Wirtschaftswachstum, zurückzuführen auf ein Produktivitätsgefälle gegenüber den wichtigsten Handelspartnern, als das Hauptproblem der EU an. Folgerichtig streben beide Strategien ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum an, was nur durch Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa zu erreichen sei. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass man im Jahr 2000 bezüglich der künftigen Wachstumsaussichten übertrieben optimistisch war (»die besten makroökonomischen Perspektiven seit einer ganzen Generation«)

und nun, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise verzagt wirkt. (»Durch die Krise ist auch die Sicherung des künftigen Wirtschaftswachstums schwieriger geworden.«)

Immerhin wird in Europa 2020 Wirtschaftswachstum nicht als Selbstzweck angesehen, sondern definiert, welchen Prioritäten es dienen soll: Es soll »intelligent« (auf Wissen und Innovation gestützt), »nachhaltig« (ressourcenschonend) und »integrativ« (hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen Zusammenhang dienend) sein. Um dies zu erreichen, gibt die Strategie fünf Kernziele vor, deren Erreichung durch sieben Leitinitiativen ermöglicht werden soll. An wichtigen Problemfeldern wurden demografische Entwicklung, Neuordnung der globalen Finanzwirtschaft sowie Klimawandel und Rohstofflage aufgenommen. Ein System von Länderberichten soll die Mitgliedsstaaten stärker in die Verantwortung einbinden. Von der Europäischen Kommission erarbeitete und vom Europäischen Rat beschlossene »Integrierte Leitlinien für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik« sollen ihnen einen Handlungsrahmen für die Formulierung nationaler Strategien und Ziele vorgeben.

Möglichst hohes Wirtschaftswachstum als Priorität einer wirtschaftspolitischen Strategie für Europa wirft drei grundsätzliche Fragen auf: Aus ökonomischer Perspektive, die das Ziel an sich nicht in Frage stellt, jene, wie es erreicht werden soll, aus sozialer jene, wem es zugute kommen soll und vom Standpunkt der Nachhaltigkeit aus, ob hohes Wirtschaftswachstum in der herkömmlichen Form überhaupt noch wünschenswert ist.

## INFO & NEWS

### Die fünf Kernziele von Europa 2020

- 75 Prozent Beschäftigungsquote bei den 20–64-Jährigen
- Drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung
- Erreichung der 20-20-20-Klimaschutzziele (20 Prozent weniger Treibhausgase, 20 Prozent Anteil erneuerbare Energien, 20 Prozent mehr Energieeffizienz)
- Weniger als zehn Prozent SchulabbrecherInnen, 40 Prozent HochschulabsolventInnen
- Weniger als 20 Mio. Armutsgefährdete

### Die sieben Leitinitiativen von Europa 2020

- Innovationsunion
- Jugend in Bewegung (leistungsfähigere Bildungssysteme)
- Digitale Agenda für Europa
- Ressourcenschonendes Europa
- Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung
- Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten
- Bekämpfung der Armut

Die Kritik aus der ökonomischen und sozialen Perspektive – formuliert auch durch die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen – bemängelt einerseits, dass nach wie vor Wachstumsförderung mit den in den vergangenen Jahrzehnten praktizierten Rezepten der neoliberalen Schule betrieben werden soll. An erster Stelle stehen dabei Budgetkonsolidierung ohne Rücksicht auf konjunkturpolitischen Gestaltungsraum und Verbesserung der internationalen Wettbewerbs-



**Es hat sich also schon bei der Lissabon-Agenda gezeigt, dass eine Strategie, deren Kern auf ungehinderter Wirksamkeit von Markt und Wettbewerb beruht, mehr Probleme schafft als löst.**

position, da Wachstumsimpulse primär von Exporten ausgehen sollen. Die Binnennachfrage jedoch, die mit 85 Prozent den überwiegenden Anteil am EU-BIP hat, wird vernachlässigt. Eine starke Exportindustrie ist für jede Volkswirtschaft wichtig. Die ausschließliche Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit hat aber schon dem Euroraum Probleme bereitet. In der Konkurrenz gegenüber Standorten mit weit niedrigeren sozialen Standards, setzt man sich obendrein der Gefahr aus, selbst nach unten nivellieren zu müssen. Soziale Fragen, wie etwa jene von Verteilungsgerechtigkeit und Armutsbekämpfung oder jene nach Qualität der Arbeitsverhältnisse treten so in den Hintergrund.

### **Berechtigte Vorbehalte**

Wie berechtigt solche Vorbehalte sind, zeigt die Entwicklung wichtiger Wirtschafts- und Sozialindikatoren im vorigen Jahrzehnt: Schon vor Ausbruch der Krise im Jahr 2008 war das durchschnittliche BIP-Wachstum in Westeuropa das niedrigste seit den 1940er-Jahren und wurde durch die Rezession 2009 weiter gedrückt. Die höhere Beschäftigungsquote wurde zum größten Teil durch den Zuwachs von atypischen Arbeitsverhältnissen erzielt, also durch Verschlechterung der Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen. Die Reallöhne sind im Euroraum nicht gestiegen, die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden, die Armutsgefährdung hat zugenommen.

Ein Kapitel besonderer Art stellen die Finanzmärkte dar. Im damaligen Mainstream der Liberalisierer segelnd gab die Lissabon-Agenda eine breite Palette von

»Erleichterungen« für die Finanzmärkte vor und negierte dabei vollkommen die Risiken weitreichender Deregulierungen und die Gefahrenpotenziale sich selbstständigender »innovativer« Finanzprodukte. Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist bekannt, davon ist aber in der gemeinsam mit Europa 2020 von der Europäischen Kommission vorgelegten Evaluierung der Lissabon-Agenda kaum die Rede, ebensowenig wie von anderen Kollateralschäden. Es wird lediglich eingestanden, dass diese ihre Kernziele (Beschäftigungsquote von 70 Prozent, Forschungs- und Entwicklungsausgaben von drei Prozent des BIP) nicht erreicht habe. Es wird auch konzidiert, dass zuwenig Augenmerk auf »jene Elemente, die maßgeblich zur Entstehung der Krise beigetragen haben«, gelegt worden ist.

Auch wenn nach offizieller Diktion der Europäischen Kommission die Lissabon-Agenda einen »wesentlichen Beitrag zum übergeordneten Ziel der nachhaltigen Entwicklung« hätte leisten sollen, gilt hier Ähnliches wie auf sozialem Gebiet: Die Lage ist eher schlechter geworden, was daran abzulesen ist, dass – vom verringerten CO<sub>2</sub>-Ausstoß abgesehen – sich die meisten wichtigen Umweltindikatoren verschlechtert haben. Auch das sollte zur Erkenntnis führen, dass der zugrunde liegende Wachstumsbegriff nach wie vor zu undifferenziert und Effizienzgewinne im Ressourcenverbrauch zu gering sind, um von Nachhaltigkeit zu reden.

Es hat sich also schon bei der Lissabon-Agenda gezeigt, dass eine Strategie, deren Kern auf ungehinderter Wirksamkeit von Markt und Wettbewerb beruht, mehr Probleme schafft als löst. Daran

wird auch Europa 2020 mit seinen Etiketten »integrativ« und »nachhaltig« nichts ändern.

### **Konstituierender Faktor Solidarität**

Statt einfach zu postulieren, dass Wirtschaftswachstum das Maß aller Problemlösungen darstellt, wäre es sinnvoller gewesen, zuerst die Gemeinsamkeiten des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells herauszuarbeiten, und seine Probleme aus einem breiteren Blickwinkel als dem der Wettbewerbsfähigkeit zu analysieren. Dies geschieht im Bericht Projekt Europa 2030 einer Reflexionsgruppe unter Vorsitz des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales an den Europäischen Rat. Hier findet sich »Solidarität« als konstituierender Faktor, und es wird festgehalten, wie grundlegend das »Gleichgewicht zwischen seiner sozialen und marktwirtschaftlichen Dimension« für Europa ist. Erst darauf aufbauend sollte man diskutieren, welche Instrumente notwendig sind, um dieses Modell zukunftsfähig zu erhalten. Eines davon wird wohl eine Art von intelligentem, integrativem und nachhaltigem Wachstum sein. Ob dieses allerdings ident ist mit jenem von Europa 2020 darf angezweifelt werden.

#### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[robert.stoeger@bka.gv.at](mailto:robert.stoeger@bka.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Amsfeld (Kosovo polje):** namensgebende Landschaft im Kosovo; das 84 km lange Becken, eingerahmt von den Bergen der Südost-Dinariden, nimmt rund 70 Prozent der Fläche des Kosovo ein (60 Prozent der Bevölkerung). Auf dem Amsfeld fanden im Laufe der Jahrhunderte mehrere bedeutende Schlachten statt. (Seite 14)

**Etatismus:** Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich entstandener, eher abwertend gebrauchter Begriff, mit dem Liberale die Tendenz bezeichneten, den Einfluss des Staates auszuweiten, um wirtschaftlichen Fortschritt, Vollbeschäftigung und soziale Errungenschaften zu gewährleisten. (Seite 35)

**Apartheid:** System der Rassentrennung zwischen Schwarzen und Weißen in Südafrika, das 1994 beendet wurde. Heute wird der Begriff oft auch allgemein für Rassentrennung verwendet. (Seite 17)

**Borderline Europe:** 2007 gegründeter Verein, der sich mit der Flüchtlingsproblematik an den EU-Außengrenzen beschäftigt und diese inklusive der Vertuschungsversuche der Behörden öffentlich machen will. (Seite 32)

**De jure:** von Rechts wegen, juristisch betrachtet (Seite 21)

**Duale Ausbildung:** Modell, bei dem zum Beispiel Lehrlinge direkt im Betrieb die Praxis erlernen und in der Berufsschule das theoretische Wissen erwerben können. (Seite 22)

**Enklave:** Staatsgebiet, das vollständig von einem fremden Staatsgebiet umgeben ist, wie etwa San Marino oder der Staat der Vatikanstadt, beide in Italien. (Seite 26)

**Exklusion:** Ausschließung; Gegenteil: Inklusion (Seite 20)

**explizit:** ausdrücklich, deutlich (Seite 17)

**Graue Wölfe:** Bezeichnung für die Mitglieder der türkischen Partei der nationalistischen Bewegung, sie bezeichnen sich selbst auch als Ülkücüler (Idealisten). Ziel der Grauen Wölfe ist eine sich vom Balkan über Zentralasien erstreckende Nation, die alle Turkvölker vereint. (Seite 17)

**GRI:** Global Reporting Initiative, 1997 gegründete Organisation, die in einem partizipativen Verfahren Richtlinien für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten von Unternehmen, Regierungen und NGOs erarbeitet. (Seite 42)

**Grünbuch:** Diskussionspapier zu einem bestimmten Thema; meist handelt es sich dabei um Vorlagen für Richtlinien und Verordnungen, zu denen Organisationen, ExpertInnen etc. ihre Meinung beitragen können. In der Regel folgt danach das sogenannte Weißbuch, das die daraus resultierenden offiziellen Vorschläge zusammenfasst. (Seite 42)

**Hautevolée (französisch; sprich: ohtwolee):** feine/bessere Gesellschaft (Seite 29)

**Homogenisierung:** hier: Entstehung, Förderung von einheitlichen Gruppen; nicht mischbare Flüssigkeiten durch Zerkleinerung der Bestandteile vermischen. (Seite 26)

**Human Capital Management:** Methode des Personalmanagements, bei der MitarbeiterInnen als Vermögenswerte eines Unternehmens betrachtet und dementsprechend auch mit einem personalwirtschaftlichen Wertschöpfungsbeitrag beziffert werden. (Seite 43)

**Huntington, Samuel Phillips:** US-Politikwissenschaftler (1927–2008), Berater des US-Außenministeriums, viele seiner Bücher erhielten Preise, in »The Clash of Civilizations« (Kampf der Kulturen) wendete er sich etwa gegen die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandene Idee einer universellen Weltkultur. (Seite 16)

**Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG):** wurde 1949 nach Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes als Zusammenschluss der westlich-demokratischen Gewerkschaften gegründet. Im Herbst 2006 schloss sich der IBFG mit dem Weltverband der Arbeitnehmer und acht weiteren Gewerkschaften zum Internationalen Gewerkschaftsbund (»International Trade Union Confederation – ITUC) zusammen. [www.ituc-csi.org](http://www.ituc-csi.org) (Seite 11)

**Kosovo:** (albanisch auch Kosova), Republik im Zentrum der Balkanhalbinsel, rund zwei Millionen Einwohner; Hauptstadt Priština. Der völkerrechtliche Status des Landes, das 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien proklamierte, war bis vor kurzem umstritten. Im vergangenen Juni kam der UN-Sicherheitsrat zu dem Schluss, dass die Unabhängigkeitserklärung nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Unter dem Druck der deutschen, britischen und französischen Regierung lenkte dann auch die serbische Regierung in Belgrad ein und stimmte einer Kompromiss-Resolution der EU mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zum Dialog zwischen beiden Seiten zu – was allerdings noch keine Anerkennung eines unabhängigen Kosovo durch Serbien bedeutet. (Seite 14)

**Krones, Hilde:** österreichische SP-Politikerin (1910–1948), 1945 Nationalratsabgeordnete, im Verlauf der SPÖ-internen Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Revolutionären Sozialisten (denen auch Krones angehört hatte) und den Sozialdemokraten nahm die Politikerin 1948 Schlaftabletten. (Seite 29)

**Kurator:** wissenschaftlicher Leiter eines Museums/einer Ausstellung; Verwalter. (Seite 28)

**Letter of Assessment:** Beurteilungsschreiben (Seite 25)

**normativ:** als Norm geltend (Seite 18)

**Nostrifikation:** Anerkennung eines ausländischen Examens/Diploms; Einbürgerung. (Seite 23)

**ökumenisch:** eigentlich: die ganze bewohnte Erde betreffend; in Zusammenhang mit der Kirche: Zusammenwirken von unterschiedlichen christlichen Konfessionen und Kirchen. (Seite 32)

**Osmanisches Reich:** Reich der Dynastie der Osmanen, das von ca. 1300 bis zum Ersten Weltkrieg die entscheidende Macht in Kleinasien, Nordafrika, auf dem Balkan, im Nahen Osten und auf der Krim war. Nachdem das Reich in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg untergegangen war, wurde 1923 als Nachfolgestaat die Türkei gegründet. (Seite 14)

**parametrisieren:** mit einem Parameter/Parametern (= konstanten Richtwerten) versehen. (Seite 43)

**Polyphonie:** Mehrstimmigkeit (Seite 26)

**Prosperität:** Wohlstand, Periode allgemeinen Aufschwungs (Seite 12)

**Säkularismus:** Aus der Säkularisierung (Trennung von Kirche und Staat) erwachsene Weltanschauung, die sich auf weltliche, reale Themen beschränkt und auf darüber hinausgehende Fragestellungen verzichtet. (Seite 27)

**Sarrazin, Thilo:** deutscher Volkswirt und SPD-Politiker, geb. 1945, 2002–2009 Finanzsenator in Berlin, 2009–2010 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank. Sarrazin, der seit einiger Zeit im Ruf des Provokateurs stand, wurden im September kurz nach dem Erscheinen seines Buches »Deutschland schafft sich ab« seitens der Bundesbank sämtliche Geschäftsbereiche entzogen. Er bezeichnete unter anderem arabische und türkische Einwanderer als prinzipiell integrationsunwillig. (Seite 16)

**Sozioökonomie:** interdisziplinäre Forschungsrichtung zur Untersuchung von wirtschaftlichen Aktivitäten und deren Verhältnis zu gesellschaftlichen Prozessen, um so die soziale Wirklichkeit erklären und beschreiben zu können. (Seite 18)

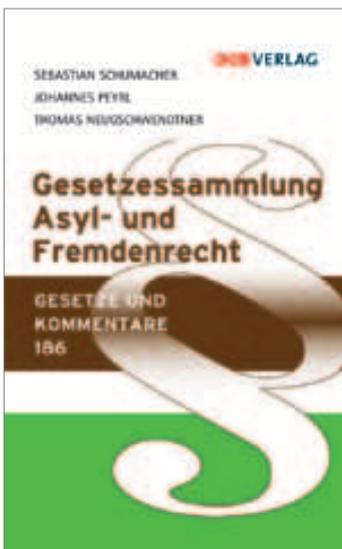
**Tito:** jugoslawischer Politiker (1892–1980), eigentlich: Jossip Broz, sein Pseudonym nahm er 1934 an, als er als Mitglied des Politbüros der KP in den Untergrund ging. Im Zweiten Weltkrieg führte Tito die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer an. Von Kriegsende 1945 bis zu seinem Tod war Tito Staatsoberhaupt Jugoslawiens. (Seite 14)

**valid:** gesund, (rechts)kräftig (Seite 42)

Verlag des Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes GmbH  
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21 | 1010 Wien  
Telefon: +43 1 405 49 98-132  
Fax: +43 1 405 49 98-136  
fachbuchhandlung@oegbverlag.at  
www.oegbverlag.at

## GESETZSAMMLUNG ASYL- UND FREMDENRECHT

Reihe: Gesetze und Kommentare Nr. 186



Sebastian Schumacher, Johannes Peyrl, Thomas Neuschwendtner

4. Auflage 2010 || 544 Seiten || Euro 29,80

ISBN: 978-3-7035-1429-6

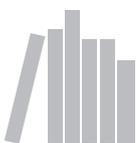
Die Gesetzessammlung Asyl- und Fremdenrecht enthält alle relevanten Gesetze und Verordnungen zum Thema Migration, Fremdenpolizei, Asyl, Ausländerbeschäftigung, Einbürgerung und Verwaltungsverfahren. Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz mitsamt Durchführungsverordnung und Integrationsvereinbarungs-Verordnung, Fremdenpolizeigesetz mitsamt Durchführungsverordnung, Asylgesetz, Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention, Dublin II-Verordnung, Grundversorgungsvereinbarung, Grundversorgungsgesetz-Bund, Ausländerbeschäftigungsgesetz mitsamt Verordnung, Bundeshöchstzahlenüberziehungsverordnung, Fachkräfte-BHZÜV, Assoziationsabkommen EWG-Türkei, Staatsbürgerschaftsgesetz, allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz, Zustellgesetz.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare

Name	Vorname
------	---------

Firma/Institution
-------------------

Telefon	E-Mail
---------	--------

Anschrift	PLZ	Ort
-----------	-----	-----

Datum, Unterschrift
---------------------

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.



**MÜSSEN WIR JEDE KROT SCHLUCKEN?**

Oder kämpfen wir gemeinsam gegen neue Massensteuern und Einsparungen am falschen Platz.  
[www.schluckdiekrot.net](http://www.schluckdiekrot.net)

**GERECHTIGKEIT MUSS SEIN.**



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse / Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
Postleitzahl / Ort

Besten Dank

AW